

Crim. 224. Falchov



Aug. 24 1876.

<36606581770019

S

<36606581770019

^

Bayer. Staatsbibliothek

B e y t r ä g e

z u r K r i t i k

des

Kleinschrodschen Entwurfs

eines

peinlichen Gesetzbuches

von

D. S a l c h o w.

N i f a l l o r!

J e n a

in der Crökerschen Buchhandlung

1 8 0 4.

B e y t a g

M i t t e l

K l e i n s c h r o b e n E n t w u r f

u n d

p r i n t l i c h e n G e s e t z b u c h e s

D e s a l t e r

Bayerische
Staatsbibliothek
München

in der
Königlichen Bibliothek

Dem w ü r d i g e n
K l e i n s c h r o d

aus

Hochachtung und Liebe

vom

V e r f a s s e r.

Dem wüthigen

Krieg

aus

Hochachtung und Liebe

von

Verfass.

V o r r e d e.

Ich würde die folgenden unbedeutenden
Blätter ohne weitere Vorrede dem Publi-
kum übergeben, wenn ich nicht in Einer
Rücksicht mich veranlaßt fähe, einige
Worte voranzuschicken.

In der Einleitung nämlich versprach
ich, das Werkchen in zwey Abschnitte zu
theilen, und im zweyten meine Gedan-
ken

ken über die Kriminalgesetzgebung und die Foderungen, welche ein peinliches Gesetzbuch befriedigen müsse, zu liefern. Dies ist jedoch nicht geschehn, und ich muß deshalb meine Leser um Verzeihung bitten. Mehrere Ursachen bewogen mich, von dem anfänglich gefassten Plane abzugehen, von denen eine der vorzüglichsten mit die anwachsende Bogenzahl war. Das Ganze sollte höchstens nur sechzehn Bogen stark werden; es ist aber jetzt schon zu zwanzig Bogen herangewachsen, und würde, wenn ich dem anfangs gefassten Vorfatze hätte treu bleiben wollen, leicht einige dreyszig Bogen ausgefüllt haben. —

Ich lege übrigens durchaus keinen hohen Werth auf diese Beyträge; dessen ungeachtet würde es mich sehr freuen,

wenn

wenn meine Rezensenten dieselben einiger Aufmerksamkeit würdigten. Eine strenge Kritik wird mir daher um meiner eignen Belehrung willen sehr lieb seyn, und ich bin weit davon entfernt, nach Sitte vieler Schriftsteller, in jedem strengen tadelnden Rezensenten einen persönlichen Gegner zu sehn. Ich wünschte gerne mit den Jahren auch an Kenntnissen zu zunehmen, und eben deshalb wird jede Belehrung bey mir eine offne Seele finden.

Wegen der Druck - und Schreibfehler bitte ich um Nachsicht; es war mir nicht möglich deshalb eine genaue Revision anzustellen.

Die folgenden Blätter waren übrigens schon gänzlich fertig, wie mir von ohngefähr

gefähr im Leipziger Bücherkatalog das
Werk des Hrn. *Schmid* über die Unzu-
länglichkeit des Kleinschrodschen Entwur-
fes aufftiefs. Bis jetzt war es mir noch
nicht möglich, dasselbe zu erhalten, und
ich kann daher auch nichts darüber sagen.

Jena, im März 1804.

E i n l e i t u n g.

Das Interesse für die Verbesserung und zweckmässigere Einrichtung gesetzlicher Vorschriften, sowohl in Hinsicht des Civilrechts, als auch des Kriminalrechts, war schon im verflossenen Jahrhunderte sehr lebhaft geworden, und ward, trotz einem blutigen Kriege, nicht nur in das neue Jahrhundert hinüber gezogen, sondern unstreitig auch noch mit grösserem Eifer erhalten und fortgepflanzt. Die Bemühungen so mancher Staaten, und ihre Veranstaltungen für eine zweckmässige Gesetzgebung, liefern für das Gefagte die bündigsten Belege.

Jedem, welcher sich mit der Philosophie befreundete, jedem, dem Wahrheit und Menschenwohl am Herzen liegt, mußte es allerdings eine erfreuliche Erscheinung seyn, dieses

Interesse mit Thätigkeit hervorgezogen zu sehn. Man hat angefangen das Bedürfnis des Besseren zu fühlen, Liebe und Eifer dafür sind schon erwacht, und so ist, ich möchte sagen das wichtigste, der erste Schritt zur Realisirung des gefühlten Bedürfnisses gethan. Freylich ist nicht zu läugnen, daß Wahrheit eine langsam gedeihende Pflanze sey, freylich wird daher auch hier der Eifer, das Bessere herbeyzuführen, vielleicht noch lange uns immer weiter davon entfernen, und noch tiefer in Irrthümer verstricken; aber dies darf uns nicht wundern, noch abschrecken. Zeigt uns doch die Geschichte der geistigen Ausbildung, daß von jeher nicht selten die Bemühung ein erfreuliches Licht zu verbreiten, nur desto tiefer in Dunkelheit verhüllte, und die rüstigsten, eifrigsten Aufklärer, unbewusst die größten Verdunkler wurden; bis endlich die Wahrheit desto glänzender aus dem Nebel hervorging; und denen welche sie schon längst herbeygeführt wähten, zu ihrem eignen Erstaunen die Schuppen von den Augen fallen ließ.

Eben deshalb aber auch muß es uns, was insbesondere den guten Willen und den thätigen Eifer für eine bessere Gesetzgebung anbe-

trifft

trifft, nicht wundern, wenn die bisherigen Bemühungen deshalb noch nicht dasjenige hervorgebracht haben, was in Hinsicht derselben Noth thut. Als Freunde des Bessern muß es uns lieb seyn, daß man Eifer und guten Willen zeigte, und es würde eben deshalb höchst undankbar seyn, wenn man dasjenige, was der rege Eifer einiger Staaten für die Cultur ihrer Gesetzgebungen bezweckt hat, mit tadelnswürdiger Strenge verwerfen wollte, weil die Ausführung nicht den Erwartungen begegnete. Wenn namentlich das preussische Gesetzbuch, um nur Einen Staat als Beyspiel von den mehreren Staaten, denen seit einigen Jahrzehnten eine bessere Gesetzgebung am Herzen lag, anzuführen, wenn, sage ich, das preussische Gesetzbuch nicht dem Ideal entsprach, welches sich der Philosoph als Product einer Gesetzgebung bilden mußte; so muß es dessen ungeachtet jedem Manne, der da weiß, daß Vollkommenheit nicht das Werk eines Momentes sey, sondern daß vielmehr im Felde der Wahrheit ein Keim oft erst nach Jahrhunderten seine wohlthätigen Blüten treibt, eine willkommene Erscheinung seyn, und er muß die Regierung segnen, welche von einem Geiste beseelt wur-

de, dem es sein höchstes war, Barbarey zu vertreiben, und die Wohlfarth des Bürgers durch den Schutz guter und menschlicher Gesetze zu sichern, und welche es nicht bloß bey dem Willen bewenden liefs, sondern alles aufbot, um denselben aufs beste erreicht zu wissen.

Nicht minder wie Preussen und manches andre Land sich die Reform der Gesetzgebung angelegen seyn liefs, sucht ein Staat, dessen guter Genius nicht aufhört seinen wohlthätigen Einfluß auf denselben durch so mannichfache Art zu äufsern, gleichfalls sein Auge auf die Cultur der Gesetzgebung zu wenden. Die Geschichte unsrer Tage hat den erfreulichsten Beweis hievon in unsre Hände gelegt. Bayerns weiser Kurfürst, dem seine Staaten soviel für Aufklärung, Sittlichkeit und wahres Bürgerglück verdanken, fühlte auch für sein Land das dringende Bedürfnis eines neuen Kriminalcodexes, und er bemühte sich dieses Bedürfnis befriedigt zu sehn. Unserm *Kleinschrod* ward bekanntlich es übertragen, eine bessere Kriminalgesetzgebung zu verfertigen, und sein bekannter Entwurf eines peinlichen Gesetzbuches war die Frucht seiner Arbeit und seiner Bemühungen,

Kleinschrod hat sein verdienstvolles Werk dem Publikum zur öffentlichen Beurtheilung vorgelegt, und um diese Beurtheilung desto besser zu bezwecken, hat bekanntlich die bayerische Regierung Preise für die beste Kritik des Werkes versprochen, und so von ihrer Seite alles gethan, um das neue Gesetzbuch selber zu einem genügenden Grade der Vollkommenheit erheben zu können.

Dafs diese Bemühungen nicht vergeblich, dafs sie vielmehr von glücklichen Folgen seyn mögen, wer wird dies nicht mit mir wünschen! Indessen wenn auch nicht die bayerische Regierung selbst auf so liberale Art zur Beurtheilung dieses Entwurfes aufgefordert hätte; so müßte es so schon jedem, der Drang zur Mittheilung in dieser Hinsicht in sich fühlt, Pflicht seyn, seine Bemerkungen einer öffentlichen Prüfung vorzulegen, denn es gilt hier dem Wohl, dem Interesse der Menschheit. Die Philosophie der Kriminalgesetzgebung ist eine der verwickeltsten und schwierigsten, und ihre Aufgabe wird eben deshalb nur so am befriedigendsten gelöst werden können, wenn viele sich zur Mittheilung ihrer desfallsigen Gedanken vereinigen. So wird die Sache von mehreren Seiten beleuchtet

tet, und die verschiedenen Ansichten machen es dann dem ruhigen, unbefangenen Forscher leichter, das Wahre von dem Falschen zu sondern.

Nicht minder, wie jedem andern, liegt mir die Philosophie der Kriminalgesetzgebung am Herzen, und eben dieser Eifer, diese Liebe für dieselbe, sind die Ursachen, welche mich bewogen haben, jetzt, da die Sache von neuem mit Interesse getrieben wird, auch meine Gedanken deshalb einer öffentlichen Prüfung zu unterwerfen. Es wird hoffentlich der würdigen Männer genug geben, welche als Concurrenten des ausgesetzten Preises wetteifern werden, deshalb und aus manchen andern Gründen trete ich lieber gleich öffentlich auf, um meine Bemerkungen mitzutheilen. Es ist vielleicht nur wenig, sehr wenig, was ich meinen Lesern geben werde; aber ich gebe es mit voller Liebe für die Sache selbst, mit Eifer für die Wahrheit, für das Interesse der Menschheit. Und so mag der gute Wille die That ersetzen, und zugleich bey billigen Richtern zu einiger Entschuldigung dienen, wenn die Ausführung dem was man in dieser Sache zu fordern sich berechtigt hält, nicht entsprechen sollte.

Ich

Ich habe meine Schrift in zwey Abschnitte eingetheilt. In dem ersten wird der Leser einen Beytrag zur Kritik des Kleinschrodschen Entwurfes selber finden. Ich werde dem Verfasser Schritt vor Schritt folgen, ich werde mich bemühen, die Sache von dem Standpunkte aus zu betrachten, den nach meiner Meinung der würdige *Kleinschrod* wählte. Die Achtung welche dieser redliche Forscher der Wahrheit von jedem fordern kann, wird auch mich verpflichten, jede niedrige Schmeicheley zu verbannen, und meinen Tadel so freymüthig, wie meine Billigung seyn zu lassen.

Im zweyten Abschnitte wird der Leser meine Gedanken über die Kriminalgesetzgebung und die Foderungen welche, nach meiner Ueberzeugung, ein peinliches Gesetzbuch befriedigen müsse, erhalten, und hienach werde ich jetzt *im Allgemeinen* eine Vergleichung des Kleinschrodschen Werkes mit diesen Foderungen versuchen. Was ich dem Leser in diesem zweiten Abschnitte geben werde, ist und soll nichts weiter als ein Fragment, als ein Beytrag zur Philosophie der Kriminalgesetzgebung seyn. Eine vollständigere und erschöpfende Ausführung würde nicht nur mehr Musse verlangen, als mir

die

die Zeit erlaubt, sondern gewiss auch andre Kräfte fodern, als ich in mir verspüre. Eben-
deshalb aber auch muß ich bitten, hier nicht
mehr zu fodern, als ich leisten kann und will.

Soviel ich weiß, ist bis jetzt noch keine
Schrift über den Kleinschrod'schen Entwurf öf-
fentlich erschienen. Ich bemerke dies hier des-
halb, damit man mich nicht eines Plagiats be-
schuldigen möge, wenn meine Beyträge in
manchen Stücken zufällig mit andern Beurthei-
lungen zusammentreffen sollten. Ich kann ver-
sichern, daß ich noch nichts über *Kleinschrod's*
Schrift gelesen habe. Herr *Feuerbach* kündig-
te zwar eine Kritik des Entwurfes an, allein
bis jetzt ist es auch nur bey der Ankündigung
geblieben, und es würde zu bedauern seyn,
wenn dieser scharffinnige Gelehrte seinen Vor-
satz nicht ausführen sollte.

Erster Abschnitt.

Kritik des Entwurfs.

**Nulli facilius reprehenduntur, quam qui maxime
laudari merentur!**

Printed and Published by J. W. & J. S. 178.

Erste Abtheilung.

Allgemeine Gesetze über Verbrechen und Strafen.

Erstes Kapitel.

Von der verbindenden Kraft dieses Gesetzbuches überhaupt.

In diesem ersten Kapitel, welches aus vierzehn §§. besteht, wird zuerst ausdrücklich von dem Verf. bestimmt, daß vom Anfange der verbindenden Kraft dieses Gesetzbuches an sogleich alle älteren peinlichen Gesetze ihre Wirksamkeit und Anwendung verloren haben sollen. Wir finden dies allerdings nicht nur höchst zweckmässig, sondern selbst, wir möchten fast sagen nothwendig. Eben deshalb können wir es nicht unterlassen, hier, wo sich die Gelegenheit uns dazu so willkommen darbietet, zu beken-

bekennen, daß wir es nach unsrer Ueberzeugung überhaupt sehr zweckmäfsig finden würden, wenn in jedem Staate nur Ein Civil- und Ein Kriminalcodex herrschte. Hierdurch erhielte die Gesetzgebung Einheit und eben deshalb würde sich auch zugleich in der Anwendung der Gesetze Harmonie finden, und das Recht würde nicht ferner bey gleichen Fällen auf so widersprechende Art ausgesprochen werden. Was hilft es, daß ein Staat einzelne bessere bürgerliche oder peinliche Verordnungen erläßt, oder im Ganzen eine zweckmäfsigere Gesetzgebung einführt, wenn er hiebey zugleich alten, unzweckmäfsigen Gewohnheiten oder Gesetzen seine verbindende Kraft läßt! Ein ganz verschiedener Geist herrscht in der Regel in den alten und neuen Gesetzen, Vernunft und Menschlichkeit soll sich so nicht selten mit Unvernunft und Grausamkeit paaren; — und was kann hieraus für die Wohlfarth des Staates erzeugt werden? Was kann es dem Staate nutzen, wenn ein Theil seiner Bürger unter dem Auspruche eines neuen, zweckmäfsigen Gesetzes steht, und einem andern Theile es vergönnt ist, sich nach Gesetzen richten zu lassen, die der Staat eben dadurch, daß er
 statt

statt ihrer neue Verordnungen gegeben hat, für unzweckmälsig erklärt? Das Gebiet des positiven Rechts wird dadurch so sehr ausgedehnt, dafs man sich auf demselben weit leichter verirren, als orientiren kann.

Also, wie gesagt, wir finden es nicht nur sehr zweckmälsig, sondern selbst nothwendig, dafs von dem Zeitpunkte der Gültigkeit des neuen Gesetzbuches an alle älteren Gesetze ihre verbindliche Kraft verloren haben sollen. Eben diese Erklärung aber mufste den Verf. auf die Beantwortung der Frage führen: wie es den gehalten seyn solle, in Hinsicht der Bestrafung solcher Verbrechen, welche vor dem festgesetzten Zeitpunkte der Gültigkeit des neuen Gesetzbuches zwar begangen, allein entweder noch gar nicht untersucht, oder doch noch nicht bestraft worden seyen? Der Verf. löset die Frage dahin, dafs begangene Verbrechen dann nach den Grundsätzen des neuen Gesetzbuches beurtheilt werden sollen, wenn die gesetzlichen Vorschriften des letztern *gelinder* seyen, als die bisher gültigen. Das klingt sehr schön, und es ist nicht zu läugnen, dafs ein gewisser milder Geist in dieser Verordnung wehe. Eben dieser Geist möchte aber auch wohl man-

manche verführen, dem Verf. völlig beyzutreten, und seinen Ausspruch unbedenklich gut zu finden. Wir müssen aber gestehen, daß uns der §. 3. etwas nach der *sentimentalen* Gesetzgebung zu klingen scheint, und da wir, aufrichtig gesagt, eben kein Freund von dieser *sentimentalen* Gesetzgebung sind, indem sie gewöhnlich eine gutmüthige Schwäche dem Rechtlichen unterschiebt; so können wir auch nicht bergen, daß uns die Verordnung dieses §. durchaus mit den Principien des Rechts zu streiten scheint. Wir halten es für rechtlich nothwendig, jedes Verbrechen mit der Strafe zu belegen, welche der Staat zur Zeit des begangenen Verbrechens als *unausbleibliche Folge* der rechtswidrigen Handlung functionirt hatte. Soll der Verbrecher nicht nach den Strafgesetzen gerichtet werden, welche zur Zeit seines Vergehens verbindende Kraft hatten, sondern nach späteren Gesetzen; so giebt der Staat hiedurch offenbar zu erkennen, daß jene alten Gesetze schon zur Zeit des begangenen Verbrechens als nicht vorhanden sollen angesehen werden. Hieraus folgt aber genau genommen, daß eigentlich die begangene rechtswidrige That nun überhaupt nicht bestraft werden könne. Denn

ist

ist es den Principien des Strafrechts entgegen, eine That nach Gesetzen strafen zu wollen, die zur Zeit der Existenz der Handlung noch nicht promulgirt waren; es fodern vielmehr die Grundsätze der Bestrafung rechtlich, daß das Verbrechen *zuvor* muß bedroht gewesen seyn, eh' es bestraft wird, und daß es nur mit *der* Strafe, aber auch *nothwendig* mit *der* Strafe, als unausbleibliche Folge, geahndet werde, welche zur Zeit der Begehung angedroht worden war. Das will der Satz sagen: *nulla poena sine lege!*

Nach meiner Ueberzeugung widerstreitet demnach der Inhalt des §. 3. den rechtlichen Principien der Bestrafung, und es müßte demnach jedes Verbrechen, welches vor dem Anfange der verbindenden Kraft des neuen Gesetzbuches begangen worden ist, nach den Gesetzen beurtheilt und bestraft werden, welche zur Zeit des Verbrechens gesetzliche Kraft hatten. Diese Gesetze hat der Verbrecher übertreten und keine andern, nach diesen muß er also auch gerichtet werden. Ob die neuen Gesetze einen *härteren* oder *gelinderen* Inhalt haben, darf hier keinen Einfluß äußern, um im letztern Falle das Gegentheil statt finden zu lassen

lassen. Die Gelindigkeit darf nichts bestimmen, sondern das Recht.

Im §. 4. beantwortet der Verf. die Frage, wer diesem Gesetzbuche unterworfen sey, dahin, daß es nicht nur für alle Unterthanen der im §. 1. genannten Staaten verbindende Kraft habe; sondern daß auch alle *Fremde*, welche in den genannten Staaten ein Verbrechen begehen, nach den Verordnungen dieses Gesetzbuches gerichtet und bestraft werden sollen.

Was die verbindliche Kraft für die wirklichen Unterthanen anbetrifft, so kann dagegen nichts zu erinnern seyn, denn das versteht sich von selbst; was aber die Verordnung gegen *Fremde* anbetrifft, so müssen wir gestehen, daß dieselbe uns etwas aufgefallen ist, weil sie so grade hin dasteht, ohne alle Modificationen und nähere Bestimmungen. Eben deshalb scheint uns auch der letzte Satz dieses §. nichts weniger, als mit dem Inhalt eines späteren §. zu harmoniren. Im §. 280 nämlich heißt es: daß *Fremde* und *Reisende* von aller Strafe zu befreyen seyen, wenn sie eine Handlung begangen haben, die nur nach den Verordnungen dieses Gesetzbuches ein Verbrechen ist, und wenn sie nicht wohl im Stande waren, sich diese

diese Verordnungen bekannt zu machen. Dieser §. beschränkt demnach den §. 4. gar sehr, und wie mich dünkt mit ziemlichem Rechte. Es ist allerdings wahr, daß es Pflicht eines jeden sey, er mag Unterthan oder Fremder seyn, sich mit den Gesetzen des Staates worin er lebt, bekannt zu machen, und in soferne muß sich auch ein jeder dem Auspruche der Gesetze des Staates unterwerfen, in welchem er gefrevelt hat. Da aber gegründete Unwissenheit von der Bestrafung befreyen muß, und da es in der Regel eher und leichter der Fall seyn kann, und seyn wird, daß ein Fremder diese Unwissenheit besitzt, als ein Unterthan; so ist es allerdings Pflicht des Staates, bey Fremden dies vorzüglich zu berücksichtigen. Letzteren muß eher eine Unwissenheit zu Gunsten kommen, wie wirklichen Unterthanen, indem diese nicht selten mit leichter Mühe sich da eine Kenntniß der Gesetze verschaffen können, wo es bey dem Fremden vielleicht erst eines großen Zeitaufwandes und der Besiegung mancherley Schwierigkeiten bedarf. Wie oft kann es auch überdies nicht noch kommen, daß eine Handlung in dem Lande des Fremden gar nicht mit einer Strafe bedroht sey, und in dem

Staate hingegen, wo er sich jetzt aufhält, als ein Verbrechen betrachtet wird.

Deshalb dünkt mich, daß es nicht unzweckmässig gewesen seyn würde; wenn der Verf. in dem §. 4. die Verordnung in Hinsicht der Fremden etwas genauer berücksichtigt und näher bestimmt hätte. Hier war nach meiner Meynung der Ort dazu, und dann hätte der Inhalt des §. 280 wegbleiben können, um so mehr, da er, wie mir scheint, dort nicht ganz an seinem Platze steht, wie wir noch in der Folge sehen werden.

Vom §. 5. bis 14. beschäftigt sich der Verf. mit der Lehre von der Bestrafung solcher Verbrechen, welche aufer den Staaten begangen worden sind, für die dies Gesetzbuch gegeben worden ist. Beging das Verbrechen jemand, für den, *als Unterthan*, dies Gesetzbuch verbindende Kraft hat; so soll er nach den Vorschriften desselben bestraft werden, vorausgesetzt nämlich, daß er nicht die Kurstaaten für immer verlassen habe. (§. 5.)

Wird hingegen ein Verbrecher, welcher aufer den Kurstaaten, jedoch in Deutschland, ein Verbrechen begangen hat, welches die gemeinen Rechte mit Strafe bedrohen, in den Kur-

staa-

staaten erwischt; so soll er, er mag Deutscher seyn oder nicht, nach den gemeinen Rechten bestraft werden. Bestand das Verbrechen nur in einer Uebertretung von den Particulargesetzen eines andern Staates, so soll keine Bestrafung, sondern bloße Verweisung aus den Kurstaaten statt finden. (§. 6. 7)

Wird der Urheber eines Verbrechens, welches außer Deutschland begangen worden ist, in den Kurstaaten angetroffen; so soll er, vorausgesetzt daß derselbe seinen Wohnsitz in Deutschland hat, und das gemeine Recht von ihm übertreten worden ist, nach letzterem bestraft werden. War der Verbrecher jedoch kein Deutscher, so soll er unter diesen Umständen bloß aus den Kurstaaten verwiesen werden. (§. 8. 9.)

Die von dem Verf. in diesen §. §. aufgestellten Grundsätze stimmen im Ganzen mit seinen früher gegebenen überein. Allein wir müssen gestehn, daß wir nach unsrer jetzigen Ueberzeugung manches gegen diese Sätze zu erinnern haben, daß uns vieles unrichtig, vieles zu unbestimmt dünkt. Hier ist unsre Ansicht von der Sache.

Der Staat kann nach richtigen Principien durch Strafgesetze nichts anders bezwecken wollen, als die Sicherung und Erhaltung des rechtlichen Zustandes durch psychologischen Zwang suchen möglich zu machen. Der Staat verspricht jedem Bewohner desselben, ihm Schutz zu reichen, er verspricht seinen Bürgern, jede existent gewordene Verletzung dieses Schutzes zu bestrafen. Bestrafung selber darf demnach nur unausbleibliche und nothwendige Folge einer Handlung seyn, durch welche der versprochene Schutz verletzt, der rechtliche Zustand gefährdet worden ist. Wenn wir diese Bestimmung festhalten, so ergiebt sich hieraus von selbst, daß der Staat nur dann strafen dürfe, wenn durch eine Handlung jemand verletzt worden ist, der von dem Staate Schutz gegen diese Verletzung fordern durfte. Diese Forderung an den Staat darf aber nur derjenige machen, dem der Staat Schutz versprochen hat, dem er denselben versprechen konnte; also nur derjenige, welcher sich im Staat befindet. Wer außerhalb des Staates ist, dem kann derselbe keinen Schutz geben, denn alle Verfügungen welche der Staat zur Erhaltung des rechtlichen Zustandes trifft, können ihre gültige und verbindende Kraft nicht

nicht weiter ausdehnen wollen, als der Staat selber geht. Innerhalb des Bezirkes des letzteren ist auch ihre Wirkksamkeit eingeschlossen. Wird demnach jemand verletzt, so kann der Staat A. nur den Verletzer dann strafen, wenn der Verletzte im Schutze des Staates A. stand, also nur dann, wenn die Verletzung innerhalb der Gränzen des Staates A. ausgeübt worden ist. Wird hingegen außerhalb der Gränzen des Staates A. ein Verbrechen begangen, so hat der Staat A. sich keine Bestrafung dieses Verbrechens anzumalsen, gleichviel ob der Verletzer oder Verletzte ein sonstiger Bürger des Staates A. ist, oder nicht. Denn durch ein Verbrechen außerhalb seiner Gränzen wird der rechtliche Zustand des Staates A. nicht verletzt. Wollte dieser Staat hier dessen ungeachtet doch strafen, so müßte er sich selber erst aus einem ganz andern Gesichtspunkte betrachten, er müßte den *rechtlichen* Standpunkt aufgeben, und sich statt dessen als eine moralische Weltordnung ansehen, welche die begangene Handlung als eine *unmoralische* That strafwürdig fände. — — Aus diesem Raïsonement, welches uns ganz richtig deducirt dünkt, folgt demnach, daß die von *Kleinschrod* in den genannten §. §. aufgestellten Sätze

Sätze grösstentheils mit den ersten Principien des Strafrechts und der Bestrafung streiten. Wäre der Entwurf des Verf. für einen Staat ausgearbeitet, der ein für sich geschlossenes Ganzes bildete, ohne wiederum ein Theil eines grösseren Ganzen zu seyn; so müßte es, nach unsern vorhin dargestellten Gründen bloß bey dem Satze sein Bewenden haben: daß nur Verbrechen, welche innerhalb desjenigen Bezirkes, in welchem dies Gesetzbuch verbindende Kraft hat, begangen werden, von der ausübenden Gewalt dieses Bezirkes bestraft werden sollten, ohne darauf zu sehen, wer der Verletzer und wer der Verletzte sey, ob wirklicher Bürger und Unterthan des Staates, oder ein Fremder, denn auch ein Fremder hat das Recht, während seines Aufenthaltes in einem Staate den Schutz des letzteren zu verlangen, eben so gut wie der Staat von ihm Anerkennung und Beobachtung seiner gesetzlichen Vorschriften fordert.

Da Bayern aber ein Theil des deutschen Reiches ist, und mit den übrigen deutschen Staaten zusammen ein grosses Ganzes bildet, das unter einem gemeinschaftlichen Oberhaupte steht; so muß der so eben aufgestellte Satz dahin

hin erweitert werden, daß er für ganz *Deutschland* Anwendung erhält. Ein Verbrechen, das demnach im deutschen Reiche begangen wird, und durch welches ein für Deutschland allgemein gültiges Gesetz verletzt wird, kann auch überall im deutschen Reiche bestraft werden; denn jeder der sich in Deutschland aufhält, ist nicht nur den besondern Gesetzen des Territoriums unterworfen, in welchem er sich befindet, sondern auch die allgemeinen Gesetze behalten im Ganzen genommen für ihn verbindliche Kraft.

Der §. 6. dieses Entwurfes stimmt ganz mit unsern aufgestellten Grundsätzen überein, und wir finden ihn deshalb ganz richtig. Weniger können wir dies von dem §. 5. sagen. Denn daß der Verbrecher, welcher außer Bayern ein Verbrechen begangen hat, jedoch ein Unterthan Bayerns ist, jetzt den Gesetzen dieses Staates unterworfen seyn, und nach denselben gestraft werden solle, dies müssen wir allerdings nach der von uns versuchten Ansicht der Sache unrichtig finden. Nach unsrer Ueberzeugung kann dieser Verbrecher nur in dem Territorio Deutschlands, wo er das Verbrechen beging, nach den etwanigen besondern Gesetzen bestraft werden;

in

in jedem andern Lande des deutschen Reiches, selbst dasjenige, dessen wirklicher Unterthan er ist, nicht ausgeschlossen, kann er nur nach den *gemeinen deutschen Rechten* verurtheilt werden, weil er hier nur als ein Subject betrachtet werden kann, für das es Pflicht war, sich den Gesetzen des deutschen Reiches zu unterwerfen, eben weil es in Deutschland sich aufhielt. *)

Der §. 10. und 11. legt dem Richter die Verbindlichkeit auf, sich streng nach dem Gesetzbuche

*) Ich fühle es, daß die Sache hier von mir noch lange nicht von allen Seiten beleuchtet, vielweniger erschöpft sey; allein es ist hier nicht der Ort einer weitem Auseinandersetzung, vielmehr muß ich dieselbe für eine baldige schicklichere Gelegenheit aufsparen. Nur das will ich hier vorläufig bemerken, daß man keinen Anstoß daran nehmen möge, wenn man mein hier aufgestelltes Raisonnement nichts weniger als übereinstimmend mit jenen Grundsätzen findet, welche ich im §. 35. meiner *Darstellung der Lehre von Strafen und Verbrechen* B. 1. ausgesprochen habe. Ich glaube jetzt einzusehn, daß jener §. in Verbindung mit der Note zu demselben, in vieler Hinsicht, ich möchte fast sagen absurde Sachen enthalte. Ich werde bey dem zweyten Bande Gelegenheit nehmen, mich weiter darüber zu erklären, und zeigen, daß ich selber mein strengster Recensent sey.

buchel zu richten, und bei etwanigen Zweifeln gegen die Anwendung mancher Gesetze sich der Entscheidung der Gesetzcommission zu unterwerfen. Wir müssen gestehn, daß der kurze Inhalt dieser beiden §. §. uns in der That nicht wenig erfreut hat, und das um so mehr, je öfter wir bey dem bisherigen Criminalwesen Gelegenheit erhalten haben, die traurige Bemerkung zu machen, daß nicht selten bei Urtheilssprüchen nichts so sehr als die Gesetze hintenangefetzt werde. Wie mancher Richter geht nicht absichtlich darauf hinaus, das Gesetz zu ehicaniren, entweder weil er den Inhalt desselben nicht mit seiner Philosophie in Übereinstimmung bringen kann, oder weil unzeitiges Mitleiden, also Schwäche, ihm gebietet, den strengen gesetzlichen Ausspruch zu mildern. Wie sehr der Richter durch ein solches Verfahren seine richterliche Pflicht verletze, und wie groß der Nachtheil sey, welcher auf solche Art erzeugt wird, dies bedarf hier keines weiteren Beweises. Aber erfreulich muß jede Verordnung seyn, welche ein solches Unwesen verdrängt wissen will, und welche dem Richter den goldnen Spruch wieder zur Beherzigung

ins Gedächtniß ruft: *lex supra judicem, non judex supra legem!* —

Die drey letzten §. §. dieses Kapitels beschäftigen sich mit der richterlichen Auslegung der Gesetze. Ausdehnende und einschränkende Auslegung ist dem Richter erlaubt, jedoch erstere nur dann, wenn der Fall eines Verbrechens vorkommen sollte, welcher zwar im Gesetzbuche nicht genannt ist, jedoch von der Beschaffenheit ist, daß derselbe den Begriff der im Gesetze genannten Fälle an sich trägt, und der Grund des Gesetzes bey demselben vollkommen eintritt. Zu der einschränkenden Auslegung hingegen soll der Richter nur dann berechtigt seyn, wenn ein gesetzlicher Grund dieselbe zuläßt. Sehr zweckmäfsig!

Zweytes Kapitel.

Von Verbrechen überhaupt.

Im §. 17. setzt der Verf. den *Grund* aller Strafbarkeit darin, daß der Verbrecher zur Zeit der Begehung seiner That den vollen Gebrauch seiner Vernunft hatte. Wir müssen aufrichtig gestehn, daß wir hierin nicht so recht einen *Grund* zur Strafbarkeit der Verbrechen finden können, indem wir uns unter letzterem stets etwas anders gedacht haben. Nach dem, was nach unsrer Meinung der Verf. sagen will, hätte er hier von den *subjectiven Bedingungen* zur Strafbarkeit einer rechtswidrigen Handlung sprechen müssen, er hätte hier sich dahin ausdrücken müssen: daß die Zufügung der ordentlichen Strafe als *nothwendige subjective Bedingung* den

den vollen Gebrauch der Vernunft des Thäters zur Zeit des begangenen Verbrechens erfordere.

Indem der Verf. die volle Strafe durch den vollen Gebrauch der Vernunft bedingt, so glaubt er zugleich hieraus mit Konsequenz den Schluss machen zu müssen, daß jede absichtliche Beraubung des Gebrauches der vollen Vernunft, die ordentliche Strafe ausschliessen müsse, wenn der Verbrecher in einer solchen Lage eine rechtswidrige Handlung beging. Wir können unmöglich hierin dem Verf. beystimmen, und wir sind überzeugt, daß, sobald die Kriminalgesetzgebung einen solchen Grundsatz bey der Zurechnung rechtswidriger Handlungen mit Konsequenz verfolgt, sie sich hierdurch mit eignen Händen einen Feind schaffe, welcher jeden ihrer Zwecke unerreichbar machen kann. Denn wir wollen den Fall setzen, A. nimmt sich vor einen Andern zu ermorden, er weiß jedoch sehr gut, daß die That, welche er mit kalter Ueberlegung gefaßt hat, von den Gesetzen mit dem Tode bedroht ist, wenn er sie mit kaltem Blute ausführt; er weiß aber auch, daß seine verbrecherische Handlung, dann geringer bestraft werden wird, wenn er sie in einem Zustande vollbringt, wo er nicht den vollen Gebrauch

brauch seiner Vernunft hatte. Er wird also nicht unterlassen, sich in einen solchen Zustand zu versetzen, und sich daher z. B. kurz vor der Ausführung seines rechtswidrigen Entschlusses einen derben Rausch trinken. Ist A. ein verschmitzter Verbrecher, und weiß er den Betrunkenen gut zu spielen; so wird er gleichfalls nicht unterlassen, sich noch zehnmal berauschter zu stellen, als er wirklich ist. Und welcher Richter kann es wagen wollen, in Hinsicht dieses Verbrechers genau bestimmen zu wollen, wie groß der Grad seiner Trunkenheit gewesen sey? Es kann also nicht fehlen, A. setzt sein rechtswidriges Begehren durch, und chicanirt noch obendrein die Gesetze; allein es kann und wird auch gleichfalls nicht fehlen, daß A. nicht sollte Nachfolger finden, welche es gleichfalls versuchen werden, auf so bequeme Art bei der ordentlichen Strafe durchzuschlüpfen. Was wird aber hieraus entstehen, was wird und muß es überhaupt für Folgen haben, wenn dem Rechtswidriggesinnten einmal die Gelegenheit gegeben worden ist, auf so bequeme Art, zwar nicht der Entdeckung, aber doch der ordentlichen Strafe entgehen zu können? Die Verbre-

chen

chen werden sich mehren, und der rechtliche Zustand immer mehr gefährdet werden.

Aber was soll die Gesetzgebung denn thun? Soll sie jede Uebertretung des Gesetzes mit der vollen Strafe belegen, der Verbrecher mag mit voller Vernunft gehandelt haben, oder er mag bey der Begehung des Verbrechens ganz vernunftlos gewesen seyn? Ich bin weit entfernt, dies zu behaupten, denn nach meiner Ueberzeugung würde dies nichts weiter heißen, als von einem Extreme zum andern übergehn. Hier ist deshalb mein Glaubensbekenntniß in dieser Sache.

Es ist allerdings ein nicht zu läugnender Satz, daß jedes Strafgesetz durch die Möglichkeit einer psychologischen Wirksamkeit bedingt werde. Es wird hienach erfordert, daß jeder welcher wegen einer rechtswidrigen Handlung bestraft werden soll, eine Vorstellung von dem Strafgesetz gehabt haben müsse; es wird vorausgesetzt, daß es ihm möglich war, nicht nur zu wissen, seine Handlung sey unter einem Strafgesetz begriffen; sondern daß er auch fähig war, die Handlung, zu welcher er sich bestimmte, unter das Gesetz zu stellen.

Um dies alles zu können, wird nun freylich erfordert, daß der Mensch den Gebrauch
 sei-

seiner Vernunft habe, denn wem dieser Gebrauch mangelt, dem mangelt die Vorstellung von dem Strafgesetz und sonach die Vorstellung von der Rechtswidrigkeit seiner Handlung, oder von dem Bewußtsein der Gesetzwidrigkeit seiner That. Allein ein wichtiger Umstand muß hiebey nie vergessen werden. Es kommt nämlich gar sehr darauf an, ob sich jemand *absichtlich* und mit *Willkühr* in einen Zustand versetzte, wo seine Vernunft nicht mit freyer Thätigkeit wirken konnte. Wer sich mit Fleiß und in der Absicht betrinkt, um alsdann im Zustande der Trunkenheit ein bestimmtes Verbrechen zu begehn, dem kann und muß die That selber allerdings völlig zugerechnet werden, und der Staat ist verbunden, die rechtswidrige Handlung eines solchen Menschen mit der vollen, ordentlichen Strafe zu belegen. Denn hier mangelt nichts von den subjectiven Ursachen, welche als nothwendige Bedingungen zur Strafbarkeit verlangt werden. Hier findet stets ein vorsätzliches Verbrechen statt. Der Verbrecher entschloß sich mit nüchternem Muthe zu der rechtswidrigen Handlung, er wußte daß die Handlung verboten, er wußte daß dieselbe mit Strafe bedroht sey. Dies Wissen machte die

psycho-

psychologische Wirksamkeit des Strafgesetzes möglich, der Zweck des letzteren konnte demnach hier sehr gut erreicht werden. Dessen ungeachtet nimmt der Verbrecher sich vor, die Rechtsverletzung auszuführen, er nimmt sich zugleich vor, um vielleicht desto eher seinen Zweck zu erreichen, sich zu betrinken, er führt mit freyer Willkühr diesen Voratz aus und begeht jetzt im Zustande der Trunkenheit die That. Warum sollte hier die volle Strafe nicht stattfinden, warum sollte hier die Strafe gemildert werden müssen, weil der Verbrecher während des Actes der Ausführung seines rechtswidrigen Entschlusses sich im Zustande der Trunkenheit befand? Herr *Kleinschrod* wird uns antworten, daß eben dieser Zustand dem Verbrecher die Überlegung raubte, welche sonst vielleicht bey dem vollen Gebrauch der kalten Vernunft ihn würde bewogen haben, von der Ausführung abzustehn. Wir sind im geringsten nicht abgeneigt, dies völlig zu zugeben, glauben aber eben deshalb mit desto mehrerem Rechte annehmen zu können, daß hier die volle ordentliche Strafe stattfinden müsse. Denn ein solcher Verbrecher, welcher sich absichtlich in einen solchen Zustand versetzt, wo es ihm fast unmög-

unmöglich wird, sein rechtswidriges Begehren zu unterdrücken, und das bezweckte Verbrechen nicht auszuführen, ein solcher Verbrecher ist dem Staate unstreitig der *gefährlichste*, und eben deshalb ist es nothwendig, daß der Staat hier, wo er nicht so wirksam von der unmittelbaren Ausübung der That selber zurückschrecken kann, alles aufbiete, um das freywilige Versetzen in diesen Zustand der Vernunftlosigkeit zu verhindern, um zu verhüten, daß der Verbrecher nicht absichtlich Handlungen vornehme, durch welche der freye Gebrauch kalter Vernunft und Ueberlegung gestört wird. Wie kann dies aber besser und wirksamer geschehn, als wenn der Staat solche Verbrechen, welche mit Vorsatz und Ueberlegung gefasst, und in einem mit Fleiß herbeygeführten Zustande mangelnder Vernunft vollbracht worden sind, mit der ordentlichen gesetzlichen Strafe belegt? Ein solches Verfahren schreckt den Verbrecher ab, sich nicht in einen solchen Zustand zu versetzen, und so zugleich oft das Verbrechen selber zu unterlassen. —

Im §. 24. bis 27. spricht der Verf. von dem bösllichen Vorsatze und dessen Eigenschaften. Ganz richtig ist die Verordnung, daß nur dann

volle gesetzliche Strafe eintreten dürfe, wenn die rechtswidrige Handlung mit böslichem Vorfatze begangen ward. Die Bestimmung dieses böslichen Vorsatzes scheint uns nicht scharf genug gezeichnet zu seyn. Wir würden lieber sagen, bösen Voratz äußere jeder, welcher, mit dem vollen Bewußtseyn der Gesetzwidrigkeit seines Wollens, sein Begehrungsvermögen zur Hervorbringung einer rechtswidrigen Handlung als Zweck bestimmt. Dafs übrigens das bloße Wissen der Gesetzwidrigkeit hinreichend sey, und es nicht darauf ankomme, dafs der Verbrecher auch zugleich die besondere Strafe des bezweckten Verbrechens wisse, bemerkt der Verf. ganz richtig.

Vom §. 28. an handelt der Verf. von der Zurechnung der Folgen des Verbrechens. Wir müssen hiebey bemerken, dafs wir vermöge desjenigen, was wir beym §. 19. folg. erinnert haben, gleich den Anfang des §. 28. nicht können gelten lassen. Der Verf. will nämlich, dafs die nothwendigen Folgen eines Verbrechens nur dann als vorsätzlich sollen zugerechnet werden, wenn jemand eine vorsätzliche Handlung bey *vollkommenem* Vernunftgebrauche begeht. Zu geschweigen dafs es überhaupt eine eigene Sache

che mit dem *vollkommenen* Vernunftgebrauch sey, und daß sich in Ansehung der Unbestimmtheit dieses Ausdrucks, nach unsrer Ueberzeugung, noch manches erinnern liesse; so müssen wir, davon abgesehen im übrigen doch gestehn, daß wir stets die nothwendigen Folgen eines Verbrechens als vorfätzlich zurechnen würden, wenn der Verbrecher sich mit Bewußtseyn und Ueberlegung zu dem Verbrechen *entschloß*. Denn, indem er sich mit Ueberlegung und mit dem Bewußtseyn der Rechtswidrigkeit zu einer Handlung bestimmte, in dem Augenblicke, mußte er auch bedenken, wenigstens konnte er es, welche Folgen aus seiner Handlung entstehn werden. Wenn nun der Verbrecher diesen *überlegten Entschluß* zwar in einem Zustande der Nichtüberlegung *ausführt*, jedoch dabey ein *absichtliches* Verletzen in diesen Zustand stattfindet; so sehen wir nicht ab, warum nicht auch jetzt die nothwendigen Folgen des Verbrechens als vorfätzlich zugerechnet werden sollten. Dieser §. 28. mußte nach unsrer Ueberzeugung in Hinsicht des vollen Gebrauchs der Vernunft bey der Ausführung eines Verbrechens die nämlichen Einschränkungen leiden, welche wir vorhin bey §. 19. machten.

Die in den §§. 29. bis 37. enthaltenen Grundsätze und näheren Bestimmungen in Hinsicht der grösseren oder geringeren Zurechnung der Folgen eines Verbrechens dünken uns im Ganzen genommen sehr zweckmässig dargestellt zu seyn.

Vom §. 37. bis 44. handelt der Verf. von der Strafbarkeit der Fahrlässigkeit und den Graden derselben. Ob wir gleich im allgemeinen genommen demjenigen beystimmen, was der Verf. in diesen §. §. ausgesprochen hat; so scheint uns doch diese wichtige Lehre etwas zu kurz abgefertigt, und überhaupt nicht scharf und erschöpfend genug gezeichnet zu seyn. Auch kommt uns das Ganze als etwas verworren durcheinander geworfen vor. Deutlicher würde sich der Verf. nach unsrer Ueberzeugung ausdrücken und überhaupt mehr Klarheit über seinen Gegenstand verbreitet haben, wenn er nach einer kurzen Auseinandersetzung dessen, was von den Gesetzen als Fahrlässigkeit betrachtet werde, jetzt von der *Verbindlichkeit* des Bürgers, den gehörigen Fleiß anzuwenden, um keine fahrlässige Handlung zu begehn, geredet hätte. So würde sich aus der Deduction dieser Verbindlichkeit des Bürgers dann das Recht
des

des Staates ergeben, die Verletzung derselben allerdings zu bestrafen, vorausgesetzt nämlich, daß nicht Fälle eintreten, durch welche die Strafbarkeit der unterlassenen Verbindlichkeit aufgehoben würde. Es müßte demnach nun gezeigt werden, daß nur dann von einer wirklich verletzten Verbindlichkeit die Rede seyn dürfe, wenn derjenige welcher fahrlässig gehandelt haben soll, nicht nur überhaupt zur Verbindlichkeit des gehörigen Fleißes verpflichtet gewesen sey, und er diese Verpflichtung wissen konnte; sondern daß es auch für ihn nicht physisch unmöglich gewesen sey, entweder diesen Fleiß anzuwenden, oder auch die That, durch welche an und für sich die Verletzung der Verbindlichkeit begründet wird, zu unterlassen.

Von allem diesen finden wir, obgleich die Wichtigkeit dieser Lehre nach unsrer Ueberzeugung es allerdings verdient hätte, in den genannten §. §. wenig oder nichts angedeutet. Zwar will uns der Verf. im §. 39. so eine Art von Bestimmung des Begriffs und Umfangs der Fahrlässigkeit geben, indem er davon spricht, wann dieselbe strafbar erscheine; allein wir können nicht bergen, daß uns der Inhalt dieses §. nicht nur sehr schwankend, sondern selbst äußerst man-

mangelhaft dünkt. Alles was der Verf. in diesem §. sagt, beschränkt sich einzig und allein auf solche fahrlässige Handlungen, welche sich auf dem unterlassenen Gebrauch des *Erkenntnisvermögens* gründen. Es giebt aber noch eine Art wie die Fahrlässigkeit sich zeigen kann, ohne daß dabey auf den unterlassenen Gebrauch des Erkenntnisvermögens reflectirt wird. Denn auch bloße äußere, in die Sinne fallende Thatumstände können die Fahrlässigkeit begründen. Wer daher z. B. den Einfall bekommt, an einem Orte, wo, wie er weiß, gewöhnlich Menschen sich befinden, und wo er eben deshalb, wie er gleichfalls weiß, sehr leicht Schaden stiften kann, ein scharfgeladenes Gewehr abzubrennen; der begründet hier, vorausgesetzt daß er wirklich jemand verwunde oder gar tödte, durch eine bloße äußere Handlung die Fahrlässigkeit. Denn der Verbrecher wußte hier, daß er Schaden, und zwar sehr leicht Schaden konnte, es ist hier demnach nicht der Fall vorhanden, wo der unterlassene Gebrauch des Erkenntnisvermögens Grund von der Fahrlässigkeit ist; sondern unmittelbar das äußere Factum bedingt hier ein fahrlässiges Verschulden. —

Das

Dafs übrigens den Grad der Fahrlässigkeit der Richter in jedem einzelnen Falle bestimmen solle, finden wir ganz richtig. Nur hätten wir gewünscht, dafs es hiebey dem Verf. gefallen hätte, dem Richter einige sichere und ausführlichere Fingerzeige zu geben, als wir im §. 41. vorfinden. Was dieser §. deshalb enthält, betrachtet wiederum, gleich wie der §. 39. nicht nur blofs die eine Art der Fahrlässigkeit, sondern ist auch ausserdem ziemlich dürftig. —

In den letzten §. §. dieses Kapitels beschäftigt der Verf. sich, und zwar im Verhältnifs zu andern, nicht minder wichtigen Lehren, ziemlich ausführlich, mit der Lehre von versuchten Verbrechen. Eine vollständige Analyse der sechzehn §. §., in welchen diese Lehre abgehandelt ist, würde zu weit führen; wir erlauben uns daher nur einige Anmerkungen.

Im §. 47. sagt der Verf. dafs, wenn die That wirklich *vollbracht* sey, es nicht darauf ankomme, ob der Verbrecher seinen vollen Zweck erreichte, oder nicht. Wir finden gegen diesen Satz mehreres zu erinnern. Denn fürs erste scheint uns hier Herr *Kleinschrod* eine ganz irrige Idee von einem *vollbrachten* Verbrechen zu haben, indem es nach unsrer Ueberzeugung

zum

zum vollen Begriff desselben ausdrücklich darauf ankommt, daß der Verbrecher seinen bezweckten rechtswidrigen Effect durchgesetzt, mithin also den Zweck, welchen er sich vornahm, erreicht habe. Entspringt diese rechtswidrige Wirkung nicht aus der Handlung, welche der Verbrecher beging; so kann auch nicht von einem *vollbrachten*, sondern aufs höchste nur von einem *geendigten* Verbrechen die Rede seyn. *)

Eben deshalb nun aber auch muß fürs zweyte dieser Unterschied eines bloß geendigten und eines vollbrachten Verbrechens allerdings berücksichtigt werden, und es bekommt bey der Bestrafung demnach in der Regel gar sehr darauf an, ob der Verbrecher seine, durch das Verbrechen bezweckte Absicht erreichte, oder nicht. Herr *Kleinschrod* selber nimmt, wie wir aus seiner Darstellung der einzelnen Verbrechen in der zweyten Abtheilung sehn, in Hinsicht der Bestrafung hierauf Rücksicht. So will z. B. derselbe den Giftmischer, welcher in der Absicht zu tödten, jemand Gift beybringt, nur dann mit der vollen gesetzlichen Strafe belegt wissen.

*) Vergl. *Meine Darstellung* 10. B. 1. §. 54.

wissen, wenn der Verbrecher wirklich [durch das beygebrachte Gift seinen Zweck erreicht, und den andern tödtet. Hierdurch giebt der Verf. also zu erkennen, daß er zum wirklichen Begriff des vollbrachten Verbrechens nothwendig die Erreichung des beabsichtigten Zweckes des Verbrechers erfodere.

Selber im §. 46. sagt der Verf., daß der Fall der wirklichen Vollendung eines Verbrechens nur dann vorhanden sey, wenn alle wesentliche Theile und Erfordernisse der Haupt-handlung vollkommen da sind, welche die Gesetze zur Anwendung der ordentlichen Strafe voraussetzen. Man gehe nun aber einmal die ganze zweyte Abtheilung durch, und man wird fast überall finden, daß der Verf. *Erreichung der Absicht* mit zu den wesentlichen Erfordernissen zählt, ohne deren Existenz er nie die volle Strafe eintreten läßt.

Es ist auch im Ganzen genommen nothwendiges Erforderniß der Strafgesetzgebung, in Hinsicht der Bestrafung darauf zu reflectiren, ob der Verbrecher seine Absicht erreicht habe, mithin das Verbrechen vollbracht sey, oder nicht. Je schädlicher die rechtswidrige Handlung als äußere Erscheinung sich gezeigt hat, je

je gefährlicher ist sie für den Staat. Eben deshalb aber darf derselbe es nicht unterlassen, bey der Gröſſe der Bestrafung auch die Folgen des Verbrechens zu berücksichtigen. Vor dem Richterstuhl der Moral mag der Wille zur That gleich strafwürdig seyn mit der rechtswidrigen Handlung selber; dem Rechtsgeſetz darf das bloſſe Wollen nicht genügen, sondern die Art der Ausführung dieses Wollens muß hier ihren lebendigen Einfluß äußern. — —

Was die von dem Verf. gegebenen Bestimmungen der Grade des Versuches anbetriſſt, ſo finden wir dieſe nicht ſcharf genug bezeichnet. So z. B. würden wir, anſtatt mit dem Verf. im §. 55. für den *nächſten* Verſuch jene Lage zu halten, wenn die Haupthandlung von ihrem Urheber wirklich angefangen worden iſt: ſtatt deſſen lieber den nächſten Verſuch alsdann vorhanden annehmen, wenn der Verbrecher ſchon im Begriff ſtand, den letzten Act zur Exiſtenz der Handlung vorzunehmen, deren rechtswidriges Entſtehen er bezweckte. Denn der nächſte Verſuch geht unmittelbar der wirklichen Ausführung des Verbrechens vorher, in ihm liegt daher diejenige Handlung, welche die Gränzlinie zwischen dem rechtswidrigen Wollen und def-

dessen Ausführung bildet. Das was der Verf. im §. 53. als nächsten Versuch angiebt, würden wir eher als näheren Versuch, oder als Mittelglied zwischen *nächstem* Versuch und *entfernterem* ansehen.

Im §. 58. sagt der Verf., dafs wenn jemand *freywillig* die Vollendung eines angefangenen Verbrechens unterlasse, ihm alsdann wegen des nächsten Versuches vom Richter ein Verweis vor versammelten Gerichte zu ertheilen sey. Wir können diesen §. durchaus nicht billigen. Denn entweder begründete der nächste Versuch zum Verbrechen schon an und vor sich selbst eine Rechtsverletzung, oder nicht. War das erste der Fall, so muß unstreitig der Verbrecher jetzt auch diejenige Strafe leiden, welche er durch die bey dem Versuch zum Verbrechen begangene Verletzung verdient hat. Der Verf. giebt dies nicht nur im §. 51. selber zu, sondern er will die Strafe noch gar geschärft wissen.

Wenn hingegen der Versuch an sich selber kein Vergehen begründete, so sehen wir jetzt nicht ab, wie sich der Staat das Recht anmassen könne, denjenigen, welcher *freywillig* von einem intentirten Verbrechen absteht, bestrafen zu wollen, sey es auch so gelinde, wie möglich.

lich. Es müßte dies nothwendig am Ende darauf hinauslaufen und das Anfehn gewinnen, als sey der Staat auch dazu verpflichtet, seinen Bürger auch dafür zu bestrafen, daß er es sich einmal einfallen liefs, ein rechtswidriges Begehren in sich aufsteigen zu lassen. Wenn Furcht vor dem Gesetz den Bürger abhält rechtswidrig zu *handeln*, so muß dies den Staat vollkommen genügen; das bloße rechtswidrige *Wollen* kann ihm gleichgültig seyn, hierüber hat der Bürger sich mit dem Sittenforum abzufinden.

Drittes Kapitel.

Von dem Urheber und den Theilnehmern eines Verbrechens.

Ehe wir zur Würdigung des Inhaltes von diesem Kapitel selber schreiten, können wir nicht umhin, über die Ordnung der Materien desselben zuvor ein Wort zu reden. Nach unsrer Ueberzeugung nämlich würde der Verf. besser gethan haben, wenn er nach der Aufstellung des Begriffes vom Urheber einer Missethat, jetzt nicht sogleich die Grundsätze von der Verschwörung zu einem Verbrechen oder von den Miturhebern aus einem Vertrage abgehandelt, sondern zuvor erst die verschiedenen Arten, wie man überhaupt Urheber werden könne, und den Unterschied zwischen physischen und intellectuel-

ctuellen Urhebern beseitigt hätte. Uns scheint es wenigstens immer ziemlich unsystematisch, wenn der Verf. erst im §. 61. und 62. den Begriff eines Urhebers angiebt, dann im §. 63. mit einemmale hievon abspringt, und bis zum §. 69. von der Verschwörung zu einem Verbrechen und der Strafbarkeit der Verschwornen handelt, und jetzt wieder vom §. 70 an die einzelnen Arten, wie man Urheber eines Verbrechens seyn könne, berücksichtigt.

Im übrigen ist es nicht zu läugnen, daß dieses Kapitel die Lehre von den Urhebern und Theilnehmern eines Verbrechens, nach den bisherigen Grundsätzen, welche in Hinsicht derselben zu herrschen pflegen, ziemlich gut und vollständig darstellt. Nur ein §. ist uns hiebey wegen der Sonderbarkeit seines Inhaltes aufgefallen. Wir werden denselben zuvor berücksichtigen, und dann uns die Darstellung unserer Ansicht der Sache in Hinsicht dieser Lehre überhaupt in einigen Umrissen anzugeben erlauben.

Gleich im §. 62. können wir, so wie er da steht, gerade herausgesagt, — keinen Sinn finden. Denn, wenn der Verf. sagt, es komme bey dem Begriff eines Urhebers nich darauf an, ob der Verbrecher die That selbst begeheth, oder
durch

durch Andere begehen läßt, oder die *Hauptursache* ist, warum ein anderer eine Missethat verübt, was ausserdem nicht geschehen wäre: so müssen wir aufrichtig hiebey gestehn, daß der letzte Satz dieses §., vorausgesetzt daß hier der Drucker keinen Fehler begangen hat, uns um so auffallender von dem Verf. gesagt dünkt, da er mit dem Inhalt des kurzvorhergehenden §. nichts weniger, als harmonirt. Denn wir wollen annehmen, wir wären mit dem Verf. darüber vollkommen einverstanden, wie es denn auch die mehrsten Kriminalisten mit ihm seyn werden, daß es durchaus nicht wesentlich zum Begriff des Urhebers erforderlich sey, daß jemand ein Verbrechen selbst unmittelbar begangen habe; so können wir dann doch unmöglich darin beystimmen, daß es gleichfalls nicht darauf ankomme, ob jemand die *Hauptursache* sey, daß ein Anderer ein Verbrechen ausübe, welches der letztere ausserdem nicht begangen haben würde. Wie in aller Welt paßt dieser Satz zu den übrigen Grundsätzen, welche der Verf. in diesem ganzen Kapitel ausspricht: wie kann derselbe mit dem kurzvorhergehenden §. in Uebereinstimmung gebracht werden? Ist es richtig, was der Verf. im §. 61. sagt, daß der-

jeni-

jenige, in dessen Willen die nothwendige und Hauptursache liege, warum ein Verbrechen begangen wird, Urheber genannt werden solle; so kann es unmöglich richtig seyn, wenn der §. 62. sagt, daß es nicht darauf ankomme, ob jemand die Hauptursache sey, daß ein Anderer eine Missethat ausübe, welche außerdem nicht geschehen wäre. Es ist offenbar, daß sobald man den Begriff, welchen der Verf. selbst von dem Urheber einer Missethat aufgestellt hat, gelten läßt, daß man es dann allerdings berücksichtigen müsse, ob jemand Hauptursache von der Existenz der rechtswidrigen Handlung eines Andern sey. Was mangelt hier zur Vollständigkeit des Begriffs eines intellectuellen Urhebers, wie ihn der Verf. selbst annimmt? Nichts. Und doch soll es nicht darauf ankommen bey dem Begriff eines solchen Urhebers, ob jemand Hauptursache von einem Verbrechen sey!!

Da wir uns übrigens in Hinsicht der Lehre von Urhebern und Gehülfen eines Verbrechens eigne, von den bisherigen Meinungen ziemlich abweichende Ansichten gebildet haben; so können wir es uns dadurch überheben, die einzelnen §. §. dieses Kapitels selber genauer durch-

zugehen, und wir wollen vielmehr statt dessen lieber gleich unser Glaubensbekenntniß in dieser Sache niederlegen.

Urheber eines Verbrechens glauben wir könne nach strengrechtlichen Principien nur derjenige genannt werden, welcher unmittelbar durch eine Thatäußerung die Existenz einer rechtswidrigen Handlung hervorgebracht hat, welcher demnach Schöpfer des existirenden Verbrechens ist. Vor dem Forum des Rechts kann nur, wie nicht zu läugnen ist, dann von einer totalen Existenz eines Verbrechens die Rede seyn, wenn dasselbe als vollbrachte äußere Erscheinung sich uns entgegenstellt, wenn es als ein abgeschlossnes Factum sich uns ankündigt. Ausgeführt muß demnach der rechtswidrige Entschluß des Verbrechers seyn, wenn er soll zum existenten Verbrechen werden; mangelt etwas an dieser Ausführung, so ist sie als nicht vollbracht zu betrachten, und es kann immer nur, strenge genommen, von einem *versuchten* Verbrechen die Rede seyn, mag gleich der Entschluß des Verbrechers sich mehr oder minder durch wirkliche Thatäußerungen offenbaren.

Eben so aber wie vor dem Forum des Rechts die gesetzwidrige Handlung dann erst als wirk-

lich vollbrachtes Verbrechen erscheint, wenn sie äußerlich existent geworden ist; eben so kann vor demselben auch nur derjenige als Urheber des Verbrechens betrachtet werden, welcher durch sein Handeln es dahin brachte, daß dasjenige, was rechtlich zu einem existenten Verbrechen nothwendig erforderlich war, zum Vorschein kam.

Nach unsrer Ueberzeugung kann deshalb strenge genommen nur der *auctor physice talis* *Urheber* eines Verbrechens genannt werden. Der sogenannte *auctor intellectualis* wird im rechtlichen Sinne ganz unschicklich *Urheber* genannt, er ist weiter nichts, als ein bloßer *Anstifter* zu einer rechtswidrigen Handlung, die ein Anderer vornehmen soll. Wir wollen versuchen, diese Behauptung etwas ausführlicher auseinander zu setzen.

So lange eine Handlung noch nicht existent geworden ist, so lange können wir auch nicht fragen, wer Urheber derselben gewesen sey. Erst dann, wenn etwas geschehen, erst dann, wenn ein Mord z. B. begangen worden ist, fragen wir, wer hat das gethan, wer war Urheber dieses Verbrechens? Es folgt hieraus, daß wir mit dem Begriff eines Urhebers eigentlich immer

der die Idee von einem wirklichen unmittelbaren Hervorbringen verbinden. Wer dem Künstler ein Sujet zu einem Gemälde vorlegt, wer ihm empfiehlt, nach diesem Sujet das Gemälde zu verfertigen, werden wir den Urheber des Kunstwerks nennen, das der Mahler ausgeführt hat? Ich glaube nicht. Hätte der Künstler selber das Gemälde nicht verfertigen können, oder wollen, so würde es nicht existent geworden seyn, der Andere möchte noch so viele Bitten oder Drohungen verschwendet haben. Nur dadurch daß der Mahler konnte und wollte, erhielt das Gemälde seine Existenz, er ist also eigentlicher Schöpfer und Urheber desselben; der Andre konnte ihn bloß durch seinen Auftrag, oder durch seinen Befehl, u. s. w. dahin *bestimmen*, zu wollen, sein Auftrag konnte demnach allenfalls die *Ursache* davon werden, daß jener das Wollen existent machte; allein ist Ursache von etwas seyn und Urheber einer Handlung synonym? Ich sollte nicht meinen; oder wäre es doch, wäre der Aufträger zu einem Verbrechen deshalb Urheber der rechtswidrigen Handlung, weil der Auftrag die Ursache davon war, daß der Verbrecher sich bestimmen ließ, die Rechtsverletzung zu begehn: so sehe ich nicht ab,

warum wir nicht auch sagen könnten, daß jener unbesonnene Mensch, welcher durch prahlhaftes Vorzeigen seiner goldnen Börse einen armen Teufel verleitete, ihn derselben zu berauben, Urheber des Diebstals sey. Denn sein vorwitziges Zeigen seines Reichthums war die Ursache davon, daß der Andre sich verleiten liefs, nach diesem Gelde seine unberufenen Hände auszustrecken.

Man wende mir nicht ein, daß der auctor intellectualis deshalb Urheber genannt werde, weil er das Verbrechen gewollt habe, weil er aus eignem Intresse für die Existenz desselben, den Willen des Verbrechers zur Hervorbringung der That zu bestimmen suchte. Denn dies alles dünkt mich dürfe uns nicht bestimmen, deshalb hier von einem *Urheber* des Verbrechens zu reden. Es ist freylich war, der sogenannte intellectuelle Urheber will die Existenz des Verbrechens herbeygeführt sehn, allein dies kann ihn nicht zum Urheber machen; denn durch dies bloße Wollen wird er noch nicht einmal strafbar, indem der Staat es Niemand verbieten kann, rechtswidrig zu *denken*. Doch dies läugnen unsre Kriminalisten auch nicht, deshalb ist ihnen der bloße Wunsch, der Wil-

le für die Existenz des Verbrechens noch nicht hinreichend, und sie fodern deshalb ferner zum Begriff eines intellectuellen Urhebers, daß jemand, um sein rechtswidriges Begehren existent zu sehn, auf *wirksame* Art einen Andern zur Begehung des Verbrechens zu bestimmen gesucht habe. Aber auch hierin können wir noch nichts finden, was uns berechtigen dürfte, uns des Wortes Urheber eines Verbrechens zu bedienen. Daß jemand bey einem Andern die Idee zu einem Verbrechen erweckt, daß er, sey es durch Rath, oder durch Drohungen, oder durch Befehl, oder durch Auftrag, jemand zu bestimmen sucht, eine rechtswidrige Handlung auszuführen; dies ist allerdings rechtswidrig, dies begründet Gefahr für den Staat, indem hierdurch der rechtliche Zustand wirklich verletzt wird, oder doch die Verletzung desselben sehr leicht dadurch stattfinden kann, und insofern muß hier allerdings Strafe stattfinden, weil hier nicht mehr von einem gesetzwidrigen Denken, von einem bloßen rechtswidrigen Wollen, sondern schon von einem rechtswidrigen Aeußern die Rede ist. Allein trotz diesem rechtswidrigen Aeußern würde die bezweckte Gesetzübertretung dennoch nicht entstanden seyn, wenn

wenn der Andre sich durch die Drohung, durch den Auftrag u. s. w. nicht hätte bestimmen lassen, das Verbrechen zu begehn. Nur durch diesen wird es für den Staat existent, er führt dasselbe in die Reihe äußerer Erscheinungen auf; er ist wahrer Schöpfer, wahrer Urheber des begangenen Verbrechens.

Aus diesen Gründen, die sich übrigens, wie wir überzeugt sind, noch weit ausführlicher darlegen ließen, wenn es hier der Raum erlaubte, glauben wir daher, daß man nur denjenigen *Urheber* eines Verbrechens nennen dürfe, welcher unmittelbar durch eigne Kräfte, sey es nun durch Bestimmung dazu von Seiten eines Andern, oder aus eignem Entschluß, eine Handlung ausübt, welche von den Gesetzen unter Strafe verboten worden ist. Jeder Andre, welcher sich für die Existenz eines Verbrechens wirksam bezeugt, kann entweder nur *Anstifter* des Verbrechens seyn, wenn durch ihn nämlich die Idee zu einer rechtswidrigen Handlung bey einem Andern erregt worden ist; oder er kann auch nur *bloßer Gehülfe* seyn, insofern er die von jemand bezweckte Gesetzwidrigkeit zu befördern sucht.

Es möchte vielleicht am Ende jedoch dieses ganze Raïsonement auf bloßen Wortstreit hinauszulaufen scheinen; wenn wir nicht zugleich bey uns überzeugt wären, daß sich aus dem Gefagten wichtige, der Philosophie des Strafrechts durchaus nicht widerstreitende Folgerungen ziehen ließen. Diese Folgerungen bestimmen nämlich die Beantwortung der Frage, wer strafbarer sey, ob der von unsern Kriminalisten sogenannte intellectuelle Urheber, oder der physische, oder ob beyde im gleichen Grade strafbar seyen. Unsere vorzüglichsten Kriminalisten nehmen an, daß der intellectuelle Urheber, wenn er mit einem physischen concurrire, strafbarer sey, als der letztere. Wir müssen jedoch gestehn, daß wir uns vielmehr vom Gegentheile überzeugt halten, und wir glauben daher, daß der physische Urheber in der Regel härter bestraft werden müsse, als der Anstifter des Verbrechens, oder der sogenannte intellectuelle Urheber. Der scharfsinnige *Feuerbach* sagt zwar: Urheber eines Verbrechens können im verschiedenen Grade strafbar seyn, je nachdem mehr oder weniger Gründe für die Existenz der Uebertretung in ihrer Handlung enthalten waren; allein wir können aus diesen Worten keinen Grund ab-

abnehmen, den Anstifter des Verbrechens schärfer zu bestrafen, als den physischen Urheber der rechtswidrigen Handlung. Einen Maassstab für die grössere oder geringere Bestrafung der Anstifter selber giebt jener Satz allerdings, und aus ihm fliesst demnach zwar, dass der Anstifter durch wirklichen *Zwang* müsse härter bestraft werden, wie z. B. der Anstifter durch Rath; aber weiter ergiebt sich daraus auch nichts.

Vielmehr glauben wir nicht ohne Grund zu unsrer Behauptung berechtigt zu seyn, dass der Staat den wirklich physischen Urheber, vorausgesetzt das letzterer Bewusstseyn von der Strafbarkeit seiner ausgeübten Handlung hatte und haben konnte, mit einer höheren Strafe belegen müsse, als den sogenannten intellectuellen Urheber. War es nämlich dem physischen Urheber möglich, und dies müssen wir hiebey zuvörderst voraussetzen, weil er sonst gar nicht bestraft werden kann, die rechtswidrige Handlung, zu welcher ihn der Anstifter bestimmen wollte, zu unterlassen, stand es in seiner Willkühr, die Ausführung des rechtswidrigen Begehrens des Andern zu verhindern; so war er auch rechtlich verpflichtet dazu, und er entschloss sich, indem er sich dessen ungeachtet doch

doch zur Ausführung bestimmen liefs, mit Absicht zur Uebertretung des Strafgesetzes. Er ist also derjenige, welcher die Gefahr für den rechtlichen Zustand, die der Anstifter nur wünscht, herbeyzieht, der letztere begründet nur Furcht vor Verletzung der rechtlichen Sicherheit, jener hingegen die Verletzung selber; der Erstere *kann* durch seinen Rath u. s. w. die Existenz dessen was den rechtlichen Zustand gefährdet, herbeyziehen; der letztere *hat* es herbeygeführt, durch ihn ist nicht blofse Beforgnis vor Verletzung, sondern letztere selber entstanden.

Eben deshalb aber auch, weil der physische Urheber durch seine absichtlich vorgenommene Handlung eine Rechtsverletzung hat existent werden lassen; so mufs er daher auch vom Staate härter bestraft werden, als derjenige, welcher blofs darauf hinausging, ihn zur Ausführung einer rechtswidrigen Handlung zu bestimmen. Vor dem moralischen Richter mag derjenige, welcher einen Banditen dingt, um einen andern Menschen aus der Welt zu schaffen, gleich strafbar seyn mit dem Mörder selber; vor dem Forum des weltlichen Richters kann er es nicht seyn, denn sein Auftrag allein verletzt

letzt den rechtlichen Zustand nicht, er bleibt nichts weiter, als ein todter Buchstabe, ohne Geist und Leben, sobald der Gedungene es von sich ablehnt, denselben zu vollziehen.

Man wird selbst finden, sobald man auf den Menschen im gemeinen Leben reflectirt, daß hier grade die nämlichen Grundsätze herrschen. Warum sucht der Mensch lieber rechtswidrige Handlungen anzustiften, als selber auszuführen; warum dingt jener lieber einen Banditen um seinen Gegner aus der Welt zu schaffen, als daß er selber dies Geschäft übernehmen sollte; warum ertheilen wir lieber böse Rathschläge, und sind geschäftig Andre zu bestimmen, dieselben auszuführen, als daß wir selber ihre Anwendung versuchen sollten? Alles darum, weil der Mensch es minder gefahrvoll hält, die Pfeile zu schnitzen, und Andre sie abdrücken zu lassen, als selber den Bogen zu nehmen. Und woher dieser Glaube von einer geringeren Gefahr? Woher anders, als weil ein gewisses dunkles Gefühl dem Menschen sagt, derjenige müsse vom Staate für strafbarer gehalten werden, welcher eine rechtswidrige Handlung selber ausführt und vollbringt, als derjenige, welcher die Rechtsverletzung nur herbey-

beygeführt *verlangt*. Uebrigens sind wir weit entfernt, hieraus den Beweis für unsre Behauptung, daß der Staat den physischen Urheber schärfer bestrafen müsse, als den sogenannten intellectuellen, auch nur unterstützen zu wollen. Vielmehr soll nichts weiter hiermit von uns bezweckt werden, als zu zeigen, daß sich nicht selten die Grundsätze der Philosophie des Strafrechts und die Grundsätze und Urtheile im gemeinen Leben einander begegnen.

Das Resultat aus dem bisher Gesagten überhaupt soll demnach in folgendem bestehen: nur derjenige, welcher unmittelbar durch eine Thatäußerung die Existenz einer rechtswidrigen Handlung wirklich gemacht hat, ist *Urheber* der letzteren zu nennen; derjenige hingegen, welcher sich eines Andern bediente, um ein rechtswidriges Begehren existent zu sehn, ist *Anstifter* des Verbrechens. Jener, weil er, und nur er, Urheber des Verbrechens ist, ist strafbarer wie dieser.

Wir haben schon vorhin geäußert, daß der Grad der Strafbarkeit des *Anstifters* nach der Wichtigkeit der Gründe, welche in seiner Handlung für die Existenz der Uebertretung enthalten waren, bestimmt werde. *Je schwer-*

Je leichter der Anstifter es dem Urheber machte, den rechtswidrigen Willen des ersten nicht auszuführen, desto strafbarer ist der Anstifter. Je leichter der Anstifter es dem Urheber machte, den rechtswidrigen Willen des ersten zu vollziehen, desto strafbarer ist der Anstifter. Aus dem ersten Satze folgt, daß derjenige, welcher durch *Zwang* jemand zur Ausführung eines Verbrechens bestimmt, unter allen Anstiftern am strafbarsten wird, weil er es dem Urheber am schwersten macht, das rechtswidrige Begehren nicht auszuführen. Denn ich muß demjenigen, welcher mich zu einer Handlung zwingen will, einen größeren Grad von Kraftaufwand und Stärke entgegensetzen, um meinem Willen nicht gemäß zu leben, als demjenigen, welcher mir einen bloßen Auftrag, oder einen Rath zu einer Handlung ertheilt.

Aber auch darnach muß, wie gesagt, der Grad der Strafbarkeit des Anstifters bestimmt werden, in wieferne letzterer es dem Urheber leichter macht, die rechtswidrige Handlung auszuführen. Man nehme an A. sucht den B. zu bereden, den C. zu ermorden. Er gibt hiebey nicht nur dem B. Mittel zur Hand, wie er die That leicht begehen könne, sondern er ver-
spricht

spricht auch, mit C. allein an einen unbewohn-
 ten, verborgenen Ort zu kommen, wo niemand
 die That bemerken könne; er verspricht ferner
 dem B., um diesen von aller Furcht der Ent-
 deckung zu befreyen, ihm zur schnellsten Flucht
 behülflich zu seyn, ihm eine ansehnliche Sum-
 me Geldes zum weiteren Fortkommen zu schen-
 ken, ihn bey guten Freunden in einem andern
 Lande aufs dringendste zu empfehlen, und was
 dergl. mehr ist. Offenbar sind dies alles Lockun-
 gen zum Verbrechen, die den B., vorausge-
 setzt daß er ein Mensch sey, der es da, wo er
 hofft ohne Entdeckung durchkommen zu kön-
 nen, eben nicht allzugenu mit den Gesetzen hal-
 te, eher bestimmen können zur Ausführung des
 Verbrechens, als ihn davon zurückschrecken.
 A. verspricht solche Anstalten zu treffen, wodurch
 alle Schwierigkeiten vor der Ausübung gehoben
 werden sollen, er verspricht ferner dahin zu
 sehn, daß auch nach der Ausführung des Ver-
 brechens der Thäter unentdeckt davon komme.
 Wäre die Ausführung des bezweckten Mordes
 mit mehr Gefahr für B. verbunden, könnte
 oder wollte A. nicht die That auf alle mögliche
 Art zu erleichtern suchen, wollte er den C.
 nicht an den menschenleeren Ort führen, woll-

te er den B. nicht hinterher zur schnellsten Flucht behülflich seyn, sondern wollte er vielmehr die ganze Ausführung seines rechtswidrigen Willens dem B. einzig und allein überlassen; so ward es hiedurch für letzteren ungleich schwieriger gemacht, das Verbrechen auszuführen, denn nur er allein mußte jetzt alle Hindernisse, welche sich der That entgegensetzen konnten, besiegen. Was leicht auszuführen, thut der Mensch eher, als was mit Gefahr und Schwierigkeiten verbunden ist, eben deshalb war es jetzt eher wahrscheinlich, daß B. den Mord nicht ausführen werde, als unter den vorigen Umständen. Wo daher der Anstifter es dem Urheber leichter möglich macht, ein Verbrechen zu begehn, da begründet er zugleich eine grössere Gefahr zur Verletzung des rechtlichen Zustandes, und deshalb ist er in dieser Hinsicht selber strafbarer.

Aus diesen aufgestellten Principien ergibt sich nun ferner auch schon gewissermassen von selbst der Maasstab für den Grad der Bestrafung des *Urhebers*, sobald derselbe nämlich als Organ von dem Willen eines Anstifters betrachtet werden muß. Die Regel muß hier im allgemeinen dahin gehen: je grösser die Strafbarkeit des Anstifters ist, je geringer ist die Strafbarkeit

keit

keit des *Urhebers*; je *geringer* die Strafbarkeit des *Anstifters* hingegen erscheint, desto *größer* muß die Strafbarkeit des *Urhebers* seyn. Der Beweis dieser Sätze fließt schon aus dem vorhin Gesagten. Der Anstifter durch *Gewalt* z. B. beschränkt und hemmt die eigene Bestimmung des *Urhebers* und den freyen Entschluß desselben zur Ausführung des Verbrechens mehr, als der Anstifter durch *bloßen Auftrag*. In Rücksicht des letzteren war es dem Urheber eher und leichter möglich, dem Willen des Anstifters nicht Folge zu leisten, als in Rücksicht des ersteren. Sein Entschluß zur Ausführung der rechtswidrigen Handlung wird hier also desto strafbarer, weil es dem Verbrecher hier desto leichter war, diesen Entschluß nicht zu fassen. Hingegen da, wo ihn der Anstifter *durch Gewalt* dahin zu bringen suchte, die rechtswidrige Handlung existent zu machen, muß die Strafbarkeit des *Urhebers* sinken, weil es ihm hier weniger leicht und möglich gemacht ward, den rechtswidrigen Entschluß zur Ausführung *nicht* zu fassen. Wer etwas verbotenes that, was er leicht unterlassen konnte, ist allemal strafbarer, als wer eine Handlung begeht, deren

Un-

Unterlassung einen gröfseren Aufwand von Kräften und Anstrengung erfordert.

Es folgt aus jenen Sätzen aber auch ferner, dafs der Urheber dann geringer bestraft werden müsse, wenn der Anstifter ihm die Ausführung des Verbrechens leichter machte. Denn hierdurch konnte und mußte es eher geschehen, dafs der Urheber den Willen zur Existenz der rechtswidrigen Handlung faßte, weil der Anstifter diesen Willen erleichterte, weil er Anstalten machte, oder zu machen versprach, durch die Dinge hinweggeräumt wurden, oder hinweggeräumt werden sollten, welche sonst in dem Gemüthe des Urhebers Hindernisse und Schwierigkeiten erweckt haben würden, die letzteren vielleicht würden abgehalten haben, den Entschluß sich vorzunehmen, das rechtswidrige Begehren des Anstifters auszuführen. Wer sich zu einer Handlung entschliesst, deren Ausführung ihm ganz allein obliegt, und wobey er alle Hindernisse allein wegräumen muß, der ist dem Staate ein gefährlicherer Mensch, als derjenige, welcher eine That ausüben soll, wobey ihm Andre Schutz und Hülfe versichern. —

In wenigen Umrissen hätten wir hier demnach unsre Ansicht von dieser wichtigen Lehre;

re mitzutheilen versucht; ihre Richtigkeit müssen wir dem Urtheile unsrer prüfenden Leser überlassen. Sollten wir uns geirrt haben, so werden wir nicht anstehn, mit eben der Bereitwilligkeit unsre hier dargelegte Meinung zurückzunehmen; als wir uns verbunden fühlten, sie auszusprechen, um unsrer Ueberzeugung nicht zu nahe zu treten. Nur bitten wir hiebey unsre Gegner um *Gründe*, denn diese sind das einzige, was wir im Gebiete einer jeden Wissenschaft respectiren!

Viertes Kapitel.

Von Strafen überhaupt.

In diesem Kapitel werden vom Verf. diejenigen Strafen aufgeführt, welche bey Verbrechen und Vergehungen statt finden sollen. Ein milder Geist spricht uns in diesem Kapitel an, wir finden hier keine Strafen aufgezählt, die gleich grausam, als unzweckmälsig wären, vielmehr lassen alle hier genannten Strafen nie den Satz aufser Acht, über den Verbrecher den Menschen nicht zu vergessen.

Dafs Herr *Kleinschrod* die Todesstrafe beschränkt hat, dafs er nur im Falle ihrer Anwendung die Strafe des Schwerdtes, und nichts von qualificirten Todesstrafen will statt finden lassen, dies macht dem Verstande und Herzen des Verf. gleichviel Ehre. Zweyerley finden wir jedoch hie-

hiebey zu bemerken. Fürs erste möchten wir fragen, ob nicht vielleicht die Todesstrafe zu *sehr* eingeschränkt sey. Sie soll zwar, wie der Verf. will, gegen Hochverräther, Mörder, Todschläger, Aufrührer und Brandstifter erkannt werden, und wir stimmen ihm hier gerne bey, daß sie nur bey diesen Verbrechen stattfinden soll; allein die Bedingung, *wenn* sie bey diesen Verbrechen stattfinden soll, will uns nicht recht gefallen. Der Verf. will nämlich nur dann Todesstrafe zugefügt wissen, wenn die Verbrecher in Gefängnissen und Zuchthäusern nicht so verwahrt werden können, daß dadurch die nahe Gefahr entfernt werde, sie möchten sich in Freyheit setzen und solche Verbrechen noch ferner begehn. Wir wollen hiebey den Verf. nur fragen, wie er wissen will, wann dies der Fall seyn werde. Denn alles was der Verf. deshalb zwar im §. 130. anführt, zeigt nur von einer Möglichkeit, diese kann aber auch da eintreten, wo der Verbrecher keinen starken Anhang hat, oder den Staat nicht so beschaffen dünkt, daß dieser von ihm eine Flucht aus dem Gefängnisse und künftige Verbrechen glaubt befürchten zu dürfen. Und was müßte das für ein Staat seyn, welcher nur dadurch sich von der Furcht

der Befreyung seiner Verbrecher durch ihren Anhang glaubt schützen zu können, daß er die Verbrecher selber tödte! Und überdies, wenn die Furcht vor dem Verbrecher in Zukunft, dem Staate einen Grund abgeben soll, denselben, statt ewiger Gefangenschaft, zu tödten; so müßte der Staat eigentlich ja immer erst so lange warten, bis er wirklich sehe, daß vor diesem Verbrecher keine andre Sicherheit bleibe, als der Tod; er müßte also erst versuchen, ob die Furcht der Gefahr gegründet sey, oder nicht, und er müßte nur dann, wenn er wirklich die Erfahrung gemacht hätte, daß ihm kein andres Mittel des Schutzes vor diesem Verbrecher übrig bleibe, als der Tod des letzteren, nun erst diesen hinrichten lassen. Denn es gilt hier Menschenleben, und da darf man nicht Wahrscheinlichkeit statt der Gewissheit reden lassen.

Wir sind nichts weniger, als Freund von Todesstrafen, da wir uns aber einmal überzeugt halten, daß der Staat das Recht zu Todesstrafen habe, obgleich aus andern Gründen, wie der Verf. der „geretteten Rechtmäßigkeit der Todesstrafen;“ so können wir es jetzt auch nicht bergen, daß wir es durchaus unzweckmäßig von einer Gesetzgebung finden, wenn

sie Todesstrafen ganz aufheben, oder doch so
 sehr einschränken will, daß sie so gut wie auf-
 gehoben betrachtet werden müssen. Der Staat
 beraubt sich hiedurch des wirksamsten und tref-
 fendsten Mittels, um durch Abschreckung Ver-
 brechen zu verhüten. Das Leben bleibt den
 mehrsten Menschen stets das kostbarste und höch-
 ste Gut, und wo keine andre Drohung sie zu-
 rückhalten kann, da schreckt sie oft noch die
 Furcht vor dem Verluste dieses Kleinods ab,
 Verbote zu übertreten. Warum soll der Staat
 also nicht dieses wirkfame Mittel ergreifen, und
 auf gewisse Verbrechen die Todesstrafe setzen,
 da er durch Androhung dieser Strafe diese Ver-
 brechen selber am besten verhüten kann? Es
 gehört mit zu der widerlich sentimentalen Den-
 kungsart unsers Zeitalters, daß man so sehr ge-
 gen Todesstrafen eifert, und es wohl gar als
 Zeichen von Aufklärung und Fortschreiten in
 wahrer Cultur ansieht, wenn ein Staat nicht
 mehr köpfen oder hängen läßt. Man sollte
 doch lieber mit Eifer dafür sorgen, daß die
 Menschen selber sittlich besser, daß sie weiser
 und vernünftiger würden; dann würden die
 Verbrechen aufhören, und somit die Todes-
 strafen von selbst verschwinden. Denn für den
 ver-

vernünftigen Mann giebt es überhaupt keine Strafgesetze.

So lange aber, wie das Menschengeschlecht noch nicht durch Erziehung dahin gekommen ist, daß es keine Strafgesetze mehr bedarf, so lange vielmehr in unsern Staaten noch Mörder, Räuber, Brandstifter u. s. w. gefunden werden; so lange wird die Androhung der Todesstrafe auch stets noch für den Staat nothwendig bleiben. Die Geschichte so mancher Legislationen hat dies bestätigt. Wo demnach der volle Begriff jener Verbrechen, welche der Verf. im §. 129. auführt, vorhanden ist, da würden wir auch allerdings Todesstrafe drohen, ohne dabey mit einer gewissen Aengstlichkeit noch andre Voraussetzungen zu bedingen, die zum mindesten jede Wirksamkeit, welche der Staat durch die angedrohte Todesstrafe bezwecken könnte, vernichten würden. —

Wir haben schon vorhin geäußert, daß wir die Verordnung vortrefflich finden, nur Eine Art der Todesstrafe statt haben zu lassen. Allein etwas ist uns hiebey aufgefallen. Herr *Klein-schrod*, der selber bey einer andern Gelegenheit die Schwerdtstrafe wegen ihrer Unsicherheit mißbilligt, und deshalb lieber statt ihrer die

Guil.

Guillotine vorschlägt, schreibt hier dessen ungeachtet doch als Todesstrafe das Schwerdt vor. Wie geht dies zu? Sollte die Weisheit der bayerischen Regierung, welche so oft und häufig gezeigt hat, wie wenig sie sich durch Vorurtheile vom Bessern abhalten lasse, deshalb die Strafe des Schwerdtes der Guillotine vorziehen wollen, weil diese Maschine in Frankreich so sehr gemißbraucht worden ist, und unverdient einen so üblen Ruf erhalten hat? Wir können dies nicht glauben, und wünschen und hoffen daher, daß man auch bey uns von einer Maschine Gebrauch machen möge, deren zweckmäßige Einrichtung *Lichtenberg* so treffend gezeigt hat. —

Was der Verf. im §. 133. u. folg. in Hinsicht der Zuchthausstrafe und der übrigen Strafen bestimmt hat, verräth eine Zweckmäßigkeit, die nicht anders, als mit Lob und Beyfall aufgenommen werden kann. Das nämliche gilt auch von den Grundsätzen des §. 152. und folgend. in Hinsicht der Maafsregeln gegen Verbrecher nach überstandener Strafe. Ueberall spricht sich der prüfende, denkende Geist eines *Kleinschrod* aus.

Fünftes Kapitel.

Von Anwendung der Strafen überhaupt.

Nicht minder, wie bey dem vorigen Kapitel, hat uns der Inhalt des gegenwärtigen, wie wir aufrichtig gestehen müssen, auf eine genügende Art befriedigt. Die Verordnungen, welche wir in demselben finden, tragen durchaus das Gepräge der Zweckmäßigkeit und Vortreflichkeit. Gleich die Anordnung im §. 159. und 160. das jede Strafe, so lange das Gesetz keine Ausnahme mache, nicht nur öffentlich vollzogen werden solle, sondern das auch in schweren peinlichen Fällen die Urtheile durch zweckmäßige Auszüge in öffentlichen Blättern zur Kenntniß des Publikums gebracht werden sollen; gleich diese Anordnung trägt einen Nutzen in sich,

sich, der sich bey ihrer Anwendung aufs augenscheinlichste äußern muß.

Was wir ferner in diesem Kapitel in Hinsicht der Vollstreckung der Strafen am Orte des begangenen Verbrechens, in Hinsicht der Beschleunigung der Strafen, ferner in Rücksicht der Verbindlichkeit aller Unterthanen zur Anzeige begangener Verbrechen, festgesetzt finden, hat unsern ganzen Beyfall. Ueberraschend aber war uns, wie wir bekennen müssen, der Inhalt des §. 171. und 172. Wir konnten unsre Freude nicht bergen, wie wir hier die Aufhebung der Verjährung bey Verbrechen, und die Einschränkung des Begnadigungsrechtes verordnet fanden. Nur einiges müßen wir jedoch hiebey erinnern. In Hinsicht der *Verjährung* nämlich führt der Verf. als Grund ihrer Aufhebung die Ueberzeugung an, daß Gewisheit der Strafen am besten künftige Verbrechen verhüte. Wir würden dies nicht als Grund zur Aufhebung der Verjährung bey Verbrechen anführen. Uns scheint vielmehr jede Verjährung in peinlichen Fällen deshalb zweckwidrig, weil sie einem der ersten Grundsätze der Strafgesetzgebung widerspricht. *Nullum crimen sine poena legali* muß es im peinlichen Rechte heißen. Bey jedem

dem Verbrechen muß der Staat, vorausgesetzt nämlich, wie sich von selbst versteht, daß er den Verbrecher wisse, die auf dessen Begehung festgesetzte Strafe zur Anwendung bringen. Eine rechtliche Nothwendigkeit verbindet ihn hierzu, weil er durch das Gesetz die Strafe als *un-
ausbleibliche Folge* der Uebertretung festgesetzt hat. Eben deshalb kann und darf der bloße Verlauf der Zeit keine Straflofigkeit bewirken, und jede Verjährung in peinlichen Fällen widerspricht den ersten Principien des Strafrechts.

In Rücksicht des *Begnadigungsrechtes* würde uns der Inhalt des §. 172. noch erfreulicher gewesen seyn, wenn darin jede Begnadigung als unstatthaft verworfen und abgeschafft worden wäre. Statt dessen wird aber leider auch hier noch das *ungezweifelte Beste des Staats* als Bewegungsgrund zur Ausnahme berücksichtigt. Davon abgelehn, daß dieses ungezweifelte Beste ziemlich unbestimmt ist, und eben deshalb ziemlich zweifelhaft werden kann; so können wir überhaupt deshalb dem Begnadigungsrechte in keinem Falle das Wort reden, weil jede Begnadigung rechtswidrig ist. Es heißt mit der Gerechtigkeit spielen, ja es heißt noch mehr, es heißt dieselbe ganz aufheben, wenn man sie
als

als eine Waare betrachten will, die man für eine andre hingeben könne. Die Gerechtigkeit darf für keinen Preis feil seyn, sie hört auf Gerechtigkeit zu seyn, wenn sie für irgend einen Nutzen, für irgend einen Staatsvortheil, scheine er auch noch so groß, weggegeben werden soll. Das Strafgesetz ist ein kategorischer Imperativ, der Staat *muss* es in Anwendung bringen. Nur in der Bestrafung darf der Staat bey einer begangenen Verletzung, wenn doch einmal von Vortheil die Rede seyn soll, sein Bestes finden, weil er ohne dieselbe die Gerechtigkeit hintenansetzen würde. *Und wenn die Gerechtigkeit untergeht, sagt der Königsberger Philosoph so schön, als wahr, so hat es keinen Werth mehr, dass Menschen auf Erden leben! —*

Was der Verf. vom §. 174. an, bis zum Ende dieses Kapitels uns mittheilt, hat, gleich wie das Vorhergehende, uns zu sehr gefallen, als dass wir etwas dagegen zu erinnern vermöchten.

Sechstes Kapitel.

Von den Gründen, aus welchen eine Strafe entweder ganz wegfällt, oder gemildert, oder geschärft wird.

Die Wichtigkeit von denen, in diesem Kapitel abgehandelten Lehren, ergiebt sich schon aus der Ueberschrift desselben. Im Ganzen ist der Verf. demjenigen getreu geblieben, was er uns schon in seiner systemat. Entwicklung über diese Gegenstände mitgetheilt hat. Zweckmäßigkeit, Präcision und vortreffliche Ausführung sprechen uns auch hier, wie dort an, und wir müssen gestehn, daß wir in Hinsicht des Inhaltes der mehrsten §. §. der Meinung und den Ansichten des würdigen Verf. beytreten. Deshalb erlauben wir uns nur eines kurzen, summarischen

schen Darstellung des Inhaltes von diesem Kapitel, und einiger. weniger Bemerkungen.

Obenan steht in diesem Kapitel als allgemeiner Grundsatz die Behauptung des Verf., daß derjenige, welcher eine rechtmäßige Handlung begehe, und dabey die gehörigen Schranken beobachte, nicht als Verbrecher gestraft werden könne. Wir müssen gestehn, daß wir von diesem allgemeinen Grundsatz, dessen Wahrheit wir übrigens keinesweges läugnen wollen, nicht recht einsehn, wie er hier herkomme. Will der Verf. diesen Satz, wie es uns allerdings den Anschein hat, als allgemeines Princip deshalb hier aufstellen, um daraus den nachfolgenden Inhalt dieses Kapitels abzuleiten; so müssen wir gestehn, daß uns dieser Satz hier sehr unglücklich gewählt scheine. Allenfalls, aber auch nur allenfalls, könnte aus diesem Satze die Lehre von der Nothwehr deducirt werden, schwerlich aber möchte sich schon die gleich darauf folgende Lehre von dem Nothdiebstahl daraus ableiten lassen, indem der Gesetzgeber sicher aus einem andern Grunde bey dem Nothdiebstahl wird Strafflosigkeit stattfinden lassen müssen, als weil hier eine *rechtmäßige* Handlung unter Beobachtung der gehörigen Schran-

Schranken begangen worden sey. Jedoch wir wollen hievon absehn, und statt dessen lieber gleich zu dem Inhalt der folgenden §. §. selber übergehn.

Am ausführlichsten werden in diesem Kapitel die Grundsätze von der Nothwehr abgehandelt. Der Verf. spricht vom §. 185. bis zum §. 206. von derselben. Die Darstellung dieser Lehre hat uns vorzüglich befriedigt. So stimmen wir z. B. vollkommen mit dem würdigen Verf. darin überein, daß er zum Erforderniß einer Nothwehr, um dieselbe als rechtmässig aufstellen zu können, einen unrechtmässigen Angriff und eine bevorstehende große Gefahr macht, welche nicht anders, als durch die Beschädigung des Andern abgewendet werden konnte. Eben so richtig finden wir es ferner, wenn der Verf. im §. 192. verordnet, daß die Gefahr, an seinem guten Namen gekränkt zu werden, keine Nothwehr begründen könne. Der Verf. hatte offenbar den Grundsatz vor Augen, daß in Hinsicht der bevorstehenden Gefahr der Angriff des Andern darauf abzwecken mußte, mir ein Gut zu entreißen, dessen Verlust überhaupt und an sich unerfetzlich ist, oder welches mir doch im gegenwärtigen Falle als

höchst

höchst wahrscheinlich unerfetzlich vorkommen mußte. Wufste ich, oder konnte ich wissen, daß ich auf rechtlichem Wege mir dasjenige Gut erhalten würde, welches der Andre durch seinen ungerechten Angriff mir nehmen will; so war ich verbunden, diesen Weg einzuschlagen, und durfte mir demnach das Recht der Selbsthülfe nicht anmassen. *Kleinschrod* geht, wie gesagt, offenbar selber von diesem Grundsatz aus, dies beweiset der §. 191., indem er hierin sagt, daß Nothwehr nur dann zulässig sey, wenn Jemanden eine augenblickliche offenbare Gefahr drohe, sein Leben, oder seine Freyheit unwiederbringlich zu verlieren, oder an seinem Körper verwundet zu werden, oder wenn ein Frauenzimmer Gefahr laufe, ihre Keuschheit zu verlieren. In allen diesen Fällen ist der Ersatz der Verletzung unmöglich; wir hätten jedoch gewünscht, daß der Verf. den von uns vorhin angeführten Grundsatz in Hinsicht der bevorstehenden Gefahr, in diesem §. selber zuvor aufgestellt, und dann diese genannten Fälle nur als *Beyspiele* angegeben hätte. Denn so wie der Inhalt des §. 191. jetzt dasteht, könnte es leicht das Ansehn haben, als wenn nur dann Nothwehr zulässig seyn sollte, wenn grade die-

se aufgeführten Fälle vorhanden seyen, sonst
 aber nicht. Und dies kann der Verf. doch un-
 möglich wollen, indem gewiß nicht zu läug-
 nen ist, daß der Angriff auch auf Entreißung
 eines Gutes gehen könne, dessen Verlust mir
 unter den gegenwärtigen Umständen nach Re-
 geln der größten Wahrscheinlichkeit eben so
 unerfetzlich vorkommen müßte, wie z. B. der
 Ersatz verlohrender Jungfräulichkeit. Ein Bey-
 spiel mag die Sache erläutern. Wir wollen an-
 nehmen, A. und B. befinden sich an einem
 Orte, der von Menschen und menschlicher Hül-
 fe ganz entfernt liegt. A. hat einen Ring bey
 sich, der von unermesslichem Werthe ist. B.
 ist über des A. Reichthum neidisch, er faßt den
 Voratz, ihm denselben zu entreißen, und ver-
 langt deshalb vom A. den Ring, um denselben
 in einen vorbeystießenden Strom zu werfen.
 B. ist ein Mensch, der nicht so viele Pfennige
 im Vermögen hat, als der Ring des A. Thaler
 werth ist; dies weiß A., er weiß demnach, daß
 hier Ersatz von Seiten des B. unmöglich ist, er
 weiß ferner, daß B. ihm an Kräften unendlich
 überlegen ist, daß er demnach sein Eigenthum
 auf keine andre Art werde schützen können,
 als wenn er dem B. eine geladene Pistole, die
 er

er zufällig bey sich hat, entgegenhalte, mit der Drohung loszuschiefsen wenn sein Gegner ihm nicht vom Leibe bleiben werde. B. läßt sich durch die Drohung nicht abhalten, er geht auf A. zu, dieser drückt ab, und erschießt seinen Feind. Nach unsrer Ueberzeugung ist hier nichts weiter als Nothwehr vorhanden, denn B. wollte hier dem A. ein Gut entreißen, dessen Verlust unter den gegenwärtigen Umständen und nach allen Gründen der Wahrscheinlichkeit für den A. unerfetzlich gewesen wäre. Denn wer sollte hier ersetzen? B. hatte nichts im Vermögen; und der Staat? der hätte den B. bestraft, wenn A. hinterher geklagt hätte, und damit alles erfüllt, was A. von ihm verlangen konnte. Der Verlust war für A. hier also unwiederbringlich, eben so war es ihm aber auch nicht möglich, den Schutz des Staates gegen das widerrechliche Begehren des B. anzurufen. Jeder Bürger hat nur auf solange sein eigenes Recht zur Selbsthülfe in die Hände des Staates gelegt, als dieser im Stande ist, ihm Hülfe zu leisten; wo der Schutz und die Hülfe des Staates hingegen aufhört, da bleibt es dem Bürger unverwehrt, die dem Staate übertragene Hülfe wieder zu ergreifen, und sich selber zu schützen.

Nach unsrer Ansicht der Sache findet sich demnach in dem gegebenen Beyspiele, wie gesagt, A. im Zustande der Nothwehr. Ob aber auch der Verf. hier mit uns gleicher Meinung seyn dürfte, daran möchten mir fast zweifeln. Denn im §. 193. und 194. sagt der Verf., daß die Gefahr, sein Vermögen zu verlieren, nur dann Nothwehr begründen solle, wenn hiebey derjenige, welcher sein Vermögen zu beschützen sucht, während dieses Schutzes an seiner Person angegriffen wird. Will der Verf. hier soviel sagen, daß an und für sich der Angriff auf Güter nicht zur Nothwehr berechtige, sondern letztere nur dann eintreten dürfe, wenn der Verbrecher hiebey zugleich eine gefährliche Absicht gegen die Person des Andern zur Absicht habe; so können wir ihm nicht beystimmen. Denn um uns des vorhin angeführten Beyspiels wieder zu bedienen, so glauben wir, daß A. gleichfalls zur Nothwehr berechtigt war, wenn gleich B. im geringsten nicht die Absicht hatte, die Person des A. an und für sich anzugreifen, oder gar zu beschädigen; sondern dessen Angriff nur zum einzigen Zweck die Besitzung des Ringes hatte. Denn daß nur Gefahr meiner Person Nothwehr berechtigen dürfe, nicht

nicht ein Angriff auf mein Vermögen, wenn gleich meine Person selber hiebey nichts zu befürchten hat, hievon vermögen wir uns nicht zu überzeugen.

Was der Verf. in den folgenden §§. in Hinsicht der Nothwehr ferner darstellt, hat unsern ganzen Beyfall. Nur eines scheint uns der Verf. bey dieser Lehre und zwar in Hinsicht des Angriffs zur nähern Bestimmung desselben vergessen zu haben. Denn nach der Natur der Nothwehr kann und darf es nicht bloß hinreichend seyn, daß der Angriff ein *unrechtmäßiger* sey, sondern es muß noch eine andere Bedingung hinzukommen. Der Angriff muß nämlich auch ein *unerwarteter* seyn. Denn wußte oder konnte der Angegriffene vorher wissen, daß ihm von Seiten eines Andern ein unrechtmäßiger Angriff bevorstehe; so stand es jetzt in seiner Macht, diesem Angriff dadurch zuvorzukommen, daß er den Staat um Schutz ansprach. Auf diese Art konnte er den Gebrauch der Selbsthülfe verhüten, und wenn er freywillig diese Anrufung des Staats unterließ, und statt dessen den Selbstrichter machte; so muß dies allerdings Strafbarkeit begründen. —

Im §. 207. und folg. redet der Verf. vom Nothdiebstahl und der Straflosigkeit desselben. Mancherley ist uns hiebey aufgefallen. Zuförderst stiefsen uns die Worte recht sehr auf, welche der Verf. am Rande des §. 207. hingefetzt hat. Hier heisst es nämlich: wann *höchste Noth* des Verbrechers die Strafbarkeit aufhebe. Ist denn nur der Zustand der höchsten Noth dann vorhanden, wenn jemand im Begriff ist zu verhungern? Ich denke, auch das Recht der Nothwehr werde durch einen Zustand der höchsten Noth begründet, und deshalb wäre es, nach unsrer Ueberzeugung, unstreitig schicklicher und zweckmäfsiger gewesen, wenn der Verf. die Frage, wann höchste Noth des Verbrechers die Strafbarkeit aufhebe, gleich bey dem §. 185. hingestellt, und hierauf jetzt Nothwehr und Nothdiebstahl als zwey Zustände der höchsten Noth aufgeführt hätte.

Fürs andre können wir dem Verf. unmöglich darin beystimmen, wenn er im §. 210. es demjenigen, welcher aus höchster Noth stiehlt, erlaubt, soviel zu nehmen, als er beyläufig auf ein Vierteljahr zu seinen dringendsten Bedürfnissen gebraucht. Dies scheint uns doch in der That etwas zuviel gut geheissen. Nach unsrer Ueberzeugung dürfte es demjenigen, welcher

aus rechter Hungersnoth stiehlt, nie erlaubt seyn, mehr zu nehmen, als er oder seine Familie zur Stillung des Hungers allenfalls bedurften, indem ja immer jetzt noch die Möglichkeit des Falles eintreten kann, daß der Dieb plötzlich in eine Lage komme, welche seine drückende Noth mildert, sey es nun durch seine eigne Bemühung, oder durch Hülfe Anderer. Auch streitet es, nach unsrer Meinung, ganz mit dem Begriff eines *Nothdiebstahls*, wenn man es dem Stehlenden gesetzlich erlaubt, mehr zu nehmen, als grade jetzt nöthig ist, um sich und seine Familie vom Hungerstode zu retten. Auf alle Fälle aber bleibt ein Vierteljahr ein zu langer Zeitraum.

Am mehrsten aber haben wir uns endlich darüber gewundert, daß Herr *Kleinschrod* überhaupt den Zustand der Hungersnoth als Entschuldigungsgrund gelten läßt, um von aller Strafe zu befreyen, der Stehlende möge nun mit oder ohne seine Schuld in diese Noth verfallen seyn. Wir wissen recht gut, daß der Staat an und für sich betrachtet einen wahren Nothdiebstahl deshalb nicht strafen könne, weil das Strafgesetz selber hier seine psychologische Wirksamkeit nicht äußern könne; allein dessen

un-

ungeachtet scheint uns doch, daß der Verf. hier, wenn er sich hätte consequent bleiben wollen, den Zustand der Hungersnoth durchaus nicht hätte als Grund zur Straßlosigkeit müßen gelten lassen, am allerwenigsten dann, wenn der Dieb durch seine eigne Schuld sich in diesen Zustand versetzt hat. Der Verf. sagt nämlich mit klaren Worten im §. 298. dieses Kapitels: da in unsern Staaten hinlängliche Sorgfalt getragen wird, den *Armen* Arbeit und Unterhalt zu verschaffen; so kann die *Armuth* des Verbrechers kein Grund seyn, etwas von der ordentlichen Strafe nachzulassen. Soll dieser §. nicht bloß *schöne*, sondern auch *wahre* Worte enthalten, hat der Staat für den dies Gesetzbuch gegeben ist, wirklich solche Anstalten getroffen, daß jeder, der nur Lust dazu hat, sich auf ehrliche Art wird ernähren können, ohne Gefahr zu laufen, vor Hunger zu sterben: so hat der Verf. jetzt freylich um so mehr Recht, zu sagen, daß Armuth keinen Grund abgeben solle, von der ordentlichen Strafe zu befreyen. Allein wir sehen jetzt nur nicht ab, wie der Verf. dessen ungeachtet wenige §§. vorher sagen könne, daß Diebstahl aus Hungersnoth von aller Strafe befreyen solle. Woraus entspringt denn diese Noth?

Doch

Doch wahrscheinlich aus nichts anderem, als aus Armuth, und zwar aus dem Zustande der höchsten Armuth. Armuth soll ja aber keinen Grund zur Milderung abgeben, weil der Staat dafür gesorgt hat, daß jeder Unterhalt und Nahrung finden kann. Durch diese Anstalten des Staates aber muß unstreitig doch auch wohl dafür gesorgt worden seyn, daß jemand mit seiner Familie nicht in den Zustand wahrer Hungersnoth gerathen könne, wenn er nicht selbst absichtlich darauf hinausgeht, diesen Zustand herbeyzuführen, weil es ihm besser däucht, zu stehlen, als zu arbeiten, oder den Staat um Hülfe anzusprechen. Und diese Absicht müßte unstreitig bey jedem vermuthet werden, und vermuthet werden können, der aus Hungersnoth stiehlt. Und doch soll hier Strafloßigkeit eintreten, doch soll der Verbrecher nicht bestraft werden, wenn gleich er selber durch seine Schuld in den Zustand der höchsten Noth gerathen ist, und doch soll trotz diesem wiederum Armuth kein Entschuldigungsgrund bey Verbrechen abgeben?? Wie gesagt, wir vermögen es nicht, dies alles in Uebereinstimmung zu bringen. Nach unsrer Ueberzeugung herrscht hier eine Inconsequenz, die nur durch Wegstreichung des §. 207., oder

durch

durch Aufhebung des §. 109. gehoben werden kann. —

Was der Verf. vom §. 240. bis zum §. 319. abhandelt, ist im Ganzen genommen von der Art, daß wir ihm deshalb unfre Zustimmung nicht verlagen können. Für einen oder den andern Satz können wir zwar dem Verf. nicht beystimmen, wie z. B. in Hinsicht des §. 259.; da wir uns aber bey dem §. 19. sq. worauf der Verf. selber verweist, schon hierüber geäußert haben; so schweigen wir um so mehr davon, da das mehrste überdies nur Wiederholung desjenigen seyn dürfte, was wir dort als unfre Ueberzeugung ausgesprochen haben.

Am Schlusse dieses Kapitels handelt der Verf. vom §. 320. bis zum §. 329. von den Gründen die ordentliche Strafe zu *schärfen*. Abichtlich gestifteter grösserer Schaden, nahe Verwandtschaft des Verbrechers mit demjenigen, welchen er durch das Verbrechen beschädigte, Verletzung eines grossen Wohlthäters des Verbrechers, ungewöhnlicher Trotz bey der Ausführung, abichtlich vorgenommene ungewöhnlich grössere Grausamkeit bey der Ausübung, besonders grosse Gefahr für den Staat oder für Einzelne, dies alles sollen

len Gründe seyn, die ordentliche Strafe auf die Hälfte, oder nach Umständen auf ein Drittel oder Viertel zu schärfen. Ferner zählt der Verf. noch zu den Fällen, wann Schärfung statt finden solle, wenn das Unrecht des Beleidigten in einem Falle gröfser ist, als es gewöhnlich bey Verbrechen dieser Art zu seyn pflegt; ferner wenn der durch das Verbrechen Beleidigte zu einem *höhern Stande* gehört (??), oder des Verbrechers gehörige Obrigkeit ist, und das Verbrechen gegen dessen persönliche Rechte geht; endlich wenn bey einer Bande Verbrecher sich jemand als Rädelsführer auszeichnet. —

Wir wissen recht gut, was mehrere schätzbare Kriminalisten gegen die Rechtmäßigkeit der Strafschärfung gesagt haben, und insoferne dürfte hier allerdings jetzt ein schicklicher Ort zur Beantwortung der Frage seyn, ob es einen Rechtsgrund zur Schärfung der Strafe bey der Anwendung eines einzelnen Gesetzes gebe. Da wir aber im zweyten Abschnitt dieser unsrer Beyträge es versuchen werden, überhaupt etwas über Strafmilderung und Strafschärfung zu reden; so enthalten wir uns hier alles weiteren Raiffonnements deshalb. Nur soviel möge hier stehn,

stehn, dafs, vorausgesetzt dafs es rechtlich erlaubt sey, Straffschärfungen zu verfügen, dafs, sage ich, als dann der Verf. in Hinsicht der Bestimmung derjenigen Fälle, wann die ordentliche Strafe geschärft werden solle, im Ganzen genommen sehr glücklich gewählt hat. Nur im §. 327. fiel es uns auf, dafs es als Grund zur Schärfung angefeh'n werden solle, *wenn der durch das Verbrechen beleidigte zu einem höhern Stande gehört.* Unmöglich kann es die Absicht des Verf. seyn, dafs dieser Satz in der Allgemeinheit genommen werden solle, in welcher er, so wie er dasteht, genommen werden kann. Von der Feder eines *Kleinschrod* läst sich so etwas nicht erwarten. Eben deshalb aber auch vermögen wir es nicht einzusehn, was der Verf. hiermit sagen will.

Siebentes Kapitel.

Von den Pflichten der Richter bey der Anwendung
der Strafgesetze.

In diesem Kapitel wird dem Richter zuvörderst im allgemeinen anbefohlen, das Strafgesetz in concreten Fällen auf das genaueste zu vollziehen, durchaus nicht nach eigener Willkühr von der gesetzlichen Vorschrift abzuweichen, und weder die ordentliche Strafe zu mildern, noch zu schärfen, wenn ihm das Gesetz nicht selber zu beyden ausdrücklich die Befugniss ertheilt. Der richterlichen Willkühr wird durch diese Verordnungen ein fester Damm entgegengestellt, und uns war es um so lieber, hier ausdrücklich, bestimmt und klar vom Gesetze selber dem Richter die Gränze angewiesen zu finden, die er nicht überschreiten soll, da in dieser Hinsicht ein ernstes Wort warlich zu den Dingen

Dingen gehört, die Noth thun. Der bisherige Zustand des Kriminalwesens in Gerichten und Spruchkollegien war in der Regel von der Art, daß man nicht Richter und Urtheilssprecher, sondern Gesetzgeber zu hören glauben mußte, so sehr war man bemüht die richterlichen Schranken zu durchbrechen, sich über Gesetz und Gesetzgeber hinwegzusetzen, und nicht nach dem Willen des letzteren, sondern nach eigenem Willen und eigener Klugheit Fälle zu beurtheilen und zu bestrafen. Man scheute sich nicht, es laut genug zu sagen, daß die meisten unsrer bisherigen Strafgesetze als Antiquitäten betrachtet werden müßten, daß der Geist der Zeit es nicht mehr erlaube, nach ihrem Inhalte zu sprechen, und anstatt jetzt mit ernstem Eifer beym Gesetzgeber selber um bessere Gesetze anzuhalten, erhob man sich lieber selber über Gesetz und Gesetzgeber, und suchte mit unberufener Weise so lange am Gesetz zu modeln, bis sein Inhalt der eignen Meinung entsprach. Es ist nicht zu läugnen, daß manche unserer bessern Kriminalisten diesem Unwesen aus allen Kräften zu steuern suchten, allein sie mußten nur zu häufig wahrnehmen, daß sie umsonst geredet hatten. Um so mehr muß es da-

daher erfreuen, wenn man in den Gesetzen selber dem Richter strenge die Erfüllung seiner Pflicht anbefohlen sieht. Auch unser Verf. kann daher wegen des Inhaltes der §§. 330. und 331. auf unsern Dank Anspruch machen.

Vom §. 332. bis zum §. 338 geht der Verf. nun näher die Pflichten des Richters in Ansehung der *Milderung* der Strafen durch. Recht sehr hat es uns gefallen, daß der Richter dann, wenn von einer Milderung der Strafe die Rede ist, in der Regel von der ordentlichen, im Gesetze angedrohten Strafe nicht abgehen, sondern diese nur verhältnißmässig nachlassen solle, es müßte denn in concreto der Fall eintreten, daß die ordentliche gesetzliche Strafe ihrer Natur nach nicht anders gemildert werden könnte, als daß man statt ihrer eine andre Strafe wählt.

Die Vorschriften welche der Verf. in dem Falle giebt, wenn das Gesetz ewige Beraubung der Freyheit droht, allein wegen Milderungsgründen in concreto ein Grad dieser Strafe nachgelassen werden muß, die Vorschriften deshalb zeigen eine Sorgfalt und Behutsamkeit, welche unsern ganzen Beyfall verdient. Es ist freylich wahr, daß selbst der geschickteste Arzt nicht
wird

wird im Stande seyn, mit Gewissheit bestimmen zu können, wie lange der Verbrecher noch leben werde; allein in solchen Fällen, wo es dem menschlichen Geiste verschlossen bleibt, Gewissheit auszumitteln, haben wir alles gethan, was wir vermögen, wenn wir uns bemühen, da wir hier doch einmal keine Gewissheit erlangen können, statt dessen wenigstens Wahrscheinlichkeit zu erhalten. Und um zu dieser Wahrscheinlichkeit in Hinsicht der Lebensdauer des Verbrechers zu gelangen, hat der Verf. durch seine Vorschriften alles geleistet, was man von ihm fodern durfte. Selten war es gewiss bishero, daß man solche Maafsregeln traf, wie unser Verf. vorgeschrieben hat; vielmehr liessen die mehrsten unsrer Urtheilssprecher es in den Fällen, wo die ewige Gefängnißstrafe in eine zeitige verwandelt werden sollte, auf ein blosses Gerathewohl ankommen, und ein Gericht setzte deshalb für den Verbrecher die Dauer des Gefängnisses auf zwanzig Jahre, während ein andres Gericht den nämlichen Verbrecher zu zehnjährigem Gefängniß verurtheilte, und wiederum ein drittes Urtheil auf dreyszig Jahre erkannte. —

Im §. 339. und folgend. redet der Verf. von
den

den Pflichten des Richters bey der *Schärfung* der Strafen. Was der Verf. in diesen §§. ausspricht, ist mit so vieler Einsicht und Ueberlegung gewählt worden, daß wir nichts dagegen zu erinnern vermögen. Wie schön und zweckmäfsig ist nicht die Verordnung, daß die Strafe des Todes und der ewigen Beraubung der Freyheit mit schwerer Arbeit nie geschärft werden solle. Nicht minder einsichtsvoll dünkt uns dasjenige, was der Verf. in Hinsicht der Schärfung des Zuchthaus und des Arbeitshauses und der Strafe des einfachen Gefängnisses und Festungsarrestes bestimmt. Wenn der Verf. in Hinsicht dieser beyden letzten Strafen als Schärfung die Beköstigung des Verbrechers durch Wasser und Brod bestimmt, hiebey aber auch gleich hinzugefügt, daß in diesem Falle jedoch dem Verbrecher allezeit den dritten Tag, oder wenn es der Arzt für nöthig findet noch öfterer warme Speisen gereicht werden sollen: so spricht sich auch hier der menschenfreundliche Weise aus.

Die letzten §§. dieses Kapitels beschäftigen sich endlich mit der Lehre von der Verwandlung der Strafen, und von dem Verfahren des Richters wenn das Gesetz mehrere Strafen droht.

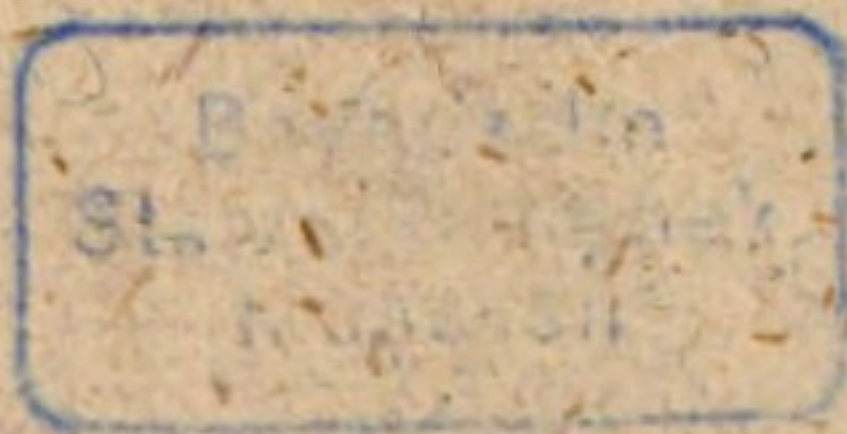
droht. In Hinsicht der Verwandlung der Strafen, sagt der Verf. im §. 355. und 356. mit Recht, daß jede Strafe, welche durch Gesetz oder durch ein richterliches Urtheil auf ein Verbrechen gesetzt worden ist, nur in dem Falle in eine andre, der festgesetzten Strafe soviel wie möglich gleiche, verwandelt werden solle, wenn wegen besondrer Umstände die Zufügung der ordentlichen Strafe nicht stattfinden kann. Was der Verf. übrigens in Rücksicht der Verwandlung der Strafen in den folgenden §§. ausführlicher bestimmt, ist im ganzen genommen von der Beschaffenheit, daß wir nichts erhebliches dagegen zu erinnern wüßten. Nur eines ist uns aufgefallen. Im §. 365. und 66. nämlich sagt der Verf., daß wenn die körperliche Züchtigung am Verbrecher nicht vollzogen werden könne, alsdann die Strafe des Arbeitshauses eintreten solle, und zwar, setzt der Verf. hinzu, ist alsdann *die schwerste öffentliche Züchtigung dem Arbeitshause auf zwey Monate gleich zu achten.* Wir erinnern uns eines Urtheils in *Flein's* Rechtsprüchen, wo der Verf. vierzig Stockprügel mit zwey Jahr Zuchthausstrafe glaubte in Verhältniß setzen zu können. Dies dünkt uns

uns freylich allerdings ein zu großer Zeitraum, allein eben so sind wir wiederum der Meinung, daß zwey Monate ein zu geringer Zeitraum seyn dürfte. Ueberdies sagt der Verf. im §. 142. selber, daß die schwerste körperliche Züchtigung in der *höchsten* Anzahl Schläge bestehen solle, welche ein beeidigter Wundarzt glauben werde dem Verbrecher ohne Schaden seiner Gesundheit zuerkennen zu können. Wie nun aber, wenn der Arzt einen starken, robusten Verbrecher vor sich hat, für dessen Rücken er ohne Nachtheil der Gesundheit glaubt funfzig, oder wohl gar noch mehr, Stockschläge bestimmen zu können? Sollte hier nicht das Verhältniß von funfzig Stockprügeln zu zwey Monaten Arbeitshaus offenbar zu geringe seyn? Wir halten uns nämlich überzeugt, daß jeder, welcher zwischen diesen beyden Strafen wählen soll, lieber zwey Monate im Arbeitshause zubringen werde, als seinen Rücken herhalten, es müßte denn seyn, daß er eine Haut hätte, die an Consistenz mit dem Felle eines Bären es immer aufnehmen könnte, und daß er aus Erfahrung dies wüßte. —

In Hinsicht des gerichtlichen Verweises, der Abbitte und des Wiederrufs finden wir es

G

sehr



sehr Recht vom Verf., daß diese Strafen in keine andre verwandelt werden sollen. Wenn der Verbrecher sich weigert, die Abbitte oder den Widerruf zu leisten, so verordnet der Verf. sehr zweckmäfsig, daß alsdann der Verbrecher solange im einfachen Gefängniß behalten werden solle, bis er dem richterlichen Ausspruche Folge geleistet hat.

Eben so zweckmäfsig ist dasjenige, was der Verf. in Hinsicht der Verwandlung der Geldstrafen und der Begränzung verordnet. Das nämliche gilt nach unsrer Ueberzeugung auch von den folgenden §§. dieses Kapitels in Hinsicht der Grundsätze um eine Strafe erforderlichen Falles zu Geld anzuschlagen, und in Rücksicht dessen, was von dem Verfahren des Richters, wenn das Gesetz mehrere Strafen droht, gesagt wird. Ueberall begegnet uns auch hier der denkende Geist des Verfassers!

Achtes Kapitel.

Von den Fällen, wenn ein Verbrecher mehrere Missethaten verübt hat.

Zuförderst bemerkt der Verf. gleich im Anfange dieses Kapitels sehr zweckmäfsig, dafs wenn jemand mehrere Verbrechen begangen habe, von denen schon eines allein mit dem Tode oder der ewigen Beraubung der Freyheit von den Gesetzen bedroht worden sey; jetzt auf eine dieser Strafen ohne weiteren Zusatz zu erkennen sey. Die Verordnungen dieses Kapitels sollen demnach nur auf solche Strafen sich erstrecken, welche eine vorübergehende Dauer haben. Wir finden dies, wie gesagt, gleich gerecht und menschenfreundlich. Denn wenn der Staat bey solchen Strafen, welche den Ver-

brecher physisch oder doch bürgerlich tödten, welche ihn also außer Stand setzen, in Zukunft der öffentlichen Sicherheit weiter gefährlich zu werden, jetzt noch zu diesen Strafen ein andres Uebel hinzufügt, so straft er nicht mehr bloß, sondern quält auch den Verbrecher, er handelt demnach grausam und ungerecht. Der Staat soll sich nie bey seinen Strafen das Ansehn eines Peinigers geben, dies Ansehn giebt er sich offenbar aber, sobald er demjenigen, welchen er tödten oder Zeitlebens seiner Freyheit berauben will, jetzt noch vorher ein andres Uebel zufügt. Durch Todesstrafe oder durch ewiges Gefängniß wird es dem Verbrecher unmöglich gemacht, in Zukunft rechtswidrige Handlungen zu begehen; durch die Zufügung dieser Strafen hat demnach der Staat alles erreicht, was er rechtlich fodern kann. Eben so ungerecht wie es demnach ist, weil es grausam ist, wenn der Staat innerlich qualificirte Todesstrafen droht, eben so rechtswidrig ist es, wenn er bey Strafen, welche den Verbrecher außer Stand setzen, künftig zu schaden, diesen noch Uebel zufügen will, welche von der eigentlichen Strafe als abgesondert erscheinen.

So sehr wie uns der Anfang dieses Kapitels gefallen hat, eben so sehr sind wir auch mit den nachfolgenden §§. desselben zufrieden. Was der Verf. uns in denselben mittheilt, trägt zu sehr das Gepräge durchdachter Zweckmäßigkeit, als daß wir nicht gerne dem Verf. beystimmen sollten. Eben deshalb aber überheben wir uns einer genauern Beurtheilung der einzelnen §§., und gehen statt dessen lieber gleich zur folgenden Abtheilung über, in welcher der Verf. die Grundsätze der einzelnen Verbrechen selber und ihre Bestrafung darstellt.

Zweyte Abtheilung.

Von Verbrechen und Strafen insbesondere.

Erster Abschnitt.

Von Staatsverbrechen,

Erstes Kapitel.

Vom Hochverrathe und (von der) Landesver- rätherey.

Vom §. 403. bis zum §. 433. handelt der Verf. von diesem wichtigen Verbrechen. Es ist durchaus nicht zu läugnen, daß Herr *Kleinschrod* sich Mühe gab, die Lehre vom Hochverrathe mit Vollständigkeit und Ausführlichkeit zu bearbeiten; allein wir können es auch eben so wenig bergen, und müssen es vielmehr freymüthig gestehn, daß uns die Darstellung dieses Verbrechens sehr wenig befriedigt hat. Nach dem

demjenigen, was seit einiger Zeit in Hinsicht der Bearbeitung des Hochverraths von manchen denkenden Männern, sey es auch nur fragmentarisch, geliefert worden ist, hätten wir hier von einem Manne, wie *Kleinschrod*, der gewohnt ist mit seinem Zeitalter fortzugehn, mehr erwartet. Anstatt hier eine Entwicklung und Darstellung dieses Verbrechens aus philosophischen Principien aufzustellen, bemüht sich der Verf. vielmehr, die Grundsätze dieses Verbrechens durch einzelne, aufgestellte Fälle anzugeben. Hätte der Verf. sich bemüht die Grundsätze dieses Verbrechens mit philosophischem Geiste aufzufuchen, hätte er hiebey, wie es *Feuerbach* in seiner kleinen, aber scharfsinnigen Schrift über Hochverrath gethan hat, die drey Grundverträge des Staats berücksichtigt; so wären wir aller der von ihm aufgezählten Fälle nicht bedürftig gewesen, und wir hätten doch, besser wie jetzt, in jedem concreten Falle bestimmen können, ob hier ein Hochverrath, oder ein anderes Verbrechen vorhanden sey.

Um den Begriff des Hochverraths festzusetzen, sagt der Verf. im §. 403. daß alle Handlungen eines Unterthanen sollen als Hochver-

rath

rath angesehen werden, welche mit dem Vorfatze seyn unternommen worden, um die bestehende Verfassung des Staats zu vernichten. Wir finden an diesem aufgestellten Begriff des Hochverraths mancherley zu erinnern und auszusetzen. Theils scheint uns derselbe viel zu enge, theils viel zu weit, und überhaupt sehr mangelhaft zu seyn. Fürs erste will es uns nicht gefallen, daß der Verf. nur von Handlungen eines *Unterthanen* redet. Sollte Herr *Kleinschrod* in Abrede seyn wollen, daß auch der Regent selber einen Hochverrath begehen könne? Wir wollen dies nicht glauben, wenn gleich der Verf. trotz der vielen Fälle, die er als Beyspiele des Hochverraths aufstellt, diese Frage durchaus nicht berücksichtigt. Es würde demnach zweckmäßiger gewesen seyn, wenn der Verf. statt *Unterthan* das Wort Staatsmitglied oder Staatsbürger gesetzt hätte. Fürs andre ist es uns ferner aber auch nicht hinreichend, wenn Herr *Kleinschrod* bloß sagt, daß Handlungen, welche mit dem Vorfatze einer Vernichtung der bestehenden Staatsverfassung sind unternommen worden, das Verbrechen des Hochverraths begründen sollen. Wer auf *erlaubte* Art Dinge mit dem Vorfatze unternimmt,

um

um die bestehende Staatsverfassung, die ihm vielleicht zweckwidrig scheint, vernichtet, und statt dessen eine bessere errichtet zu sehn, kann gewifs nicht mit dem Prädikat eines Hochverräthers belegt werden. Es muß demnach bey den unternommenen Handlungen die Frage ihrer Rechtswidrigkeit stets berücksichtigt werden.

Um den Begriff dieses Verbrechens deutlich und vollständig anzugeben, würden wir unter Hochverrath *die von einem Staatsbürger auf feindselige und unerlaubte Art bezweckte Vernichtung der nothwendigen Einrichtungen und Eigenschaften desjenigen Staates, von dem er ein Mitglied ist*, verstehen.

Wir haben schon vorhin geäußert, daß uns des Verf. Darstellung und Behandlung dieses Verhrechens nicht gefalle. Anstatt daher dem Verf. Schritt vor Schritt in den folgenden §§. zu folgen, erlauben wir es uns lieber gleich mit wenigen Worten anzugeben, wie wir, nach unsrer Ansicht der Sache, die Behandlungsart dieses Verbrechens gewünscht hätten,

Wir würden, ehe wir den Begriff von dem Verbrechen des Hochverrathes selber angegeben hätten, zuvor mit wenigen Worten von einem andern

andern Verbrechen geredet haben, das den Hochverrath gewissermaassen in sich schliesst. Wir meynen nämlich das Verbrechen der *Staatsvernichtung* überhaupt. Wer einen Hochverrath begeht, vollbringt dadurch auch dies Verbrechen, aber nicht jeder, welcher dies Verbrechen bezweckt, ist Hochverräther. Das Charakteristische des letzteren besteht darin, dass derselbe ein Mitglied des Staates seyn muss, dessen Vernichtung er bezweckt. Hieraus ergiebt sich dann, dass derjenige welcher darauf hinausgeht, auf unerlaubte Art die nothwendigen Einrichtungen eines Staates zu zerstören, nur dann Hochverräther genannt werden dürfe, wenn er wirklich Bürger des Staates ist. Auf diese Art würden wir so die Beantwortung zweyer wichtigen Fragen bey diesem Verbrechen gefunden haben, nämlich die in Hinsicht des *Gegenstandes* dieses Verbrechens, oder des *Objectes* desselben, und die von dem *Subjecte* desselben. Die Beantwortung dieser beyden Fragen muss nothwendig voraus gehn, ehe an weitere richtige Bestimmungen dieses Verbrechens gedacht werden kann. Erst dann, wenn wir wissen, wer das Verbrechen nur begehn könne, und gegen was es nur begangen werden könne, erst

erst dann sind wir im Stande, mit Einheit und Consequenz auf diesem Fundamente ein festes Gebäude zu errichten.

Um nach diesem Vorausgeschickten jetzt aber auch den Umfang dieses Verbrechens und die Gränzen desselben angeben, und demnach mit Genauigkeit bestimmen zu können, wann ein Verbrechen den Namen Hochverrath verdiene, ist es bey weitem nicht hinreichend, das man, wie unser Verf. es gemacht hat, einzelne Fälle aufzähle, um zu zeigen, wann ein Hochverrath vorhanden sey; sondern man muß unstreitig einen andern, und gewiß weit sicherern Weg einschlagen. *Exempla illustrant rem*, heist es bekanntlich zwar, allein so wenig wir an und für sich auch gegen diesen Satz einzuwenden haben; so glauben wir doch, das man bey der Bestimmung eines Verbrechens höhere Forderungen machen kann, als eine bloße Darstellung desselben aus Beyspielen. Denn was geben uns solche aufgezählten Fälle? Eines-theils sieht man aus ihnen selber durchaus nicht, ob in ihnen auch wirklich dasjenige Verbrechen enthalten sey, welches sie bezeichnen sollen, ob man nicht vielmehr Beyspiele gewählt habe, die den Begriff und Umfang eines Ver-

bre-

brechens viel zu sehr erweitern, und die eben-
 deshalb falsch und unzweckmäfsig sind. Davon
 aber auch abgesehen, so kann es doch nicht an-
 ders seyn, dafs sie uns, wie *Feuerbach* in sei-
 ner genannten Schrift sehr richtig bemerkt, stets
 in beständiger Ungewifsheit lassen müssen, ob
 es nicht noch mehrere Fälle gebe, in denen gleich-
 falls das namhafte Verbrechen enthalten sey.

Alle die von dem Verf. aufgezählten Fälle
 hätte derselbe bey Seite setzen, oder doch we-
 nigstens eine schicklichere Anwendung von
 ihnen machen können, wenn er den Weg
 eingeschlagen hätte, welchen *Feuerbach* zur
 richtigern Bestimmung des wichtigsten Ver-
 brechens zuerst so schön versuchte. Um die
 Lehre vom Hochverrath überhaupt wissenschaft-
 lich behandeln und darstellen zu können, ist
 es nämlich nothwendig, dafs man hiebey jene
 drey Grundverträge, welche als wesentlich noth-
 wendige Bedingungen zur Existenz eines jeden
 Staates überhaupt betrachtet werden müssen, be-
 rücksichtige. Hieraus, und nur hieraus allein läfst
 sich bestimmt der Umfang dieses Verbrechens an-
 geben, hieraus läfst sich besser, wie aus noch so
 vielen einzelnen Fällen, die Frage wahrhaft be-
 antworten, ob ein Hochverrath vorhanden sey,
 ob

ob eine rechtswidrige Handlung in concreto auch diejenigen Merkmale an sich trage, welche als wesentliche Bedingungen zum Hochverrath erfordert werden. Wäre Herr *Kleinschrod* auf diese Art verfahren, hätte er uns diese drey Grundverträge und eine kurze Analyse derselben aufgestellt; so würde hiedurch mit einemmale eine wissenschaftliche Klarheit über dies Verbrechen verbreitet worden seyn, und jetzt würde es allenfalls von Nutzen gewesen seyn, wenn der Verf. nun in einzelnen Beyspielen gezeigt hätte, wann eine Verletzung des Vereinigungsvertrages, oder des Verfassungsvertrages oder des Unterverfassungvertrages vorhanden sey. Die Bestimmungen dieser Grundverträge selber aber würden auch zugleich ein Probierstein für die einzelnen aufgeführten Fälle gewesen seyn, und der Verf. würde hienach selber gefunden haben, daß manches, was er namentlich im §. 407. als Hochverrath auführt, durchaus nicht mit dem Namen dieses Verbrechens belegt werden dürfe.

Es ist weder unsre Absicht, noch wäre hier der Ort dazu geeignet, nach philosophischen Principien eine Abhandlung über das Verbrechen des Hochverraths hier liefern zu wollen, des-

deshalb begnügen wir uns bloß, eine Skizze von der Bearbeitung dieses Verbrechens gegeben zu haben, um zu zeigen, wie man nach unsrer Ansicht der Sache allenfalls verfahren, und welchen Weg man einschlagen müsse, um die Grundsätze dieses größten und strafbarsten Verbrechens auf gehörige Art und mit Klarheit darstellen zu können. Die Wichtigkeit der Sache machte es uns doppelt zur Pflicht, hier unverhohlen und mit freyem Muthe unsre Ueberzeugung über dies Verbrechen und dessen Bearbeitung von dem Verf. auszusprechen, und wir sind es von der Liebe *Kleinschrod's* zum Streben nach Wahrheit aufs innigste überzeugt, daß unsre Bemerkungen bey dem würdigen Verf. eine offene Seele zur Prüfung und Würdigung derselben finden werden.

Ehe wir jedoch zum folgenden Kapitel übergehen, erlaube der Verf. es uns, daß wir zuvor noch dem Inhalte einiger §§. kurze Bemerkungen hinzufügen.

Im §. 425. sagt Herr *Kleinschrod*, daß die Todesstrafe gegen Hochverräther nur dann statt finden solle, wenn die Voraussetzungen desjenigen, was der Verf. im §. 129. und §. 130. berücksichtigt hat, eintreten. Da wir uns schon
bey

bey der Würdigung dieser §§. deshalb erklär-
haben, so verweisen wir unsre Leser darauf zu-
rück. Außerdem will der Verf., daß die or-
dentliche Strafe dieses Verbrechens in öffentli-
cher Ausstellung und schwerer körperlicher
Züchtigung am Pranger, und sodann in lebens-
langer Zuchthausstrafe, verbunden mit schwe-
rer Arbeit, bestehen soll. Wir müssen aufrich-
tig gestehn, daß wir recht sehr erschrecken,
als wir dies lasen. Im §. 342. hatte unser Verf.
gesagt, daß die Strafe des Todes und der ewi-
gen Beraubung der Freyheit *niemals geschürft*
werden solle, und hier will der Verf. dessen-
ungeachtet doch, daß der Verbrecher nicht nur
öffentlich am Pranger ausgestellt, sondern noch
obendrein mit schwerer körperlicher Züchtigung
bestraft werden solle. Dort bey dem §. 342.
konnten wir dem Verf. unsern Beyfall und unsre
Zustimmung nicht verlagen; hier aber, wir
müssen es aufrichtig gestehn, können wir nur
erstatnen! —

Im §. 431. spricht der Verf. von der Strafe
des Versuchs des Hochverraths, und bestimmt
für den nächsten Versuch zwey Drittel der or-
dentlichen Strafe, für den entferntern ein Drit-
tel derselben. Dem Verf. schien es gewiß auf-

ferst

ferst hart, daß das römische Recht bey dem
 Hochverrathe den Versuch wie das vollendete
 Verbrechen bestraft wissen will. Es kam uns
 selber ehemals so vor, wir müssen aber gestehn,
 das wir es jetzt nicht so hart, ja daß wir
 es vielmehr ganz zweckmäfsig finden, wenn
 die L. 5. C. ad L. I. M. den Versuch des
 Hochverraths wie das vollbrachte Verbrechen
 bestraft wissen will. Wir könnten allenfalls
 schon dadurch die Zweckmäfsigkeit des römi-
 schen Rechts und auch unsrer Karolina dathun,
 wenn wir nur darauf Rücksicht nehmen woll-
 ten, daß die Gröfse dieses Verbrechens, und
 der hohe Grad von Gefahr, der durch dasselbe
 für den Staat begründet wird, den Gesetzgeber
 allerdings bestimmen dürfe, auch den Versuch
 mit der vollen Strafe zu bedrohen, um so desto
 eher die wirkliche Gefahr für den Staat zu ver-
 hüten. Allein wir bedürfen hier keiner politi-
 schen Argumente für unsre Behauptung, wir
 sind vielmehr überzeugt, daß es sich schon
 aus allgemeinen Principien dathun lasse, daß
 hier der Versuch wie das vollbrachte Verbre-
 chen bestraft werden müsse. Die Natur und
 der Geist des Hochverraths fordern es, daß
 hier der Gesetzgeber die Rücksichten zwi-
 schen

lichen einem versuchten und einem vollbrach-
 ten Verbrechen aufhebe, und zwar aus dem
 Grunde aufhebe, weil dies Verbrechen das
 einzige ist, bey dessen wirklicher Vollbrin-
 gung es dem Staate unmöglich werden kann,
 überhaupt zu strafen. Denn auch der Hoch-
 verrath ist, wie jedes andre Verbrechen, nur
 alsdann als wirklich vollbracht und ausge-
 führt anzusehn, wenn es dem Verbrecher
 gelang, seinen rechtswidrigen Zweck auszu-
 führen. Wie nun aber, wenn der Hoch-
 verräther sich vornahm, die bestehende Ver-
 fassung des Staates umzustürzen, und sich
 entweder zum Regenten aufzuwerfen, oder
 den Zustand einer Staatslosigkeit herbeyzu-
 führen? Soll hier der Staat mit der Zufü-
 gung der ordentlichen Strafe so lange war-
 ten, bis das Verbrechen vollbracht ist, bis
 demnach der Hochverräther seinen Zweck er-
 reicht hat? Unmöglich wird Herr *Kleinschrod*,
 diese Frage mit Ja beantworten, indem wir
 alsdann sogleich weiter fragen würden, wer
 denn jetzt strafen solle? Der Staat, an dem
 der Hochverrath begangen worden ist, kann
 es nicht, denn er existirt nicht mehr. und
 ein andrer Staat, selber der aus dem alten

entstehende neue Staat darf es nicht, weil an ihm kein Verbrechen begangen worden ist. Es ergiebt sich hieraus demnach, daß es schon der Natur dieses Verbrechens, abgesehen von allen politischen Gründen, ganz gemäß sey, wenn der Staat hier den Unterschied zwischen versuchten und wirklich vollbrachten Verbrechen in Rücksicht der Bestrafung nicht weiter berücksichtigt, sondern den versuchten Hochverrath mit der vollen ordentlichen Strafe bedroht. —

Wie der §. 434., in welchem der Verf. von der Strafe der Bewerbung um Beystand fremder Mächte gegen den Staat redet, hier in dem Kapitel von der Lehre des Hochverraths hinkomme, vermögen wir nicht einzusehn!

Im §. 436. und den beyden folgenden §§. spricht der Verf. von der Landesverrätherey und der Bestrafung derselben. Wir hätten gewünscht, daß der Verf. die Landesverrätherey nicht von dem Hochverrathe getrennt hätte. Nach unsrer Ueberzeugung ist der Landesverräther, etc. im wahren Sinne des Worts, stets Hochverräther, und deshalb auch als solcher zu bestrafen. Wer eine Handlung nicht in der Absicht be-
geht,

geht, um den Staat und dessen Geheimnisse einem andern Staate wirklich aus hochverrätherischer Absicht zu verrathen, den würden wir ebenfalls zwar nicht Hochverräther, aber auch eben so wenig Landesverräther nennen, Wer z. B. aus bloßer Gewinnflucht, oder aus andern Gründen, keineswegs aber aus feindseliger Absicht gegen seinen Staat, einem andern Staate eine wichtige Urkunde überliefert, der macht sich allerdings einer groben Veruntreuung gegen den Staat schuldig, aber einen wahren Verräther des Landes könnten und würden wir ihn nicht nennen.

Zum Schlusse dieses Kapitels müssen wir noch bemerken, dafs, wenn uns gleich, wie wir schon anfänglich geäußert haben, die Darstellung dieses Verbrechens von dem Verf. nicht gefallen hat, wir doch in einer Hinsicht mit Vergnügen dies Kapitel durchgelesen haben. Es freut uns nämlich recht sehr, dafs der würdige Verf. bey der Bestrafung dieses wichtigen Verbrechens durchaus keine Rücksicht auf die schuldlosen Kinder genommen hat, um auch diese für die Vergehungen ihres Vaters büßen zu lassen. Die harten Verordnungen des römischen Rechts in dieser Hinsicht, Verordnungen,

deren Rechtswidrigkeit keine Politik auch nur mildern kann, hat der Verf. für die Unterthanen dieses Gesetzbuches vertilgt, und hiedurch demselben in Ansehung der Bestrafung dieses Verbrechens einen Vorzug vor unserm besten bisherigem Gesetzbuche, dem preussischen, gegeben, welches in dieser Hinsicht wenigstens noch einen Flecken an sich trägt.

Zweytes Kapitel.

Vom Aufruhr und Tumulte.

Weit besser, wie die Darstellung der Lehre vom Hochverrathe, hat uns die Bearbeitung dieses Kapitels von dem Verf. gefallen. Wir sind in Hinsicht der Ausführung der Grundsätze von dem Verbrechen des Aufruhrs im Ganzen genommen völlig mit dem Verf. einverstanden, und wir würden nichts weiter deshalb zu erinnern wissen, wenn wir nicht glaubten, daß der Verf. den im §. 439. angegebenen Begriff von dem Verbrechen des Aufruhrs etwas treffender und bestimmter hätte darstellen können. Im ganzen genommen hat der Verf. freylich das Wesen des Aufruhrs so ziemlich ckarakterisirt, wenn er sagt, Aufruhr bestehe in dem Gebrauch vereinigter, vorsätzlicher Gewalt von mehreren Unterthanen in einem oder dem andern Falle, um
sich

sich dem Befehle ihrer rechtmässigen Obrigkeit zu widersetzen, oder von dieser etwas zu erzwingen. Wir glauben jedoch, wie gesagt, dass sich der Begriff dieses Verbrechens auf folgende Art noch etwas schärfer hätte bezeichnen lassen.

Tumult, Aufruhr, Widersetzlichkeit, Verschwörung, Auflauf und Insurrection, sind Wörter, die in Hinsicht ihrer Bedeutung sehr oft für synonym genommen werden, und die dennoch, wenn sie gleich in manchen Stücken mehr oder minder verwandt mit einander sind, im ganzen genommen wesentlich von einander unterschieden sind. Alle kommen zwar darin überein, dass durch sie die Absicht eines Ungehorsams geäussert wird, allein in der Beschaffenheit dieses Ungehorsams, in der Art seiner Aeussderung liegt eben dasjenige, was den Tumult oder den Aufruhr im weitern Sinne z. B. von den übrigen genannten Verbrechen unterscheidet.

Die erste Bedingung, welche zur Feststellung des Begriffes von diesem Verbrechen erfordert wird, ist, wie der Verf. gleichfalls sehr richtig bemerkt, ein Zusammenwirken *mehrerer* Bürger. Wo ein Mensch allein, oder auch Einzelne

zelne, eine Widerfetzlichkeit äußern, da kann wohl von einem Ungehorsam, aber von keinem Aufruhr die Rede seyn. Wie groß die Anzahl der ungehorsamen Bürger übrigeus seyn müsse, wenn ihr Vergehn zu einem Aufruhr werden soll, läßt sich nicht im allgemeinen bestimmt angeben, sondern muß in concreto selber beurtheilt werden. Dafs aber überhaupt eine Anzahl mehrere Bürger vorhanden seyn müsse zum Erforderniß eines Aufruhrs, dies wird durch den, bey diesem Verbrechen stattfindenden Zwang, oder dessen Androhung begründet.

Das erste Requisit zum Vorhandenseyn eines Aufruhrs wär demnach eine Mehrheit von Bürgern, welche einen Ungehorsam äußern. Allein hiebey kommt es nun darauf an, *wie* diese Mehrheit ihre Widerfetzlichkeit zeigen. Ist der Ungehorsam weiter nichts, als ein bloßer Ungehorsam, ist er mit keinem wirklichen Zwange verbunden; so begründet er wiederum nicht das Verbrechen des Aufruhrs, und zwar aus dem nämlichen Grunde, warum ein Einzelner durch Ungehorsam keinen Aufruhr begeht. Gewaltfames Zwingen, oder doch wenigstens ein Androhen dieses Gewaltfamen Zwanges verlangt

langt demnach der Aufruhr ferner gleichfalls zu seiner Existenz.

Aber auch hiemit sind die Bedingungen zur Existenz dieses Verbrechens noch nicht abgeschlossen; sondern es werden noch mehrere Requisite zu derselben erfordert. Was zunächst den Ungehorsam anbetrifft, so muß derselbe *rechtswidrig* seyn. Wo diese Rechtswidrigkeit fehlt, wo die Obrigkeit z. B. offenbar ungerechte Befehle gegeben hat, Befehle durch welche die Gerechtsame der Bürger gefährdet werden, da findet nicht, wie unser Verf. irrig im §. 450. und folgend. glaubt ein Aufruhr statt, sondern nur eine *Insurrection*. Der Ungehorsam des Aufruhrs muß ein rechtswidriger seyn; aber er muß nebstdem auch ein *fortdauernder* seyn. Nur dadurch daß er ein fortdauernder wird, kann er mit einer gewaltsamen Behauptung verbunden seyn, und unterscheidet sich so hiedurch von dem *bloßen* Auflauf.

Aber endlich müssen wir auch zur Feststellung des Begriffes von Aufruhr auf den Gegenstand desselben reflectiren. Der Aufruhr hat es nur mit einer Widersetzlichkeit gegen einzelne bestimmte Befehle oder Regierungsacte zu thun; keinesweges aber geht die Widersetzlichkeit

keit bey demselben gegen den Staat als Staat selber und dessen nothwendige Einrichtungen. Wo dies der Fall ist, darf nicht mehr von einem Verbrechen des Aufruhrs die Rede seyn, sondern da tritt Hochverrath ein.

Aus allen diesen Eigenschaften dürfte sich demnach der Begriff dieses Verbrechens dahin ergeben, daß Aufruhr nichts anders sey, als *eine öffentliche fortdauernde Vereinigung mehrerer Unterthanen zu einer gewaltsamen und rechtswidrigen Verweigerung des schuldigen Gehorsams gegen einzelne, bestimmte Regierungs-befehle.*

Wenn der Verf. im §. 440. sagt, daß das Verbrechen alsdann als vollendet solle betrachtet werden, wenn die Unterthanen wirklichen Zwang gegen die Obrigkeit oder ihre Abgeordnete ausgeübt, oder doch wenigstens solche Uebel gedroht haben, welche sie gleich auf der Stelle auszuführen im Stande seyen: so würden wir es zweckmäßiger finden, wenn der Verf. statt dessen gesagt hätte, daß das Verbrechen alsdann als vollendet solle angesehen werden, wenn diejenigen Eigenschaften, welche der Aufruhr zu seinem Begriff erfordert, existiren. Der Verf. hat allerdings Recht, daß man nicht

eher

ehervon einem vollendeten Aufruhr reden könne, als bis eine *thätige* Vereinigung, die Thätigkeit mag nun in wirklicher Gewalt, oder in leicht auszuführender Drohung bestehen, vorhanden sey; aber eben so gut glauben wir auch, daß diese thätige Vereinigung allein noch nicht die Vollbringung des Verbrechens begründe, aus dem einfachen Grunde, weil sie allein genommen überhaupt noch nicht die Existenz von dem Begriff dieses Verbrechens bestimmt.

Wenn der Verf. übrigens im §. 445. bey der Bestimmung der Strafe dieses Verbrechens sagt: daß der Aufruhr nur mit der Strafe des Arbeitshauses auf zwey bis vier Jahre geahndet werden solle, wenn derselbe mit keiner wirklichen Gewalt oder mit keinen schweren Drohungen gegen die Obrigkeit verbunden gewesen sey und nur kurze Zeit gedauert habe; so wissen wir nicht recht, was der Verf. hiemit sagen will. Zum Begriff des Aufruhrs gehört ja wesentlich nothwendig, wie der Verf. selber angegeben hat, daß der Ungehorsam sowohl mit einer wirklichen Gewalt, oder doch mit einer leicht auszuführenden Androhung derselben verbunden sey, als auch, daß derselbe sich fortdauernd bezeige. Und dennoch spricht der Verf. hier von
einem

einem Aufruhr, bey dem diese drey wesentlichen Merkmale fehlen sollen. Wo diese aber mangeln, da denken wir könne gar nicht von Strafe des *Aufbruhs* die Rede seyn.

Der Inhalt des §. 450. kann, wie wir auch schon vorhin bey der Bestimmung des Begriffes von diesem Verbrechen angedeutet haben, nach unsrer Ueberzeugung gar nicht hier her gehören. Denn wo von Auflehnung gegen einen offenbar gesetzwidrigen Befehl gegen die Obrigkeit die Rede ist, da kann allenfalls Insurrection, aber kein wirklicher Aufruhr statt finden.

Drittes Kapitel.

Vom Landfriedensbruche.

Was der Verf. in diesem Kapitel von dem Verbrechen des Landfriedensbruches sagt, stimmt im Ganzen genommen zu sehr mit unsrer Ansicht von diesem Verbrechen überein, als daß wir irgend etwas von Erheblichkeit dagegen zu erinnern vermöchten. Allenfalls hätte der Verf. den Begriff dieses Verbrechens im §. 464. etwas schärfer bestimmen können. Herr *Kleinschrod* sagt: Landfriedensbruch sey ein feindliches Verfahren gegen die öffentliche Sicherheit der deutschen Reichslande, welches von mehreren bewaffneten Deutschen ist unternommen worden. Wir finden in der Definition dieses Verbrechens das Verhältniß des Zwingenden zu dem Gezwungenen nicht berücksichtigt. Denn daß es zum Wesen dieses Verbrechens erfordert werde,

werde, daß der Zwingende mit dem Gezwungenen nicht im Verhältniß des Oberherrn zum Unterthan stehe, dies glauben wir wird der Verf. selbst zugestehn, grade hierauf aber nimmt, wie gesagt, derselbe in seinem aufgestellten Begriff keine Rücksicht.

So wie wir im ganzen genommen dem Verf. in den Verordnungen dieses Kapitels beystimmen, eben so sind wir auch mit dem vierten Kapitel, welches von andern Verbrechen gegen die innere Ruhe und Sicherheit des Staats handelt, zufrieden. Unsere Erinnerungen würden nur Kleinigkeiten betreffen; wir wollen demnach lieber gleich zum fünften Kapitel übergehn.

Fünftes Kapitel.

Vom Verbrechen der verletzten Majestät.

Wir hielten uns durch den Scharfsinn und die Fähigkeiten eines Mannes, wie Herr *Kleinschrod*, zu der Erwartung berechtigt, in diesem Kapitel endlich einmal einen würdigen Beytrag zur richtigen Auffassung und Darstellung des Verbrechens der verletzten oder beleidigten Majestät zu finden, und wir waren um so begieriger auf die Ansichten des Verfassers von diesem Verbrechen, da man dasselbe bis zu unsern Zeiten hinauf, die Arbeiten einiger weniger Männer ausgenommen, durchaus ganz schief beurtheilt hat, da man dabey von ganz falschen, oder oft auch von gar keinen Principien ausgegangen ist, und eben deshalb diesem Verbrechen

chen eine Ausdehnung gab, die demselben seiner Natur nach gar nicht zukam.

Voller Erwartung durchliefen wir daher die einzelnen §§. dieses Kapitels, um die Grundsätze unsers Verf. in Rücksicht dieses Verbrechens kennen zu lernen. Wir lasen, und lasen wiederum dies ganze Kapitel durch, aber wir mußten es uns am Ende selber gestehn, und die Wahrheitsliebe des Verf. mag es uns verzeihen, wenn wir es auch öffentlich bekennen, wir fanden uns durchaus nicht in unsern Hoffnungen und Erwartungen befriedigt. Grade wie bey dem Kapitel vom Hochverrathe, fanden wir auch hier, statt einer erschöpfenden Entwicklung der Grundsätze dieses Verbrechens aus der Natur und dem Geiste desselben, nichts weiter als einen Begriff dieses Verbrechens, der falsch ist, weil er, zum mindesten genommen, einseitig ist, und dann wiederum Fälle, nichts als Fälle, die uns zeigen sollen, wann dies Verbrechen vorhanden sey. Wir halten uns überzeugt, und ob wir uns in dieser Ueberzeugung nicht irren, dies mögen Kenner entscheiden, daß Herr *Klein Schrod* den Geist des Verbrechens der beleidigten Majestät gar nicht getroffen, daß der Verf. durchaus nicht die richtigen Ansichten von diesen

Verbrecher sich zu eigen zu machen gewußt habe. Dieses freymüthige Urtheil, durch das wir übrigens den Verdiensten und der Achtung, welche ein Mann wie *Kleinschrod* eben wegen seiner Verdienste besitzt, im geringsten nicht zu nahe treten wollen, erlaube man uns durch Gründe, welche wir für wahr halten, zu beweisen.

Wir wollen mit dem Begriff des Verbrechens, welchen uns der Verf. liefert, und dessen Würdigung den Anfang machen. Herr *Kleinschrod* sagt im §. 527. nämlich, das Verbrechen der verletzten Majestät begreife in sich alle unbefugte Reden oder Handlungen, wodurch jemand die vollkommenen Rechte des Landesherrn in Rücksicht auf seine Würde und die ihr gebührende Achtung verletze. Warum redet der Verf. hier nur von der Würde des *Landesherrn*; glaubt er wirklich, daß nur gegen diesen das Verbrechen der verletzten Majestät begangen werden könne? Wir halten uns vielmehr für überzeugt, daß dies Verbrechen eben so gut am Staate, wie am Landesherrn, ja daß es eigentlich immer an ersterem begangen werde, und daß nur infoferne von einer verletzten Majestät des Landesherrn gesprochen werden darf

darf, insoweit dadurch der Staat selber mittelbar beleidigt wird.

Noch mehr drückt sich die einseitige, falsche Ansicht des Verf. von diesem Verbrechen aus, wenn wir im §. 528. lesen: wenn jemand in Privatunterredungen Unsere Regierungsmaafsregeln tadelt, oder Unfre Würde blofs durch Worte angreift; so wollen Wir einen solchen unzeitigen Tadel und solche Reden mit Verachtung ansehen. Es ist zwar an und für sich betrachtet recht schön, Beleidigungen mit stiller Verachtung zu bestrafen; allein man vergesse bey einer solchen Verordnung nur gewisse Rücksichten nicht. Ein anderes ist es, wenn der Regent eines Staates als Mensch, als Privatperson beleidigt wird, und ein andres, wenn gegen ihn als Repräsentanten des Staates eine Verletzung der Majestät statt findet. Im ersten Falle thue der Fürst, was er für gut befindet, er verachte die Beleidigung großmüthig, oder er lasse den Beleidiger bestrafen: beydes hängt von seiner Willkühr ab. Allein eine ganz andre Ansicht gewinnt die Sache, wenn Beleidigungen gegen den Oberherrn als solchen begangen werden. Hier darf der Fürst nicht einseitig eine Großmuth ausüben, weil er hiedurch den

Staat selber zurücksetzt. Dieser wird durch jede Beleidigung, welche der Majestät seines Stellvertreters widerfährt, selber beleidigt, und der Regent ist es dem Staate und seiner Würde schuldig, dies nicht zu vergessen, und durch eine willkührliche Verachtung des Beleidigers das Ansehn zu geben, als werde nur er, und nicht zugleich der Staat beleidigt, als habe er seine Majestät durch sich, und nicht durch den Staat, gebe nicht dieser ihm, sondern er jenem Würde, mit einem Worte, sey er nicht des Staates, sondern der Staat seinetwegen da. —

Wir finden es ferner, nach unsrer Uezeugung, als einen Beleg zu der falschen Idee, die der Verf. sich von dem Verbrechen der verletzten Majestät gemacht hat, wenn er im §. 545. dieses Kapitels von einem Verbrechen *verletzter Ehrfurcht* gegen den Landesherrn und dessen Bestrafung redet. Wir glaubten hier erstlich die Chimäre von dem Verbrechen verletzter Ehrfurcht wiederzufinden, unter welchem unfre Kriminalisten absichtliche Beleidigungen gegen den Regenten *als Privatmann* verstanden wissen wollen. Da aber der Verf. in dem angeführten §. hiervon nichts erwähnt, so wissen wir nicht recht,

recht, ob derselbe der Meinung sey, daß durch dies Verbrechen der Regent als Privatmann, oder als Regent beleidigt werde. Vorausgesetzt aber auch, daß der Verf. daß letztere annehme; so müssen wir doch den ganzen §. tadeln, weil ein solches besonderes Verbrechen gar nicht existirt. Von richtigen Principien bey der Aufstellung des Verbrechens der beleidigten Majestät ausgegangen, muß sich nach unsrer Ueberzeugung ergeben, daß das sogenannte Verbrechen verletzter Ehrfurcht nichts weiter, als Verbrechen beleidigter Majestät, und ganz in letzterem enthalten sey.

Endlich glauben wir auch darin einen Grund zu finden, daß der Verf. sich weder zu einer deutlichen und richtigen Ansicht von dem Verbrechen der verletzten Majestät erhoben, noch eine deutliche Bearbeitung dieses Verbrechens geliefert habe, weil er im §. 547. und folgend. von der Strafe der Beleidigung der Mitglieder des kurfürstlichen Hauses redet. Wir können nicht anders glauben, als daß Herr *Kleinschrod* annehme, Beleidigungen gegen die Gemalinn des Regenten oder gegen andre Personen der regierenden Familie, begründen gleichfalls ein Verbrechen der verletzten Maje-

stätt; denn wir können sonst nicht absehn, wie der Verf. hier in einem Kapitel, wo er von dem Verbrechen der verletzten Majestät reden will, von der Strafe der Beleidigung eines Mitgliedes der regierenden Familie sprechen könne. Hiebey müssen wir nun aber aufrichtig gestehn, daß wir dem Verf. in seiner Meinung nicht bestimmen können, daß wir uns vielmehr für überzeugt halten, daß nur der Staat oder dessen Repräsentant Object des Verbrechens der beleidigten Majestät seyn können. Gegen die Gemalin des Regenten, oder gegen andre Personen des regierenden Hauses kann dies Verbrechen, vorausgesetzt daß sie keine Mitregentschaft haben, durchaus nicht begangen werden, und zwar aus dem Grunde, weil diese Personen *keine Majestät haben*, bey ihnen also auch nicht Verletzung einer Würde statt finden kann, welche sie nicht besitzen. Um hier jedoch nicht mißverstanden zu werden, und um uns auch zugleich einen sichern Weg für die Darstellung unsrer Ansicht zu bahnen, ist es nothwendig, daß wir zuvor den Begriff von dem Worte *Majestät*, in dem Sinne wie es hier als eigentliches Object dieses Verbrechens genommen werden müsse, etwas genauer bestimmen.

Daß

Dafs hier nicht von dem Worte Majestät, als blofsen Titel, die Rede sey, ergiebt sich ohne unser Erinnern von selbst. Denn wäre dies der Fall, so könnte das Verbrechen der verletzten Majestät eigentlich nur gegen solche Personen begangen werden, welche sich den Majestätstitel beygelegt haben, wie z. B. Kaiser und Könige. Beleidigungen gegen andre Regenten könnten demnach gar nicht mit dem Namen dieses Verbrechens benannt werden. Wie gesagt also, von dem *Titel* Majestät kann hier nicht die Rede seyn, sondern dies Wort muß hier in einer andern Bedeutung genommen werden. Man darf hier nichts anders darunter verstehn, als den Inbegriff von der höchsten Würde und Ehre, die ein Staat als Staat, als selbstständiges Ganzes, in sich faßt. Der Staat muß höher stehn, als das einzelne Individuum im Staate, jede vorzügliche Ehre, ja überhaupt jede bürgerliche Ehre, welche letzteres besitzt, entspringt nur aus dem Staate. Befäße letzterer nicht selber eine vorzüglich ausgezeichnete Würde und Ehre, so könnte die Ehre, welche er seinen Bürgern giebt, keinen Werth haben, ja er könnte gar nicht einmal diese Ehre ertheilen wollen. Diese vor-

züg-

zügliche Würde nun, welche der Staat zugleich mit seiner Errichtung sich selber giebt, heißt die *Majestät* des Staates. Diese Majestät aber besitzt nicht nur letzterer, sondern aus ihm muß sie auch auf jeden überfließen, welcher die Stelle des Staates vertritt, welcher dessen Repräsentant ist. Dem wirklichen Regenten kommt daher eben so gut Majestät zu, wie dem Staate, denn jener und dieser sind eins, jener stellt diesen vor, er ist der personificirte Staat.

Wer sich im Staate befindet, ist verpflichtet, diese Majestät des Staates und seines Repräsentanten anzuerkennen und zu achten. Der Staat hat ein unbedingtes Recht zu dieser Forderung. Wer diese Achtung vorsätzlich verletzt, der begeht hiedurch eine Injurie gegen den Staat, er greift die Würde desselben an, er beleidigt dessen Majestät, und begründet so ein *Majestätsverbrechen*.

Letzteres bestünde demnach in einer *absichtlichen Beleidigung des Staates oder seines Regenten durch Verletzung der vorzüglichen Ehre und Würde desselben*.

Object dieses Verbrechens kann demnach nur der Staat, oder dessen Repräsentant seyn,
weil

weil nur diesen beyden Majestät zukommt. Gegen den letzteren kann aber auch nur insofern dies Verbrechen statt finden, insofern er als Regent gedacht wird, als Stellvertreter des Staates. Wo dies nicht der Fall ist, wo der Oberherr nur bloß und allein als Privatmann handelt und gedacht werden kann, da kann auch kein Verbrechen beleidigter Majestät statt finden, weil der Regent die vom Staate erhaltene Majestät abgelegt hat.

Weil nur der Staat oder dessen Stellvertreter Majestät besitzen, so kann eben deswegen auch dies Verbrechen nicht gegen die Minister, gegen die Kinder oder andere Verwandte des Oberherrn, ja selbst nicht gegen dessen Gemalin begangen werden. Nur insofern als hier Mitregentschaft statt findet, bloß insofern kann hier auch nur das Verbrechen verletzter Majestät begangen werden. Ist dies hingegen nicht der Fall, so kann auch eigentlich bey allen diesen Personen von diesem Verbrechen nicht die Rede seyn, es müßte denn der Fall eintreten, daß der Verbrecher die Absicht hatte, durch diese Personen die Majestät des Staates zu beleidigen, und mithin hier eine mittelbare Injurie

jurie gegen letzteren oder gegen den Oberherrn eintrete.

Es fragt sich hiebey nun endlich aber auch noch, wie und auf was Art und Weise dies Verbrechen begangen werden könne. Da Injurien überhaupt auf verschiedene Art statt finden können, und dies Verbrechen nichts weiter als eine Injurie gegen die Ehre und Würde des Staates ist; so ergiebt sich hieraus schon die Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit der Handlungen, durch welche dies Verbrechen, obgleich in einem Falle strafbarer, wie in dem andern, statt finden kann,

Das Verbrechen der beleidigten Majestät kann an dem Staate unmittelbar, oder auch mittelbar begangen werden, insoferne nämlich dem Regenten die Beleidigung zugefügt wird. So wie Injurien überhaupt entweder reale oder verbale seyn können, so kann auch die Majestätsbeleidigung entweder nur eine bloß wörtliche seyn, oder sich zugleich durch Handlungen äußern. Wer z. B. in der Absicht, um den Staat zu beleidigen, dessen Verfassung und Einrichtung tadelt, begeht eine *unmittelbare verbale* Majestätsbeleidigung gegen den Staat; wer den Regenten als Regenten mit beschimpfen-

pfenden Ausdrücken belegt, ihn einen Dummkopf, einen Tyrannen, u. dergl. mehr, nennt, begeht eine *mittelbare verbale* Majestätsbeleidigung gegen den Staat. Wer das Landeswappen, oder andere Zeichen und Sinnbilder des Staats, auf beleidigende Art entstellt, wer öffentliche, vom Staate sanctionirte Ehrenzeichen sich widerrechtlich anmaafst, oder in der Absicht, den Staat dadurch zu beleidigen, austheilt, der unternimmt eine *unmittelbare reale* Majestätsbeleidigung gegen den Staat; wer sich thätlich gegen die Person des Regenten vergreift, ihn stößt, schlägt, u. dergl. mehr, der begeht eine *mittelbare reale* Majestätsbeleidigung gegen den Staat.

Die unendliche Mannigfaltigkeit der einzelnen Arten der Begehung dieses Verbrechens, die Verschiedenheit derselben, kann die *Bestrafung* dieses Verbrechens selber nur willkürlich machen, und deshalb muß die Strafe nach der Größe und Wichtigkeit der Beleidigung in concreto bestimmt werden. Eine bestimmte Strafe für dies Verbrechen überhaupt festsetzen zu wollen, würde nicht nur höchst unzweckmäfsig, sondern selber höchst widersinnig seyn. Nur soviel läßt sich hiebey im allge-
mei-

meinen annehmen, daß Realinjurien, wenigstens in der Regel, eine größere Strafbarkeit begründen müssen, als Verbalinjurien. Im ganzen genommen sind wir übrigens mit demjenigen, was unser Verf. in Hinsicht der Bestrafung dieses Verbrechens festgesetzt hat, mit demselben einverstanden. Wir finden die einzelnen verordneten Strafen, vorausgesetzt daß man dabey die Berücksichtigung der Fälle selber in concreto nicht außer Augen lasse, weder zu hart, noch zu gelinde. —

Dies wären demnach unsre Ansichten von diesem Verbrechen. Eine Vergleichung derselben mit den Grundsätzen des Verf., und eine Würdigung beyder; dies müssen wir unsern einsichtsvollen Lesern, zu denen wir vorzüglich unsern Verf. rechnen, überlassen.

Sechstes Kapitel.

Von den Verbrechen gegen die dem Staate vorbehaltenen Rechte.

Wir hätten manches gegen die Ueberschrift dieses Kapitels und gegen die Zusammenstellung der in demselben abgehandelten Verbrechen zu erinnern; da wir uns aber eine Würdigung des systematischen Ganges dieses Abschnittes, am Ende des Buches vorbehalten haben: so gehen wir jetzt lieber gleich zum Inhalte dieses Kapitels selber über.

Der Verf. spricht in diesem Kapitel zuvörderst von den Vergehungen gegen das Kriegerecht des Staats, und deren Strafe; ferner von den Fällen und Strafen der Münzverbrechen; von Zoll- Maut- und Acciseverbrechen; von Ver-

Vergehungen gegen das Postrecht; vom Wilddiebstahl; von Verletzung des Fischereyrechtes; ferner von Vergehungen gegen das Bergwerksregal, und endlich von den Vergehungen gegen die Stempelpapiergesetze. Da der Verf. bey den mehrsten der hier aufgeführten Verbrechen, in Hinsicht ihrer Beurtheilung und Bestrafung auf die besondern Verordnungen deshalb verweist, und die übrigen Verbrechen im ganzen befriedigend abgehandelt hat; so begnügen wir uns damit, einzelne §§. dieses Kapitels mit einigen kurzen Anmerkungen zu begleiten.

Wir wenden uns zu dem Münzverbrechen, dessen der Verf. vom §. 569. bis zum §. 596. erwähnt. Es ist nicht zu läugnen, daß der Verf. dies Verbrechen ziemlich vollständig abgehandelt habe; allein wir müssen dessenungeachtet doch gestehn, daß uns einestheils die Darstellung selber im ganzen ziemlich chaotisch vorgekommen ist, anderntheils aber auch der Verf. uns keine richtige Idee von diesem Verbrechen zu haben scheint, indem er es viel zu weit ausdehnt.

Einen bestimmten und vollständigen Begriff von diesem Verbrechen, so nöthig dies doch überhaupt seyn möchte, hat der Verf. uns nicht
ange-

angegeben. Mit Mühe muß man aus dem gesammten Inhalte aller der angeführten §§. sich zu entwickeln suchen, was der Verf. sich unter Münzverbrechen gedacht haben will; und hiedurch kommt es unstreitig, daß die Darstellung dieses Verbrechens einem nicht klar und in die Augen springend erscheint.

Daß der Verf. den Begriff dieses Verbrechens viel zu weit ausgedehnt habe, ergiebt sich unter andern daraus, daß er im §. 576. ausdrücklich sagt, daß auch durch Fälschung des *Papiergeldes*, welches im Namen des Staates ausgegeben wird, das Verbrechen der Falschmünzerey begangen werde.

Wir können hierin dem Verf. nicht beystimmen, eben so wenig wie wir es würden als ein Verbrechen der Falschmünzerey ansehen, wenn jemand Schaumünzen widerrechtlich ausprägt. Münzverbrechen ist ein Verbrechen an *Münzen*. Münze aber ist nichts anders als eine Art des Geldes, und besteht in einem Stücke Metall, welches, um als allgemeines Tauschmittel zu gelten, vom Staate *ausgeprägt* worden ist. Da sich der Staat dies Recht, Münzen auszuprägen, ausschließlich vorbehalten hat, da er es verboten hat, wider seine Erlaubniß

Mün-

Münzen als allgemeines Tauschmittel zu schlagen, da es ihm ferner nicht gleichgültig seyn kann, ob denjenigen Münzen, welchen er als Tauschmittel einen bestimmten Werth beygelegt hat, durch eigenmächtige Verderbung oder Veränderung eines jeden, der Lust dazu hat, eine Verringerung oder Erhöhung des vom Staate bestimmten Werthes gegeben werde; so liegt hierin zugleich im allgemeinen der Grund, warum es ein Münzverbrechen geben könne.

Der von uns angegebene Begriff von dem Worte Münze kann uns zugleich einzig und allein den richtigen Begriff von einem *Münzverbrechen* liefern. Letzteres besteht in nichts anderm, als in *einer widerrechtlichen Verfertigung neuer, oder Verderbung schon vorhandener Münzen.*

Hiedurch ist der Begriff dieses Verbrechens geschlossen. Noch etwas mehr in diesem Begriff aufnehmen, und Verfälschung von Bankzetteln, oder unerlaubte Ausprägung von Medaillen, u. s. w. mit zu dem Münzverbrechen rechnen zu wollen, würde dasselbe zu weit ausdehnen heißen, es würde unrichtig seyn, weil es dem Sprachgebrauche zuwider liefe. Wer das vom Staate authorisirte Papiergeld verdirbt, begeht zwar eben so gut ein Verbrechen der

Fälschung, als wer die Münze des Staates umprägt, und so können diese beyden Verbrechen demnach in andrer Hinsicht in ein allgemeineres Verbrechen zusammenfallen; allein deshalb müssen sie nicht unter sich vermischt werden, denn das eine ist allenfalls *Papierfälschung*, das andre hingegen *Münzfälschung*.

Aus dem von uns aufgestellten Begriff eines Münzverbrechens ergibt sich endlich auch noch, daß derjenige, welcher schlechte und verbotene Münzen ins Land bringt, und darin zu verbreiten sucht, zwar als Betrüger strafwürdig handelt, das Verbrechen der Münzfälschung jedoch von einem solchen nicht begangen werde.

Wenn Herr *Kleinschrod* übrigens im §. 580. annimmt, daß zum vollen Begriff des Münzverbrechens erfordert werde, daß der Verbrecher die falschen oder verfälschten Münzen selber ausgegeben habe, oder wissentlich habe ausgegeben lassen; so können wir dem Verf. hierin nicht beystimmen. Nach unsrer jetzigen Ansicht dieses Verbrechens glauben wir vielmehr, daß es zum vollen Begriff dieses Verbrechens auf das wirkliche *Ausgeben* gar nicht ankommen. Das widerrechtliche dieses Verbrechens besteht darin, daß jemand das Münzregal des

Staa-

Staates verletzt; diese Verletzung ist aber existent, sobald jemand auf dolose Art und ohne die Erlaubniß des Staates Münzen prägt oder verdirbt. Das Ausgeben kann der Zweck seyn, warum jemand ein Münzverbrechen begeht; aber nicht durch dies Ausgeben kann das Münzregal verletzt werden, sondern durch das widerrechtliche Prägen oder Verderben. Sollte das Ausgeben hier vorzüglich mit in Betrachtung kommen müssen, so könnte man mit eben dem Rechte annehmen, daß derjenige, welcher einen Beutel mit Geld stiehlt, in der Absicht um sich dafür ein Haus zu kaufen, dessen Diebstahl aber entdeckt wird, ehe er seinen Zweck realisiren konnte; daß dieser eigentlich nur einen versuchten Diebstahl begangen habe. So wenig aber wie jemand annehmen wird, daß der Hauskauf zur Begründung des Diebstahls hier in Anschlag komme; eben so wenig vermögen wir es einzusehn, daß das Ausgeben der Münzen zur Existenz der Verletzung des Münzregals nothwendig sey.

Wir halten uns ferner aber auch überzeugt, daß, wenn manden Begriff vom Münzverbrechen mit strenger Consequenz im Auge behält, alsdann derjenige, welcher die von einem andern

dem verfertigten oder verdorbenen Münzen ausgiebt, nicht selber mit dem Namen eines Münzverbrechers belegt werden dürfe. Er kann Beförderer oder Begünstiger bey diesem Verbrechen werden; aber Münzverbrecher selber ist er nicht, weil durch seine Handlung nicht unmittelbar das Münzregal des Staates verletzt wird.

Wir haben schon vorhin geäußert, daß wir die vom Verf. festgesetzte Strafe im Ganzen genommen diesem Verbrechen angemessen finden. Vorzüglich hat uns hiebey die Idee gefallen, den Verbrecher im Arbeits- haufe, den durch die falschen Münzen gestifteten Schaden wieder abverdienen zu lassen.

Zwey §§. des Verf. sind uns aufgefallen, weil sie unmöglich so, wie sie da stehn, ihre Richtigkeit haben können. Nachdem nämlich Herr *Kleinschrod* im §. 569. gesagt hat, daß wenn jemand falsche Münzen geschlagen habe, jetzt vor allem durch Kunstverständige untersucht werden solle, wie viel die falschen Münzen an Schrot und Korn weniger werth seyen, als die rechtmäßigen Münzen gleicher Art: so fährt er jetzt im §. 570. fort: „wenn durch
K diese

diese Berechnung eine Summe unter 50 Gulden herauskommt, soll der falsche Münzer auf so lange ins Arbeitshaus bey schwerer Arbeit gebracht werden, bis er durch seine Arbeit dreymal so viel abverdient hat, als diese Summe beträgt“. Im §. 571. heisst es hierauf: „wenn aber die nach dem §. 569. zu berechnende Summe 50 Gulden und darüber ausmacht, so soll der falsche Münzer im Zuchthause bey schwerer Arbeit so lange verbleiben, wie es im vorigen §. verordnet ist“. Wir haben diese beyden §§. gelesen, gelesen und wieder gelesen, wir konnten aber kein andres Resultat herausbringen, als dieses: der Verbrecher soll so lange im Arbeitshause bey schwerer Arbeit bleiben, bis er dreymal so viel durch seine Arbeit abverdient hat, als der Werth beträgt, den seine falschen Münzen geringer haben, als rechtmässige. Um uns dies aber zu sagen, bedurfte es weder zweyer §§., noch der ausdrücklichen Bestimmung einer Summe unter 50 und über 50 Gulden.

Vom §. 599. bis zum §. 616. handelt unser Verf. vom Wilddiebstahl und dessen Bestrafung. Da Herr *Kleinschrod* über dies Verbrechen zwey eigne, vortrefliche Abhandlungen geschrieben hat;

hat; so läßt sich schon voraus mit Recht annehmen, daß der Verf. auch hier uns nichts mitelmäßiges liefern werde. Und so verhält es sich auch in der That. Nur scheint uns die alte Idee des Verf., daß der Wilddiebstahl kein eigentlicher Diebstahl sey, welche wir auch hier wieder, wie es uns wenigstens vorkommt, herrschend finden, irrig zu seyn. und eben deshalb können wir auch dem Verf. nicht beystimmen, wenn er vermöge des §. 603. und §. 604. annimmt, daß dem Verbrecher und jedem dritten *unredlichen* Besitzer das erlegte Wild weggenommen, und demjenigen wiedergegeben werden solle, dessen Jagdrecht verletzt ward. Wenn sich das Wild in den Händen eines *redlichen* Besitzers befinde, so soll der Dieb nebst der Strafe noch den einfachen Werth des Wildes als Entschädigung leisten. Als Folge seiner Behauptung, daß der Wilddiebstahl kein eigentlicher Diebstahl sey, glaubt unser Verf. diese Sätze aufstellen, und demnach annehmen zu können, daß derjenige, dessen Jagdrecht verletzt worden sey, nicht die Befugniß habe, das gestohlene Wild von einem dritten redlichen Besitzer zurückzufordern. Uns scheint dies, wie gesagt, irrig; denn der Wilddieb hatte

natürlicherweise kein Recht, sich das Wild zuzueignen, ebendeshalb kann er nie Eigenthümer von dem Thiere werden, und also auch auf Andre das Wild nicht als Eigenthümer übertragen. Wir sehen daher nicht ab, warum der Jagdherr nicht befugt seyn sollte, das ihm entwendete Wild von *jedem* Besitzer zurückzufodern.

Die beyden letzten §§. dieses Kapitels beziehen sich auf die Vergehungen gegen die Stempelpapiergesetze. Da der Verf. zur Beurtheilung dieser Vergehungen auf die besondern Verordnungen deshalb verweist; so können wir hier nichts darüber zu sagen finden.

Siebentes Kapitel.

Von dem Verbrechen der Diener des Staats.

Vom §. 620. bis zum §. 634. spricht unser Verf. in diesem Kapitel: von der unrechtmässigen Anmahlung eines Amtes, von der Erschleichung eines Staatsdienstes, von der unrechtmässigen Besetzung eines Amtes, ferner von der Strafe des Versuchs der Amtsererschleichung, und endlich von der Strafe der Vergehungen der Vorgesetzten bey Besetzung der Staatsdienste. Vom §. 635. bis zum §. 647. liefert uns der Verf. hierauf allgemeine Gesetze über Verbrechen der Staatsdiener, und hierauf handelt er vom §. 648. an, bis zu Ende dieses Kapitels, vom Mißbrauch des Staatsdienstes durch Erpressungen und Gewaltthätigkeiten; ferner vom unrechtmässigen Geschenknehmen, von der Offenbarung der Amtsgeheimnisse, von

Ver-

Verbrechen der Vorgesetzten, von Vergehungen gegen die Subordination, von Mißhandlung der Unterbedienten, vom Verbrechen der verletzten Majestät, von der Bestechung der Gerichtsbedienten, von Verbrechen der Justizbedienten aus Leidenschaft, von der Ueberschreitung der gehörigen Taxen und Sporteln, von eigenmächtiger Behandlung der gerichtlichen Depositen, ferner von den Vergehungen der Richter bey Verwaltung der peinlichen Justiz, von der Verfälschung der gerichtlichen Acten, von der unbefugten Rathsertheilung in gerichtlichen Sachen, von der unbefugten Uebernehmung gerichtlicher Forderungen, von der Untreue der Advocaten und Procuratoren, von der Unterschlagung anvertrauter öffentlicher Gelder, von andern Vergehungen der Finanzbeamten, von Verbrechen des Militairs, von den Amtsvergehungen der Geistlichkeit, und endlich von den Vergehungen derjenigen, die zwar keine Staatsdiener, aber doch dem Staate besonders verpflichtet sind.

Dies sind die Vergehungen, welche unser Verf. in diesem Kapitel abhandelt, und die, wie sich aus der gegebenen Uebersicht ergiebt, ziemlich bunt durch einander geworfen sind.

Im

Im übrigen hat der Verf. die einzelnen Vergehen und ihre Bestrafung durchgehends mit Zweckmäßigkeit dargestellt; wir werden uns deshalb nur bey einigen §§. deren Inhalt uns aufgefallen ist, einige Bemerkungen erlauben.

Gleich der erste §. dieses Kapitels dünkt uns unvollständig zu seyn. Der Verf. redet nämlich bloß davon, daß derjenige, welcher sich ein öffentliches Amt anmaßt, für allen Schaden haften solle, welcher durch diese Anmaßung dem Staate oder einem Dritten verursacht werden könne. Dies ist allerdings nicht mehr als billig; aber soll denn ein solcher Mensch nicht noch obendrein bestraft werden, oder soll er wohl gar das Amt, welches er sich unrechtmäßig anmaßte, behalten? Nach unsrer Ueberzeugung müßte hier allerdings Entsetzung vom Amte und Strafe statt finden; der Verf. sagt uns aber hierüber nichts. —

Gewundert hat es uns, wie Herr *Kleinschrod*, der sonst im Durchschnitt so sehr die Gelindigkeit liebt, im §. 623. sagen kann, daß derjenige, welcher durch Betrug oder Gewaltthätigkeit einen Staatsdienst erschlichen hat, in Zukunft zu allen Staatsdiensten unfähig seyn solle. Wir finden dies in der That doch

etwas

etwas zu hart; auch sehen wir nicht ab, worin der Grund zu dieser Verordnung liegen soll. Dafs er in dem Betruge oder der Gewaltthätigkeit enthalten seyn solle, dies kann der Verf. nicht wollen; denn er sagt ja ausdrücklich im §. 629., dafs wenn jemand es zwar gewagt habe, durch Bestechung, Gewalt oder Betrug einen Staatsdienst zu erhalten, denselben aber noch nicht bekommen habe; so solle ein solcher nur *auf einige Zeit* bey Besetzung der Staatsdienste zurückgesetzt werden. Wie gesagt also, der Betrug und die Gewalt können nicht den Grund zu jener Verordnung im §. 623. abgeben sollen; jetzt müssen wir aber auch gestehn, dafs wir nun um so weniger einsehn, warum der Verf. von einer lebenslänglichen Unfähigkeit zu allen Staatsdiensten spricht. —

Die allgemeinen Gesetze, welche unser Verf. im §. 635. und folg. giebt, sind recht gut; nur scheint uns zu vieler Gebrauch von den Geldstrafen gemacht worden zu seyn. Es ist freylich nicht zu läugnen, wie schwierig es sey, bey solchen Vergehungen, von denen hier die Rede ist, stets eine zweckmäfsige Strafe aufzufinden, d. h. eine Strafe, durch welche der zu Bestrafende nicht mehr leide, als er verdient

verdient hat; allein zuweilen möchte diese Zweckmäßigkeit hier doch eher erreicht werden, wenn statt Geldstrafe zeitige Gefängnißstrafe festgesetzt worden wäre, oder wenn doch wenigstens bey der Geldstrafe die Einrichtung getroffen würde, daß sie nicht auf einmal, sondern nach und nach und in verschiedenen Perioden bezahlt werden müßte. Denn wie nun, wenn der Fall eintritt, und wie oft kann und wird dies nicht geschehen, daß der Verbrecher von dem Einkommen seines Amtes bloß und allein leben muß, daß er weiter kein eignes Vermögen besitzt? Wovon soll ein solcher sich und seine Familie ernähren, wenn ihm wegen eines Vergehens seine Befoldung auf ein halbes oder gar auf ein ganzes Jahr entzogen wird, und er diese Zeit über umfonst arbeiten muß? Soll ein solcher nicht dem Staate zur Last fallen, so muß hier nothwendig die Einrichtung getroffen werden daß man ihm, allenfalls vierteljährlich, eine gewisse Summe von seinem Gehalte abziehe, bis das ganze Strafquantum entrichtet ist. Hiedurch wird der Verbrecher nicht in Gefahr gebracht, zu verhungern, sondern er sieht sich bloß genöthigt, sich einzuschränken, und dies wird für viele schon Strafe genug seyn. —

Im

Im §. 666. sagt der Verf., daß Staatsdiener, welche sich eines Verbrechens der verletzten Majestät auch nur im mittlern Grade schuldig gemacht haben, nebst der Strafe dieses Verbrechens auch noch *von ihrem Amte entsetzt und zu allen ferneren Staatsdiensten unfähig werden sollen.* Dies finden wir in der That ungerecht. Jeder Bürger hat eine gleiche Verpflichtung, die höchste Ehre und Würde seines Staates zu respektiren und heilig zu halten, und darum können wir nicht absehn, warum derjenige, welcher diese höchste Ehre des Staates angreift, alsdann, wenn er ein Amt bekleidet, noch außer der eigentlichen Strafe so vorzüglich hart bestraft, und nicht nur seines Amtes entsetzt, sondern auch niemals wieder für fähig zu einer Stelle gehalten werden solle. —

Bey der Lehre von der Unterschlagung des öffentlichen anvertrauten Vermögens, welche der Verf. im übrigen sehr zweckmäfsig im §. 708. und folgend. abhandelt, hätten wir gewünscht, daß es überhaupt streng verboten worden, wider Wissen und Willen des Staats irgend einen Gebrauch von den anvertrauten Geldern zu machen, wenn hiebey auch gleich nichts weniger, als die Absicht einer Unterschlagung statt finde.

finde. Es ist bekannt genug, daß sehr häufig solche Personen, denen öffentliche Gelder anvertraut sind, sich allerhand kaufmännische Vortheile durch Benutzung dieser Gelder zu verschaffen suchen, daß sie Wechsel damit aufkaufen, es auf kurze Zeit gegen Zinsen ausleihen, und was dergl. mehr ist. Es ist aber auch ebenso bekannt, wie oft schon grade hiedurch Kassendefecte entstanden seyen, indem theils durch Betrug, theils durch Unglück von Seiten Anderer, der Ausleiher das Geld nicht wieder erhielt, und daher nicht im Stande war, zur Zeit da er Rechnung ablegen sollte, seine Kasse vollzählich zu machen. Eben daher ist es, um Kassendefecte zu verhüten, wie gesagt, eine sehr weise Verordnung, wenn der Staat überhaupt jeden Gebrauch von öffentlichen, anvertrauten Geldern unterläßt. —

Zweyter Abschnitt.

Von Privatverbrechen.

Erstes Kapitel.

Von Verbrechen, die mit gemeiner Gefahr verbunden sind.

Der Verf. handelt in diesem Kapitel vom §. 742, bis zum §. 788. das Verbrechen der Brandstiftung ab; hierauf beschäftigt er sich bis zum §. 797. mit dem Verbrechen einer vorsätzlichen Ueberschwemmung; und endlich in den beyden letzten §§. dieses Kapitels mit der vorsätzlichen Beschädigung von Gebäuden, Wegen oder Brücken.

Im §. 742. sagt unser Verf., das Verbrechen der Brandstiftung begehe jener, welcher mit böslichem Vorfatze oder aus Fahrlässigkeit einen gefährlichen Brand erregt. Wir sehen nicht ab, warum der Verf. hier den Zusatz: mit böslichem

lichem

lichem Vorfatze oder aus Fahrlässigkeit, gebraucht hat, da dies nicht mit zum Begriff des Verbrechens wesentlich nothwendig ist. Der Dolus oder die Culpa zeigen nur die Art an, wie dies Verbrechen subjectiv begangen werden könne. Wir würden deshalb lieber gesagt haben: *Brandstiftung bestehe in der Anzündung einer Sache, durch deren Brennen Gefahr für das Leben und Eigenthum andrer Menschen erzeugt werde.*

Wir billigen es übrigens recht sehr, daß Herr Kleinschrod einen Unterschied zwischen bloßer Brandstiftung und Mordbrand macht, ein Unterschied, welchen unsre Kriminalisten auch schon bey unserm gemeinen Kriminalrechte annehmen, obgleich unsre Karolina denselben nicht berücksichtigt. Nur hätten wir gewünscht, daß der Verf. statt *Mordbrand*, *qualificirte Brandstiftung* gesagt hätte. Es heißt das Wort Mordbrand in einem Sinne nehmen, der wider die Sprache ist, wenn man darunter nicht bloß einen Brand, der in der Absicht, um dadurch zu morden, geschehn ist, (und dies kann nur das Wort Mordbrand, wie seine Zusammensetzung zeigt, bedeuten) verstehn will; sondern auch jeden Brand, der in
der

der Absicht um zu stehlen, oder ein andres schweres Verbrechen zu begehn, damit bezeichnen will. Uns würde die Brandstiftung *einfach* seyn, wenn die Absicht des Verbrechers bloß darauf hinausginge einen Brand zu erregen; *qualificirt* hingegen, wenn entweder die Absicht des Verbrechers zunächst auf Vollbringung eines andern Verbrechens gerichtet war, wenn ihm daher die Brandstiftung nur Mittel seyn sollte, durch welches er ein andres Verbrechen glaubte am leichtesten realisiren zu können; oder wenn der Verbrecher zugleich eine Brandstiftung und ein andres Verbrechen bezwecken wollte, wenn ihm jene nicht Mittel zum Zwecke seyn sollte, sondern vielmehr beyde Verbrechen Zwecke an sich.

Wenn der Verf. übrigens im §. 744. sagt, daß es bey dem Mordbrande nicht darauf ankomme, ob das Verbrechen, wohin des Mordbrenners Absicht ging, wirklich verübt ward, oder nicht; so können wir hierin dem Verf. nicht beystimmen. Hatte der Verbrecher die Absicht, durch Anzündung eines Hauses den Bewohner desselben zu tödten; so ist nach unserer Ueberzeugung das Verbrechen erst dann als vollbracht zu betrachten, wenn der Mordbren-

ner

her seinen Zweck erreichte. Ward hingegen der Bewohner nicht durch den Brand getödtet, so ist das Verbrechen nur ein verfluchtes, und eben deshalb muß in Rücksicht der Strafbarkeit des Verbrechens allerdings in Betrachtung kommen, ob der qualificirte Brenner seine Absicht erreichte, oder nicht. *)

Was unser Verf. im übrigen in Hinsicht dieses Verbrechens sagt, z. B. von der Vollendung des Brandes, von dem Gegenstande dieses Verbrechens, und dergl. mehr stimmt, im Ganzen genommen zu sehr mit unsrer Ansicht von diesem

*) Freylich, wenn man mit unfrem verdienstvollen Stübel (man sehe dessen Programm: *de perversa interpretatione legum criminalium in constituendo quorundam delictorum corpore*, Lipsiae 1798) annehmen will, daß nicht sowohl die äußere That, als vielmehr die gesetzwidrige Stimmung des Verbrechers in Betrachtung gezogen werden müsse; so hat man ganz Recht, gleichfalls mit diesem Verf. zu behaupten, daß nicht bloß der als wirklicher Todtschläger zu betrachten sey, welcher dem Andern eine absolute Wunde beybrachte; sondern auch derjenige, welcher die Absicht zu tödten hatte, wenn er gleich dieselbe nicht erreichte, sondern nur bloß verwundete. Wenn man freylich auf solche Art unfre Richter zu Gewissensrichtern machen will; so ist gegen Stübel nichts einzuwenden.

sem Verbrechen überein; als daß wir darüber Erinnerungen von Erheblichkeit zu machen wüßten. Nur in Ansehung der Bestrafung dieses Verbrechens können wir dem Verf. nicht beystimmen. Einestheils finden wir die Strafe des vorsätzlichen Brandes zu leicht, anderntheils scheint uns aber auch, als wenn der Verf. sich eine grobe Inconsequenz habe zu Schulden kommen lassen. Herr *Kleinschrod* will nämlich den einfachen Brand in der Regel mit zehn bis funfzehnjährigem Zuchthausstrafe bey schwerer Arbeit bestraft wissen; wenn aber das Verbrechen nur an einem einsam stehenden, jedoch bewohnten Hause begangen ward, und keine nahe allgemeine Gefahr vorhanden war, so soll nur die Hälfte dieser Strafe statt finden. Gegen Mordbrenner hingegen soll die Strafe, wie es im §. 760. heißt, in den genannten Fällen verdoppelt werden. Da nun unser Verf. in der Folge selber in Hinsicht des Mordbrandes von einem entfernten, nähern und nächsten Versuch spricht, und im letzteren Falle, vorausgesetzt noch dazu, daß die Gefahr sehr nahe war, nur eine Strafe von 6. bis 8. Jahren Zuchthaus bey leichter Arbeit angewendet wissen will; so können wir hieraus nicht anders schliessen, als daß der Verf.

im

im §. 760. von dem vollbrachten Mordbrande rede. Wenn also nun demnach der Verbrecher ein einsam stehendes, aber bewohntes Haus in der Absicht anzündet, um den Bewohner desselben durch den Brand zu tödten, und diese seine Absicht wirklich erreicht; so müßte derselbe nach den Verordnungen des Verf. deshalb ohngefähr mit funfzehnjähriger Zuchthausstrafe, oder wenn das Verbrechen bey Nachtzeit ist begangen worden, vermöge des §. 761., mit zwanzigjähriger Zuchthausstrafe allenfalls bestraft werden. Nun sagt aber unser Verf. im Kapitel vom Todschlage, daß jeder Todschläger in der Regel mit Ausstellen an dem Pranger und ewiger Zuchthausstrafe bey schwerer Arbeit bestraft werden solle. Und hier, wo ein Mord durch Brandstiftung vorhanden ist, wo außerdem noch ein Schaden am Eigenthum bewirkt worden ist, hier soll doch nur funfzehn- bis zwanzigjährige Zuchthausstrafe zugefügt werden?! Haben wir unsern Verf. in demjenigen was er im §. 756. und folg. in Hinsicht der Strafe der Brandstiftung sagt, anders richtig verstanden; so herrscht hier offenbar die größte Inconsequenz! —

Was der Verf. im §. 739. und folg. von dem Verbrechen vorsätzlicher Ueberschwemmung sagt, ist recht gut, und wir finden nichts erhebliches zu erinnern. Nur das ist uns aufgefallen, daß Herr *Meinschrod* bey diesem Verbrechen nur eine Strafe von zwölf bis achtzehn Jahren Zuchthaus bey schwerer Arbeit will zugefügt wissen, wenn durch die absichtliche Ueberschwemmung eine große Gefahr für ganze Städte, Dörfer, oder Flecken (mithin doch auch wohl für Menschen) bewirkt ward. Wir fragen den Verf. hiebey, warum er in Ansehung dieses Verbrechens, das doch im übrigen ganz vorzüglich mit der Brandstiftung verglichen werden kann, gelindere Grundsätze aufstellt, als bey dem letzten Verbrechen? Der Brandstifter soll (§. 757.) mit Zuchthausstrafe auf Lebenszeit bestraft werden, wenn eine nahe allgemeine Gefahr für Leben und Eigenthum vorhanden war; paßt dies aber nicht ganz hieher bey dem Verbrechen der Ueberschwemmung? Und warum daher hier eine geringere Strafe, als dort?

In den beyden letzten §§. dieses Kapitels redet unser Verf. von der vorsätzlichen Beschädigung von Gebäuden, Wegen oder Brücken. Wenn Vieh und Gut der Einwohner oder Reisenden

senden dadurch in Gefahr gesetzt wird; so soll einfaches Gefängniß von sechs Monaten, bis auf ein Jahr statt haben. Ging die Absicht des Verbrechers dahin, Jemanden am Leibe zu beschädigen, so soll die nämliche Dauer der Strafe, jedoch im Arbeitshause bey leichter Arbeit, statt finden. Schon an und für sich scheint uns diese Strafe zu geringe, und wie oft kann nicht der Fall eintreten, wo dieselbe wegen der großen Gefahr, die selber lebensgefährlich werden kann, viel zu wenig mit der begangenen Verletzung im Verhältniß stehen würde.

Zweytes und Drittes Kapitel.

Vom Todschlage und vom Morde.

Wir verbinden diese beyden Kapitel und ihre Beurtheilung deshalb hier miteinander, um so desto besser in Einer Uebersicht unsre Ansicht von diesen Verbrechen geben zu können. Zuvor aber müssen wir es uns erlauben, einen kurzen detaillirten Inhalt von demjenigen zu liefern, was unser Verf. in diesen Kapiteln aufgestellt hat, um so desto besser zeigen zu können, in wie weit wir Herrn *Kleinschrod* glauben beystimmen, oder von ihm abweichen zu müssen.

Nachdem der würdige Verf. im §. 800 den Begriff des Todschlags festsetzt, und darunter jede unrechtmäßige Handlung oder Unterlassung verstanden haben will, welche die nothwendige Ursache des Todes eines Menschen in
sich

sich enthält: so geht er jetzt in den folgenden §§. die Erfordernisse zu diesem Verbrechen durch. Zu diesen Erfordernissen rechnet unser Verf. zu-
 förderst eine solche dolose, oder fahrlässige Handlung oder Unterlassung, durch welche einem Menschen, ohne dafs der Thäter dazu berechtigt war, das Leben entzogen wird. Object dieses Verbrechens kann, wie unser Verf. hierauf weiter fortfährt, (§. 807. 808.) jeder lebende Mensch ohne Unterschied seyn; auch kommt es nicht darauf an, ob derselbe krank, oder gesund sey. In Rücksicht der Ausführung des Todschlags sey es gleichgültig, durch welche Handlung oder Unterlassung die unrechtmässige Tödtung bewirkt war, ob durch Waffen, durch Gift, durch falsches Zeugniß, falsches Urtheil, und dergl. mehr. Dafs die Handlung unrechtmässig seyn müsse, hatte der Verf. schon im §. 801. gesagt, es war also unnöthig es hier §. 811. ausdrücklich zu wiederholen. Eine nähere Bestimmung des Unrechtmässigen war hinreichend.

Im §. 817. und 818. redet der Verf. hierauf vom Versuch dieses Verbrechens. Sehr richtig ist es, wenn Herr *Kleinschrod* dasselbe stets als ein versuchtes ansieht, wenn die Tödtung
 nicht

nicht erfolgt ist. Die folgenden §§. bestimmen die Strafe des Todschlags, und zwar sowohl des vollbrachten, als auch des versuchten, und des fahrlässigen Todschlags. Die letzten §§. dieses Kapitels beschäftigen sich endlich mit dem Todschlage, der von Mehreren ohne Verschwörung ist begangen worden, und dessen Bestrafung.

Hierauf geht der Verf. im dritten Kapitel zu der Lehre von dem Verbrechen des Mordes über. Jene Todschläge sollen als Mord betrachtet werden, welche mit böslichem Vorfatze begangen worden sind, und zu einer der folgenden Arten gehören (§. 851.) Diese folgenden Arten sind nun nach dem Verf., Meuchelmord und Raubmord, ferner gedungener Mord, Elternmord, Kindermord überhaupt und insbesondere. Sehr ausführlich beschäftigt sich der Verf. vom §. 883 bis zum §. 939. mit Inbegriff des Verbrechens der Aussetzung der Kinder, mit diesem Verbrechen. Ferner rechnet der Verf. zu den Arten des Mordes noch die Vergiftung, wobey der Verf. im §. 947. und folg. auch die sogenannten Liebestränke berücksichtigt, und sogar im §. 950. und 951. von der Verbreitung der *Viehseuche* spricht. Den Beschluß dieses Kapitels macht endlich einiges über den Selbstmord.

Dies ist in groben Umrissen der Inhalt dieser beyden Kapitel. In den einzelnen Lehren und ihrer Ausführung stimmen wir mehrentheils mit Herrn *Kleinschrod* überein, doch finden wir auch hier hin und wieder einige Erinnerungen nöthig. Zuvor erlauben wir uns jedoch über die Darstellung der Lehre vom Todschlage und Morde im allgemeinen ein Wort.

Um diese beyden Verbrechen überhaupt mit mehr Klarheit und Richtigkeit, und daher zweckmäßiger, auseinander setzen zu können, würden wir folgenden Gang genommen haben. Wir würden nämlich, wie dies denn auch im ganzen genommen in einigen unsrer besten Lehrbücher des Kriminalrechts bey der Aufstellung der Grundsätze dieser Verbrechen nach dem gemeinen Rechte schon geschehn ist, zuörderst im allgemeinen von dem Verbrechen der *Tödtung*, oder dem Verbrechen wider das Leben eines Menschen geredet haben. In diesem Verbrechen sind zwey andre Verbrechen enthalten, nämlich das Verbrechen des *einfachen Todschlages*, des Todschlags schlecht hin, und das Verbrechen des *qualificirten Todschlags*, und des *Mordes* überhaupt. Das Verbrechen der Tödtung besteht in einer rechtswidrigen Handlung oder Unterlassung, welche die

noth.

wendige Ursache von dem Tode dieses Menschen ist. Dies ist der Begriff dieses Verbrechens, und derselbe muß auch in dem Begriff vom Todschlage und vom Morde nothwendig enthalten seyn, nur daß er bey beyden Verbrechen noch mit anderweitigen Bestimmungen verbunden ist, welche das Wesentliche eines jeden dieser Verbrechen und ihren Unterschied von einander enthalten.

So, nach Feststellung des Begriffs von dem Verbrechen der Tödtung überhaupt, würden wir die einzelnen Erfordernisse desselben, als allgemeine Bedingungen, welche sowohl beym überhaupt Todschlage, als beym Morde, und hier sowohl beym einfachen als qualificirten Mord, wesentlich nothwendig sind, näher bestimmen. Der Verf. hat im ganzen genommen diese Erfordernisse richtig angegeben, und wir würden ebenfalls, wie er, eine *rechtswidrige* Handlung oder Unterlassung, weil sonst auch Tödtung aus Nothwehr hierher hören würde, dahin rechnen. Ferner als Object dieses Verbrechens einen lebenden Menschen, und endlich auch noch wirkliche Beraubung des Lebens durch die Handlung oder Unterlassung.

Böslichen Voratz oder Fahrlässigkeit würden wir nicht wie unser Verf. (§. 801) zu den *Erfordernissen* des Verbrechens der Tödtung rechnen. Denn jedes Verbrechen kann überhaupt ja nur dolos oder culpos begangen werden, mithin kann von Dolus oder Culpa nur in Rücksicht der Art der Willensbestimmung des Subjects die Rede seyn. Zu den *Erfordernissen* eines Verbrechens kann der Dolus oder die Fahrlässigkeit nur dann gezählt werden, wenn das Gesetz ausdrücklich bei einem Verbrechen zum Thatbestande desselben Dolus oder Culpa erfordert. Verlangt das Gesetz Dolus, so kann dasselbe Verbrechen gar nicht culpose begangen werden; spricht hingegen das Gesetz nur von einem culposen Verbrechen, so kann bey diesem Verbrechen gar nicht von Dolus die Rede seyn, indem da, wo letzterer statt fände, jenes culpose Verbrechen nicht mehr, sondern ein anderes vorhanden wäre.

Wir finden es daher zwar unrichtig, wenn der Verf. Dolus oder Culpa zu den *Erfordernissen* des Verbrechens der Tödtung, oder des Todschlags nach dem Verf., rechnet; dessen ungeachtet verlangen wir aber doch, daß Dolus und Culpa, als die beyden Arten der subjectiven

jectiven Bestimmung, im allgemeinen bey dem Verbrechen der Tödtung berücksichtigt werden, denn grade bey keinem andern Verbrechen kommen die verschiedenen Arten des Dolus und der Culpa, des bestimmten und des unbestimmten Vorsatzes, der reinen und der durch Dolus determinirten Fahrlässigkeit so sehr in Betrachtung. Was unser Verf. deshalb sagt, ist zu wenig, als dafs es genügen könnte. So z. B. hätten wir es gerne gesehen, wenn Herr *Kleinschrod* etwas über die grössere oder geringere Präsumtion für den Dolus, in soferne man dieselbe aus der Art der Instrumente bey der Tödtung abnehmen könne, gesagt hätte. Schon das römische Recht giebt uns hierüber Winke, und hätte daher den Verf. leicht dahin bringen sollen, auch für seinen Entwurf diese Wichtigkeit nicht ausser Acht zu lassen. Man sehe übrigens deshalb nur die L. 1. §. 3. D. ad L. Corn. de sicar.

Nach dieser Darstellung des Verbrechens der Tödtung überhaupt, welche wir hier freylich nur in den gröbsten Umrissen geben konnten, würden wir jetzt zu dem Verbrechen des *Todtschlags* als eine besondere Art des Verbrechens der Tödtung übergehn. Dieser besteht

in

in einem, im Zustande des Affects entstandenen und ausgeführten Entschlusse zur Tödtung. Das Charakteristische des Todtschlags ist demnach, daß der Verbrecher nicht mit kalter, feindseliger Ueberlegung, sondern vielmehr im Zustande des Affects den Entschluß zur Tödtung faßte, und auch in diesem Zustande ausführte. Doch versteht sich hiebey allerdings von selbst, daß dieser Zustand des Affects ein solcher gewesen seyn müsse, welcher die Zurechnung nicht ausschließt; denn im Gegentheile kann gar nicht von einem Todtschlag als *Verbrechen* die Rede seyn.

Der Todtschlag theilt sich in den *einfachen* und *qualificirten*; letzterer ist vorhanden, wenn die Tödtung an einem Menschen geschah, mit dem der Verbrecher in besondern Verhältnissen stand, wie z. B. das der Eltern und Kinder zu einander. Daß manche Kriminalisten statt dessen hier gerade zu von einem *qualificirten Morde* reden, dünkt uns falsch. Geschah die Tödtung *im Affekt*, so kann von keinem Morde die Rede seyn. —

Eine zweyte besondre Hauptart des Verbrechens der Tödtung ist der *Mord*. Dieser besteht *in einer mit Ueberlegung vorgenommenen*

nen oder ausgeführten Tödtung. Das Charakteristische des Verbrechens des Mordes ist demnach, daß sich der Verbrecher mit Ueberlegung zu der Tödtung entschloß, oder doch wenigstens letztere im Zustande der Ueberlegung ausführte. Welches die Triebfedern zu diesem Verbrechen seyen, ob Haß, Neid, Gewinn-sucht, oder Feindschaft, ist gleichgültig. Geschieht das Verbrechen an einer Person, mit der der Thäter in besondern nähern Verhältnissen stand; so wird hiedurch ein *qualificirter Mord* begründet.

Theils die Art der Ausführung des Verbrechens, theils die Absicht welche der Verbrecher durch seine That erreichen wollte, begründen mehrere einzelne Arten des Mordes überhaupt, sowohl des einfachen als des qualificirten. Daher die Lehre vom *Raubmord*, vom *Meuchelmord*, vom *Giftmord*, *Banditenmord*. —

Wir halten uns für überzeugt, daß, wenn unser Verf. seine beyden Kapitel nach dieser Skizze dargestellt und bearbeitet hätte, alsdann unstreitig das Ganze eine weit systematischere Vollendung würde erhalten, und an Deutlichkeit und Bestimmtheit zu genommen haben.

Statt

Statt dessen aber fängt unser Verf. mit der Lehre vom Todtschlage an, worunter er, soviel wir aus dem Ganzen abnehmen können, das Verbrechen der Tödtung überhaupt zu verstehen scheint. Ohne hiebey die Verwechslung von Todtschlag und Tödtung rügen zu wollen, ergiebt sich aber aus der Darstellung unsers Verf., daß er von dem eigentlichen Todtschlage, oder von der im Affeckt begangenen Tödtung, gar nicht rede.

So sehr wir übrigens auch in Ansehung der Aufstellung des Ganzen von unserm Verf. abweichen, so müssen wir doch, was den Inhalt der einzelnen §§. betrifft, gestehen, daß wir fast durchgängig mit dem Verf. einstimmig seyn. Was der Verf. von dem Todtschlage, der von Mehreren ohne Verschwörung begangen ward, sagt, hat unsere ganze Zustimmung. Das nämliche gilt in Hinsicht der einzelnen Arten des Mordes. Die Begriffe welche der Verf. im §. 857. und folgend. aufstellt, sind kurz und bündig. Vorzüglich hat uns die zweckmäßige Ausführlichkeit der Grundsätze beym Kindermorde (§. 883. sq.) sehr befriedigt.

Nur darin können wir auch hier unserm Verf. nicht beystimmen, daß er beym Morde

als ordentliche Strafe Zuchthaus auf Lebenszeit, mit vorhergegangener schwerer, öffentlicher Züchtigung, erkannt wissen will. Wir würden statt dessen unbedingt als ordentliche Strafe die Todesstrafe gesetzt haben, aus Gründen, die wir schon oben angegeben haben.

Manches, was übrigens unser Verf. im dritten Kapitel bey der Lehre vom Morde abhandelt, dürfte wohl eher an einer andern Stelle einen zweckmäßisign Platz gefunden haben. Wie der Verf. endlich aber gar dahin kommt, von der *Verbreitung der Viehseuche* hier bey der Lehre vom Morde zu handeln, dies sehen wir nicht ab. Wäre ein Anderer, als Herr *Kleinschrod*, Verf. dieses Kapitels, so müßten wir am Ende wohl gar vermuthen, daß der Verf. annähme, auch am Vieh könnte das Verbrechen des Mordes begangen werden. —

In den Verordnungen wegen des Selbstmordes spricht uns der aufgeklärte Geist unsers Verfassers an! —

Viertes Kapitel.

Von Verwundungen und andern Beschädigungen des Körpers.

Im §. 975. stellt unser Verf. fünf Fälle auf, aus denen sich ergeben solle, welche Verwundungen als Verbrechen zu betrachten seyen. Verwundungen und Beschädigungen sollen nämlich als Verbrechen angesehen werden: wenn sie so beschaffen seyn, daß sie nicht ohne Hülfe eines Wundarztes können geheilt werden; ferner wenn sie lebensgefährlich für den Verwundeten seyen; wenn sie mit lebensgefährlichen Waffen zugefügt seyen; wenn sie bleibenden oder doch wichtigen Nachtheil dem Körper des Beschädigten verursachen; und endlich wenn der Verbrecher eine besondere Verbindlichkeit hatte

hatte, den Verwundeten nicht zu beschädigen. Die vier letzten dieser genannten Fälle, sind als Bedingungen, wann Verwundungen sich zu Verbrechen qualificiren, hier ganz überflüssig aufgeführt; in dieser Hinsicht war es hinreichend, wenn der Verf. sagte: Verwundungen seyen dann als Verbrechen zu betrachten, wenn sie von der Beschaffenheit sind, daß sie nicht ohne Hülfe eines Wundarztes können geheilt werden. Die vier übrigen vom Verf. aufgeführten Fälle können, wie gesagt, nicht als Bedingungen aufgestellt werden, um abzunehmen, wann noch ferner Verwundungen von der Art seyen, daß sie als Verbrechen betrachtet werden müssen; sondern dieselben können nur als Fälle dienen, um zu zeigen, wann die Strafbarkeit des Verbrechens der Verwundung steigen solle. Daß überhaupt ein *Verbrechen* der Verwundung vorhanden sey, daß demnach die Verwundung von der Art sey, daß bey derselben die Hülfe des Wundarztes nöthig sey, dies muß bey jenen Fällen als schon erwiesen vorausgesetzt werden, und diese können daher, nicht das Verbrechen überhaupt, sondern vielmehr nur bestimmen sollen, wann die Verwundung gewissermaßen als eine qualifizierte betrachtet

tet werde. Nur in dieser Rücksicht hätte daher unser Verf. jene vier Fälle des §. 975. auführen müssen. Hülfe des Wundarztes zur Heilung der Wunde würden wir demnach als Bedingung voraussetzen wo ein *Verbrechen der Verwundung* statt finden soll; war daher die Beschädigung von der Art, daß ärztliche Hülfe gar nicht nöthig war, so kann zwar allerdings nach Umständen ein mehr oder minder strafbares Vergehen vorhanden seyn; allein von einem Verbrechen der Verwundung würden wir nicht reden. Daß jedoch unser Verf. zum Begriff des Verbrechens der Verwundung ärztliche Hülfe nicht immer für nöthig halte, ergiebt sich aus §. 981.

Fünftes Kapitel.

V o m Z w e y k a m p f e .

Der Begriff, welchen unser Verf. im §. 995. vom Zweykampf giebt, will uns nicht gefallen. Hr. *Kleinschrod* sagt, zum Wesen des Zweykampfs werde erfordert, daß Zwey mit reifer Ueberlegung übereinkommen, ihren Zwist mit tödtlichen Waffen auszumachen, und sie dies ihr Vorhaben wirklich ausführen. Wir sehen in der That nicht ein, was der Verf. mit der „reifen Ueberlegung“ sagen wolle. Der *Rencontre* ist unstreitig eine Art von dem Duell überhaupt, und doch ist gerade bey demselben das das Charakteristische, daß derselbe auf der Stelle und ohne Verabredung statt findet. Demnach dürfte hier aber wohl unstreitig nichts weniger, als reife Ueberlegung vorhanden seyn.

Nach

101 Nach unsrer Ueberzeugung wäre folgende Bestimmung von dem Begriff dieses Verbrechens richtiger. Zweykampf überhaupt ist ein unter zweyen Menschen mit gegenseitiger Einwilligung geführter Kampf mit absoluttödlichen Waffen, zur eigenmächtigen Genugthuung wegen einer Beleidigung. War dieser Zweykampf selber einige Zeit vorher ordentlich verabredet, so ist er *Duell im engern Sinne*; geschah hingegen der gegenseitige Angriff ohne Verabredung, und gleich zur Stelle als unmittelbare Folge der Beleidigung, so haben wir den Begriff eines *Rencontre*.

So sehr wir es billigen, daß unser Verf. (§. 996. und 97.) den Herausforderer zum Zweykampf nicht ausdrücklich für strafbarer erklärt, als den Herausgeforderten; so wenig können wir doch mit dem Verf. übereinstimmen, wenn er beyden so unbedingt eine gleiche Strafe zuerkennt. Wir glauben vielmehr, daß man in Rücksicht der Strafe die jedesmaligen Umstände in concreto selber berücksichtigen müsse, um hiernach zu sehen, wer von Beyden, der Herausforderer oder der Herausgeforderte, mehr Ursache von der Existenz des Verbrechens sey, wer von ihnen daher mehr oder minder strafbar sey.

Das, was unser Verf. im §. 1003. und folgenden, von der *Attaque* sagt, gehört hier gar nicht her, sondern zu der Lehre von der Nothwehr.

Recht sehr sind wir übrigens mit demjenigen zufrieden, was der §. 1007. bey der Untersuchung von Ehrensachen den Richtern zur strengsten Pflicht macht.

Sechstes Kapitel.

Von den Verbrechen gegen die Geisteskräfte des Menschen.

Der erste §. dieses Kapitels ist der einzige, dessen Inhalt uns durchaus nicht gefallen will, und das in mehrerer Hinsicht nicht. Wir wollen zuvörderst den Inhalt dieses §. hersetzen, und ihn alsdann mit unsern Erinnerungen begleiten.

Hr. *Kleinschrod* sagt nämlich §. 1008: „Wer mit böslichem Vorfatze einen bisher vernünftigen Menschen wahnsinnig macht, es geschehe dies durch Gift oder auf andre Art, soll so lange ins Zuchthaus bey schwerer Arbeit gebracht werden, bis der Beschädigte den Gebrauch seiner Vernunft wieder auf andauernde Art erhalten hat.“

Beym

Beym ersten flüchtigen Anblicke dieses Satzes kann man vielleicht verleitet werden, zu glauben, wie sehr zweckmäfsig der Inhalt dieses §. sey; allein bey näherer Prüfung desselben dürfte es sehr leicht kommen, dafs man, wenigstens nach unsrer Ueberzeugung, gewahr werde, man habe eine Wolke statt der Juno bemerkt.

Fürs erste will es uns nicht gefallen, wenn der Verf. von einem „böslischen Vorfatze“ redet. Die Bestimmung des Begriffs von diesem Verbrechen wird hiedurch offenbar zu enge. Denn auch auf culpose Art kann dasselbe begangen werden, wohin vorzüglich die Darreichung der *Liebestränke* zu rechnen ist, durch welche sehr oft ein Nachtheil für die Geisteskräfte des Menschen entstehen kann. Wir würden deshalb unter diesem Verbrechen überhaupt *jede Handlung* verstehen, *durch welche die Geisteskräfte eines Menschen zerrüttet, oder die Anlagen derselben zerstört werden.*

Fürs andre aber auch wissen wir nicht recht, was wir daraus machen sollen, wenn der Verf. will, dafs der Verbrecher solange im Zuchthause bey schwerer Arbeit bleiben solle, bis der Beschädigte den Gebrauch seiner Vernunft

nunft wieder erhalten hat. Soll diese Verordnung buchstäblich befolgt werden, und das will der Verf. doch wohl, so kann diese Strafe äußerst unzweckmäfsig werden. Denn wie nun, wenn der Beschädigte durch Hülfe eines Arztes den Gebrauch seiner Vernunft in Zeit von einem Jahre, oder noch früher, wieder erhält? Soll jetzt die ganze Strafe des Verbrechers, welcher noch dazu mit dem böslichsten Vorfatze kann gehandelt haben, in weiter nichts, als in Einem Jahre Zuchthaus bestehn? Nach dem §. 1008. müssen wir dies annehmen, und doch können wir unmöglich glauben, dafs unser Verf. dies wolle, weil er sonst eine arge Inconsequenz bey der Bestrafung dieses Verbrechens würde aufgestellt haben. Denn vermöge des §. 1016. soll der *nächste Versuch* dieses Verbrechens mit der Strafe des Arbeitshauses bey schwerer Arbeit auf vier bis sechs Jahre belegt werden. Vergleichen wir diesen §. mit dem buchstäblichen Inhalte des §. 1008., so finden wir, dafs es demnach sehr leicht kommen könne, dafs der Versuch zu diesem Verbrechen zwey oder dreymal so hart bestraft werde, als das vollbrachte Verbrechen selber. Es ergiebt sich hieraus, dafs bey der Bestrafung
des

des vollbrachten Verbrechens die Zeit, wann der Beschädigte den Gebrauch seiner Vernunft wieder erhalten werde, gar nicht berücksichtigt werden darf, weil im Gegentheil zugleich die größte Unbestimmtheit in Ansehung der Dauer der Strafe eintreten würde, und, wie schon gesagt, sehr leicht der Fall kommen könnte, daß man das vollbrachte Verbrechen geringer strafe, als das versuchte.

Siebentes Kapitel.

Von Verbrechen gegen das Eigenthum, insbesondere
dem Diebstahle und Raube.

Von dem Verf. der vortrefflichen Abhandlung: über den Begriff, das Wesen und die Bestrafung des Diebstahls, läßt sich mit Recht erwarten, daß er uns auch hier in diesem Kapitel nichts mittelmäßiges liefern werde. Und so verhält es sich auch. Nach unsrer Uezeugung enthalten die einzelnen §§. dieses Kapitels fast durchgehends sehr gründliche Auseinandersetzungen der Lehre vom Diebstahl und Raube, und es ist daher nur wenig, was der Verf. uns zu erinnern übrig gelassen hat.

Hr. *Kleinschrod* fängt im §. 1027. mit dem Begriff des Diebstahls an. Wer eine fremde
be-

bewegliche Sache gegen den Willen ihres rechtmäßigen Besitzers oder Eigenthümers mit dem Vorfatze in Besitz nimmt, sich mit dem Schaden eines Andern einen Vorthail zu verschaffen, macht sich des Verbrechens des Diebstahls schuldig. Wir würden die Worte „gegen den Willen ihres rechtmäßigen Besitzers oder Eigenthümers“ weggelassen, und statt dessen gesagt haben: *Diebstahl* besteht in der *rechtswidrigen Besitzergreifung einer fremden beweglichen Sache*, verbunden mit der *Absicht*, sich durch den Schaden des Andern einen Vorthail in Hinsicht des Vermögens zu machen. Denn wenn wir gleich unserm Verf. darin beystimmen, daß derjenige (§. 1031.), welcher seine eigne Sache einem rechtmäßigen dritten Besitzer wegnimmt, keinen Diebstahl begehe; so glauben wir doch, daß dies Verbrechen vorhanden seyn würde, wenn ein Anderer dem dritten rechtmäßigen Besitzer heimlich eine Sache mit Einwilligung des Eigenthümers entwendet. Man nehme an der Pfandschuldner gebe einem Andern die Erlaubniß, dem Pfandgläubiger das Pfand zu entwenden, um sich durch dessen Besitz einen Vorthail seines Vermögens zu verschaffen; so würde, nach unserer

Ueber-

Ueberzeugung wenigstens, der Andre immer einen Diebstahl gegen den Pfandgläubiger begehn, obgleich die Entwendung nicht gegen den Willen des Eigenthümers geschieht. Eben deshalb aber scheint es uns nicht richtig, wenn man zum wesentlichen des Begriffs vom Diebstahl ein Wegnehmen wider Willen des Eigenthümers erforderlich hält. —

Was unser Verf. übrigens vom §. 1028. an, bis zum §. 1037. zu den Erfordernissen dieses Verbrechens zählt, ist richtig und gut. Nur müßte der §. 1036. nach demjenigen, was wir oben in Hinsicht des Begriffes von diesem Verbrechen gesagt haben, abgeändert werden.

Ganz richtig ist es, wenn der Verf. (§. 1038.) sagt, daß der Diebstahl dann als *vollendet* betrachtet werden solle, sobald der Dieb durch eine körperliche Handlung sich den Besitz einer fremden Sache verschafft, und dadurch die Fähigkeit erlangt habe, über diese Sache nach seinem Belieben zu schalten und zu walten. Wie gesagt, wir sind hierin ganz mit dem Verf. einverstanden. Denn ob wir gleich gewinnstüchtige Absicht zum Vorhandenseyn des Verbrechens des Diebstahls erforderlich halten, so folgt hieraus doch nicht, daß der Verbrecher
auch

auch die Absicht erreicht, und wirklichen Gewinn schon gezogen habe. Ist die Handlung vollendet, durch welche der Dieb die Ausführung der gewinnflüchtigen Absicht glaubt erreicht zu haben, und diese Vollendung ist durch die Besitzergreifung zu Stande gekommen; so ist auch das Verbrechen des Diebstahls selber vollbracht, und bedarf nichts mehr zu seiner Existenz.

Dafs der Werth der gestohlenen Sache (§. 1042.) nach der Zeit, als der Diebstahl begangen ward, ermessen werden solle, billigen wir recht sehr. Die weitere Ausführung hievon giebt uns der Verf. im zweyten Theil beym §. 1934. und folg.

Vom §. 1044. bis 1050. handelt der Verf. von der Strafe des gemeinen Diebstahls. Was Hr. *Kleinschrod* deshalb verordnet, dünkt uns sehr zweckmäfsig. Vom §. 1051. bis 54. beschäftigt sich der Verf. hierauf mit der Strafe wiederholter Diebstähle. Dafs der Dieb alsdann, wenn er zwar mehreremal gestohlen hat, aber noch nie wegen Diebstahls ist bestraft worden, nach den Grundsätzen des gemeinen Diebstahls soll bestraft werden, und nicht härter, dies will uns nicht gefallen. Denn der Grund,
warum

warum unser Verf. den wiederholten Diebstahl dann will mit schärferer Strafe belegt wissen, wenn der Dieb schon ein oder mehrmal wegen Diebstahls bestraft worden ist, der Grund hiervon soll doch wohl kein anderer seyn, als weil ein solcher Verbrecher für illegaler, mithin für gefährlicher gehalten wird. Wer aber mehrmal stiehlt, und gleichsam das Stehlen als Gewerbe treibt, zeigt doch unstreitig ebenfalls diese Illegalität, wenn er gleich wegen der frühern Diebstähle nicht ist bestraft worden, er ist daher schon wegen dieser Illegalität strafbarer, als ein Anderer der zum erstenmal stiehlt. Ueberdies ist jeder frühere Diebstahl ein Verbrechen, und Hr. *Kleinschrod* verlangt an einem frühern Orte, wie wir gesehn haben, selber, daß der mehrmalige Verbrecher für jedes Verbrechen, wenn die Natur der Strafe es zulasse, besonders bestraft werden solle. Dies muß demnach auch hier statt finden, obgleich sich dies aus dem §. 1051. eben nicht zu ergeben scheint.

Im §. 1055. und folgend. geht unser Verf. zu dem Begriff, den Erfordernissen, und der Strafe des gefährlichen Diebstahls über. Der Diebstahl soll dann als gefährlich betrachtet werden, wenn mit Wahrscheinlichkeit von dem
 Diebe

Diebe Verletzung derjenigen Personen zu besorgen ist, welche ihn bey der Entwendung erwischen. Um aber diese Verletzung mit Wahrscheinlichkeit vermuthen zu können, muß der Dieb (§. 1065,) bey der Vollbringung des Diebstahls mit solchen Waffen oder Werkzeugen versehen seyn, mit denen man Menschen leicht an ihrem Körper beschädigen kann. Sehr gut finden wir es, wenn der Verf. es hiebey für gleichgültig ansieht, ob der Dieb die Waffen mitgebracht, oder sich erst an dem Orte des Diebstahls damit bewaffnete. Nicht minder stimmen wir auch darin mit unserm Verf. überein, wenn er im §. 1059. fortfährt: daß alsdann, wenn der Dieb solche Waffen bey sich hatte, welche ihm vermöge seines Standes beständig zu kommen, die Absicht, jemanden zu beschädigen, nicht vermuthet, sondern noch besonders bewiesen werden solle.

Wenn unser Verf. im §. 1060. sagt, daß es zum gefährlichen Diebstahl nicht nothwendig sey, daß der Dieb von seinen Werkzeugen Gebrauch gemacht habe; so geben wir Hrn. *Kleinschrod* hierin insofern allerdings recht, daß es hierauf zum Vorhandenseyn des Begriffs vom gefährlichen Diebstahl nicht ankomme; doch
hätten

hätten wir gewünscht, daß der Verf. in Hinsicht der Bestrafung auf den Umstand Rücksicht genommen hätte, ob der Dieb von seinen Waffen wirklich Gebrauch gemacht habe, und Jemanden beschädigt habe, oder nicht. Im §. 1064. und folg., wo der Verf. von der Strafe des gefährlichen Diebstahls redet, finden wir dies nicht berücksichtigt. Ueberhaupt will es uns nicht gefallen, daß Herr *Kleinschrod* bey der Bestrafung des gefährlichen Diebstahls die nämlichen Rücksichten im Auge behält, wie bey dem gemeinen Diebstahl. Der Verf. will nämlich auch hier die Gröfse der Strafe nach dem Werthe der entwandten Sache bestimmt wissen. Allein wir halten uns überzeugt, daß man hier von andern Principien bey der Bestimmung der Gröfse der Strafe ausgehen, oder doch wenigstens dieselben neben dem Werth der gestohlenen Sache berücksichtigen müsse. Die *Gefährlichkeit* dieses Diebstahls, die *Gefahr* welche der Dieb, nicht für das Eigenthum sondern für andre Menschen begründet, muß hier bey der Bestrafung in Betrachtung gezogen werden. Wir finden es deshalb zu geringe, wenn der Verf. den gefährlichen Diebstahl dann, wenn derselbe keine fünf Gulden beträgt, mit

mitt-

mittlerer Züchtigung des Körpers bestraft wissen will. Diese Strafe hat der Dieb unstreitig schon verdient, wegen des Werthes der entwandten Sache; jetzt muß aber noch Rücksicht darauf genommen, daß hier zugleich ein *gefährlicher Diebstahl* vorhanden war, daß der Dieb demnach wirklich Personen, welche ihn bey der Entwendung erwischten, beschädigt habe, oder doch eine wahrscheinliche Gefahr zur Beschädigung vorhanden war, weil der Dieb durch seine Bewaffnung zeigte, daß er nicht bloß stehlen, sondern auch im Fall der Noth tödten oder verwunden wollte.

Die Grundsätze von der Bestrafung des gefährlichen Diebstahls will unser Verf. übrigens auch bey Diebstählen, die zur Zeit einer Feuersbrunst, oder Wassergefahr begangen werden, imgleichen beym Haus- und Kirchendiebstahl angewendet wissen.

Wenn unser Verf. in Rücksicht des Kirchendiebstahls im §. 1074. sagt, es komme nicht darauf an, ob sich der Dieb zu jener Religion bekenne, oder nicht, zu deren Dienste die entwundene Sache bestimmt war; so möchten mir hierin nicht dem Verf. beystimmen. Der Katholik, welcher das geweihte Gefäß, in welchem die
 hei-

heilige Hostie befindlich ist, aus gewinnfüchtiger Ablicht entwendet, dünkt uns allerdings strafbarer zu seyn, als wenn diese Entwendung von einem Juden z. B. geschieht. Denn der Grund, warum die Entwendung der Monstranz härter bestraft werden soll, kann kein andrer seyn, als die derselben inwohnende heilige Kraft. Diese heilige Kraft hat jenes Gefäfs aber nur für den Katholiken, der Jude hingegen erkennt diese göttliche Kraft nicht an, er kann daher dieselbe nicht entweihen, und nach seinen Religionsgrundsätzen begeht er durch Verletzung dieser innern Heiligkeit keine Beleidigung gegen Gott. —

• Was der Verf. von der Strafe des Diebstahls unter erschwerenden Umständen (§. 1076.), ferner von der Strafe des Versuchs und der Bestrafung der Gehülfen sagt, hat im ganzen genommen unsern Beyfall. Das nämliche gilt von demjenigen, was unser Verf. in den §§. 1092. bis 1098. von den Fällen, die nicht als Diebstähle zu betrachten seyen, von der Unterschlagung anvertrauten Gutes und von der Besitzergreifung unbeweglicher Sachen bemerkt.

Im §. 1099. und folgend. kommt unser Verf. auf das Verbrechen des Raubes. Was Herr

Kleinschrod in Hinsicht des Begriffes von dem Raube und dessen Erfordernissen sagt, stimmt ganz mit unsrer Ansicht von diesem Verbrechen überein. Die Rücksichten welche der Verf. in Hinsicht der Bestrafung des Raubes genommen wissen will, ob nämlich der Räuber durch bloße Drohungen, oder durch Gewalt, und durch welchen Grad von Gewalt, seine eigennützige Absicht ausführte, haben unsern völligen Beyfall. Auch die Grundsätze von dem Versuch zu diesem Verbrechen und von den Gehülfen des Raubes, sind sehr gut dargestellt.

Vom §. 1121. an beschäftigt sich endlich unser Verf. mit der Concussion, oder dem Verbrechen der Erpressung. Sehr richtig ist es, wenn der Verf. sagt, daß es zur Vollendung des Verbrechens nöthig sey, daß der Verbrecher wirklich etwas von dem Beschädigten erhalten habe, daß es hiebey jedoch übrigens ganz gleichgültig sey, ob der Verbrecher den Beschädigten verleitete, ihm etwas zu geben oder zu leisten, oder zu dessen Besten etwas zu leiden oder zu unterlassen.

Dasjenige, was unser Verf. in Hinsicht der Bestrafung dieses Verbrechens sagt, dünkt uns sehr zweckmässig zu seyn.

Achtes Kapitel.

Vom Verbrechen der Verfälschung und andern damit
verwandten Arten.

Wir stimmen in Ansehung dessen, was unser Verf. in diesem Kapitel sagt, zu sehr mit demselben überein, als dafs wir hier weitläuftige Erinnerungen nöthig finden sollten. Eine kurze Inhaltsanzeige dessen, was uns Hr. *Kleinschrod* in diesem Kapitel giebt, nebst einigen wenigen Bemerkungen, halten wir daher hier für hinreichend.

Unser Verf. will im allgemeinen Betrüge-
reien, welche in Verträgen, Spielen oder an-
dern Geschäften vorkommen, nach bürgerli-
chen oder Polizeygesetzen beurtheilt wissen, es
sey denn, dafs der Schaden von solchen Be-
trügereyen zum mindesten die Summe von fünf-

zig Gulden ausmache. In diesem Falle sollen dieselben als eigentliche Verbrechen betrachtet werden.

Außerdem aber führt unser Verf. noch im §. 1137. und folg. mehrere Verfälschungen und Betrügereien namentlich auf, welche gleichfalls, wenn auch kein Schaden von wenigstens funfzig Gulden dabey vorhanden ist, als eigentliche Verbrechen betrachtet werden sollen. Diese einzelnen Fälle scheinen uns sehr glücklich gewählt zu seyn. Der Verf. rechnet nämlich dahin: Verfälschung von Urkunden, Beylegung eines falschen Namen oder Charakters, Unterschabung einer falschen Geburt; ferner alle Verfälschungen, welche auf die Verwaltung der Gerechtigkeit schädlichen Einfluß haben, wie z. B. falsches Zeugniß, u. s. w.; ferner Verfälschung des Maasses, der Gewichte, oder der Waaren, Verfälschung an oder mit öffentlichen und Privatigillen, Verfälschungen an Handlungen der Religion, z. B. Meineyd, Wiederholung der Taufe etc.; Betrügereyen von Goldmachern, sogenannten Zauberern, Schatzgräbern u. s. w.; Betrügereyen von Vormündern und andern Verwaltern eines fremden Vermögens, und endlich Betrügereien von
Dienst-

Dienstboten gegen ihre Herrschaft. In Hinsicht der letzteren verlangt der Verf. jedoch, daß der zugefügte Schaden über zehn Gulden betragen solle.

Vom §. 1148. an geht unser Verf. hierauf die Erfordernisse des Verbrechens der Verfälschung durch. Sehr richtig ist es, wenn Hr. *Kleinschrod* nur den dolosen Verbrecher eigentlich bestraft, bey einer culposen Verfälschung hingegen bloß Schadenserlatz und Wegnahme der verfälschten Sachen angewendet wissen will. Auch müssen wir dem Verf. darin beystimmen, wenn er zur Vollendung des Verbrechens der Verfälschung, das Vorhandenseyn eines wirklichen Schadens verlangt. Denn es würde allerdings zu hart seyn, die Beylegung eines falschen Namen z. B. für ein Verbrechen zu erklären, wenn daraus kein wirklicher Schaden entsprungen wäre.

Die von §. 1155. bis zum §. 1166 angegebenen Strafen dieses Verbrechens sind sehr zweckmäßig.

Im §. 1167. und folgend. berücksichtigt der Verf. nun noch insbesondre das Verbrechen der Gränzverrückung und des Meineydes. Geschah die Gränzverrückung an Privatgränzen, so soll

es bey der Bestrafung der Verfälschung überhaupt sein Bewenden haben. Geschah jedoch dies Verbrechen an öffentlichen Gränzen, so unterscheidet unser Verf. zuvörderst sehr richtig, ob die Gränzverrückung aus hochverrätherischer Absicht oder aus andern Ursachen verübt ward. Im ersten Fall kommen die Verordnungen gegen den Hochverrath zur Anwendung, im letztern Falle hingegen soll, wenn kein Schaden dadurch zugefügt worden ist, die Strafe des Arbeitshauses bey schwerer Arbeit auf ein bis zwey Jahre statt finden; ward aber der Staat dadurch beschädigt, so soll der Verbrecher den zugefügten Schaden durch schwere Arbeit im Zuchthause doppelt abverdienen. Unser Verf. scheint hier vergessen zu haben, daß er kurz zuvor im §. 1153. ausdrücklich gesagt hat, daß nur dann das Verbrechen der Verfälschung als *vollendet* angesehen werden solle, wenn ein wirklicher Schaden vorhanden ist. Hienach kann nur die absichtliche Verrückung der Landesgränzen, wenn dadurch kein Schaden bewirkt worden ist, als versuchtes Verbrechen betrachtet werden, und für den Versuch scheint uns doch ein bis zweyjährige Strafe des Arbeitshauses bey schwerer Strafe zu hart.

Was

Was unser Verf. in Hinsicht des Meineydes im §. 1172. und folg. sagt, ist im Ganzen genommen recht gut. Der Begriff, welchen unser Verf. vom Meineyde giebt, hat uns nicht gefallen wollen. Wir wissen nicht recht, was das heißen soll, wenn Hr. *Kleinschrod* sagt: eine Unterdrückung oder Veränderung der Wahrheit, welche mittelst eines Eydes geschieht, macht das Verbrechen des Meineydes aus. Der Verf. hat hier in der Kürze den eigentlichen Meineyd und den Eidesbruch zusammen definiren wollen; aber offenbar auf Unkosten der Deutlichkeit. Weit treffender und klarer dünkt uns der Begriff dieses Verbrechens angegeben, wenn man mit *Feuerbach* in seinem Lehrbuche sagt: Meineyd bestehe im allgemeinen in der *Verletzung einer Verbindlichkeit, welche erfüllt zu haben, oder erfüllen zu wollen, eine Person durch einen (feyerlichen) Eyd versichert hat.*

Wenn unser Verf. im §. 1174. sagt, daß, sobald der Meineyd kein eignes Verbrechen ausmache, sondern mit einem andern Hauptverbrechen verbunden sey, alsdann des Meineyds wegen keine eigne Strafe statt finden solle; so möchten wir ihm hierin nicht beystimmen.

Wer

Wer einen falschen Eyd vor der Obrigkeit ablegt, der täuscht und betrügt den Staat, welcher Vertrauen in seine Wahrheitsliebe gesetzt hatte, er verletzt aber auch zugleich das Recht, welches der Staat von seinen Bürgern verlangen kann, das Recht Wahrheit zu sagen. Und sollte dafür nicht allerdings Strafe statt finden müssen, wenn auch diese Täuschung und Verletzung mit einem andern Hauptverbrechen verbunden war? Wir sehen nicht ab, warum nicht.

Wenn Herr *Kleinschrod* übrigens will, daß ein Meineyd, welcher keinen Schaden gestiftet hat, nur ein einfaches Gefängniß auf drey bis vier Wochen nach sich ziehen solle; so müssen wir gestehn, daß wir diese Bestrafung viel zu geringe finden. Bey der Gränzverrückung sollte in diesem Falle, wie wir gehört haben, ein bis zweyjährige Strafe des Arbeitshauses statt finden, und hier nur vierwöchentliches einfaches Gefängniß! Hält denn der Verf. den Meineyd an und für sich für ein so sehr geringes Verbrechen, daß nur der durch denselben gestiftete Schaden eigentlich die Strafe bestimmen dürfe?

Was der Verf. in Hinsicht der Unterschiebung fremder Geburt, der Verfälschung der Lebensmittel und Waaren sagt, dünkt uns ganz richtig zu seyn, und wir wüßten nichts von einiger Erheblichkeit dagegen zu erinnern.

Neuntes Kapitel.

Von Verbrechen gegen die Freyheit der Menschen.

Der Verf. eröffnet dies Kapitel mit dem Verbrechen des Menschenraubes. Wer sich eines Menschen mit dem böslichen Vorfatze bemächtigt, um diesem seine Freyheit zu entziehen, sagt unser Verf., der macht sich eines Menschenraubes schuldig. Sehr richtig wird hiebey im §. 1212. bemerkt, daß es gleichgültig sey, ob gewinnfüchtige Absicht, oder ein anderer Zweck dabey zum Grunde liege.

Ehe der Verf. die Strafe dieses Verbrechens angiebt, redet er noch zuvor im §. 1216. und folg. von der erlaubten Arretirung eines Menschen und von der Anlegung der Privatgefängnisse. Was dies Einschlebsel hier soll, sehen wir eben nicht ab.

Wir

Wir hätten es übrigens gewünscht, daß der Verf. bey dem Menschenraube darauf Rücksicht genommen hätte, ob der Geraubte mit oder ohne Willen seiner Freyheit entzogen wird. Nach unsrer Ueberzeugung ist allerdings auch dann das Verbrechen des Menschenraubes vorhanden, wenn der Geraubte zwar seine Einwilligung zu der Besitzergreifung seiner Person gab, hiezu aber kein Recht hatte, weil er nicht als selbstständiges Wesen betrachtet werden konnte, vielmehr der rechtmäßigen Gewalt einer andern Person unterworfen war. An dem Kinde, welches sich noch in väterlicher Gewalt befindet, wird das Verbrechen des Menschenraubes begangen, letzterer mag mit oder ohne Einwilligung des Geraubten geschehn. Darum sehen wir nicht ab, warum der Verf. im §. 1227. nur dann die ordentliche Strafe des Menschenraubes will statt finden lassen, wenn die Kinder *gegen ihren Willen* zurückgehalten werden. Was der Verf. im übrigen in Hinsicht der Strafe dieses Verbrechens sagt, scheint uns sehr zweckmässig zu seyn.

Im §. 1242. und folgend. kommt unser Verf. auf das Verbrechen der Entführung. Was Hr. *Kleinschrod* in Ansehung des Begriffes und
der

der Eigenschaften dieses Verbrechens sagt, ist recht gut. Nur würden wir uns nicht, wie der Verf. im §. 1242. des Wortes „Unzucht“ bedienen; sondern statt dessen etwa Befriedigung des Geschlechtstriebes gesetzt haben. Das Wort Unzucht zeigt mehr eine aufserordentliche fleischliche Vermischung; Entführung kann aber auch, wie unser Verf. selber sehr richtig bemerkt, statt finden, wenn gleich der Verbrecher die Absicht hat, die Entführte zu heyrathen.

Was die Bestrafung dieses Verbrechens anbelangt, so dünkt es uns eine viel zu geringe Strafe zu seyn, wenn derjenige, welcher eine ehrbare, ledige Weibsperson gegen ihren Willen mit List oder Gewalt entführt, und wirklich entehrt hat, nur mit vier bis fünf Jahren Zuchthaus bey leichter Arbeit belegt werden soll.

Auch die Strafverordnungen des §. 1265. und 66. halten wir für zu geringe. Warum soll z. B. dann nur die Strafe des Arbeitshauses bey leichter Arbeit auf ein halbes oder ganzes Jahr statt finden, wenn eine ledige Weibsperson, zwar mit ihrem Willen, aber gegen den Willen derjenigen, denen sie unterworfen ist,

ist, entführt, und zugleich aufserordentliche Wollust mit ihr getrieben ward? Kommt es denn hier so wenig auf den Willen des Vaters z. B., und soviel auf den Willen der Tochter an? Wir glauben grade das Gegentheil. Eben weil die Tochter sich noch unter väterlicher Gewalt befindet, so ist ihr alleiniger Wille hier = 0 zu betrachten, und darum sehen wir auch nicht ab, warum bey der Bestimmung der Strafe so wenig Rücksicht darauf genommen werden solle, dafs die Entführung wider den Willen des Vaters geschehen ist.

Als Gründe zur Schärfung der Strafe nimmt unser Verf. an: wenn die Entführte von dem Verbrecher gemifshandelt wurde, oder wenn sie noch nicht mannbar ist; ferner wenn die Entführte eine Person höhern Standes, der Entführer aber vom niedern Stande ist. Was der Stand hier für einen Einfluss auf die Erhöhung der Strafe haben könne, sehen wir doch nicht ab. Wenn sich ferner der Entführer nebst der Entführung einer Nothzucht oder Blutschande schuldig gemacht hat, so soll die Strafe dieser Verbrechen mit der Bestrafung der Entführung verbunden werden. Endlich soll auch dann die Strafe erhöht werden, wenn
der

der Entführer vermöge seines Amtes besondere Pflichten hatte, für die Sicherheit der Entführten zu sorgen. Mit Ausnahme der Berücksichtigung des Standes scheinen uns diese Fälle zur Schärfung der Strafe sehr zweckmäfsig gewählt zu seyn:

Was unser Verf. endlich im §. 1279. und folgend. in Ansehung der Milderungsgründe und der Strafe des Versuchs sagt, ist recht gut. Nur möchten wir darin nicht beystimmen, wenn der Verf. sagt, dafs in dem Falle, wenn die wider ihren Willen entführte Weibsperson dem Verbrecher verzeiht, es nicht darauf ankomme, ob auch diejenigen, in deren Gewalt die Entführte steht, eine Fürbitte einlegen, oder nicht.

Zehntes Kapitel.

Von Verbrechen gegen die Ehre und den guten Namen der Menschen.

Ziemlich vollständig und ausführlich handelt unser Verf. den wichtigen, aber auch äußerst schwierigen Gegenstand dieses Kapitels ab. Jeder Mensch, sagt Hr. *Kleinschrod*, hat vermöge der bürgerlichen Gesetze Rechte auf seine Ehre und guten Namen. Vorsätzlicher und unrechtmäßiger Angriff dieses Rechts auf Ehre, begründet eine Injurie. Geschieht diese vorsätzliche Verletzung durch Erdichtung falscher Thatfachen, so wird die Injurie zur Verläumdung.

Wir hätten es hiebey eines theils gerne gesehen, wenn unser Verf. zuvor über den Begriff

griff von Ehre und guten Namen und über das Recht auf Ehre, in soweit der Staat dasselbe seinen Bürgern geben könne, gesagt hätte: anderntheils würden wir in Hinsicht des Begriffs der Verläumdung nicht sagen, daß letztere in einer vorsätzlichen Verletzung des guten Namen eines Andern durch Erdichtung *falscher Thatfachen* bestehe. Denn wenn die falschen Thatfachen nichts ehrekränkendes in sich enthalten, so kann unmöglich von einer Verläumdung die Rede seyn. Wir würden daher sagen, eine Verläumdung begeht derjenige, *welcher durch Andichtung rechtswidriger Thatfachen den guten Namen eines Andern vorsätzlich zu verletzen sucht.*

Was der Verf. im §. 1297. und folgend. in Hinsicht der Absicht zu beschimpfen, und der Umstände, welche die Absicht zu beschimpfen aufheben, oder nicht aufheben, sagt, ist recht gut. Nur hätten wir gewünscht, daß unser Verf. den Inhalt des §. 1302. etwas näher bestimmt hätte. Hr. Kleinschrod sagt, die Wahrheit des Vorwurfs, welcher in der Rede oder Handlung liege, hebe zwar den Begriff einer Verläumdung, aber jenen einer Injurie nicht auf. Wir sehen nicht ein, warum die Wahr-
heit

heit eines Vorwurfs nicht auch die Injurie aufheben solle. Sobald wie das Beleidigende eines Vorwurfs einzig und allein durch den Inhalt der Auslage begründet wird, so muß unstreitig die Wahrheit dieses Inhaltes alles Ehrenkränkende aufheben. Ein andres ist es freylich, wenn nicht sowohl der Inhalt einer Auslage, als vielmehr die Art, wie letztere geschieht, beleidigend ist. Hier kann allerdings die Wahrheit des Vorwurfs die Injurie nicht tilgen.

Was der Verf. von den mittelbaren Injurien oder den Beleidigungen, die einer ganzen Gemeinde, Versammlung oder Familie sind zugefügt worden, ferner von den wörtlichen Injurien, den Realinjurien und der symbolischen Injurie sagt, finden wir im Ganzen genommen ziemlich richtig auseinander gesetzt.

Im §. 1332. und folgend. kommt unser Verf. auf die Eigenschaften des Pasquills. Hr. *Kleinschrod* sagt, eine gedruckte, geschriebene oder sonst sinnlich dargestellte Injurie wird Pasquill, wenn Jemanden dadurch öffentlich ein solches Verbrechen vorgeworfen wird, welches in diesem Gesetzbuche unter Strafe verboten ist. Man sieht, daß unser Verf. hier dasjenige unter Pasquill versteht, was andre Kriminalisten mit

dem besondern Namen Schmähschrift benennen. Wir haben dagegen an und für sich betrachtet nichts, nur hätten wir den Begriff von Pasquill etwas anders angegeben gewünscht. Wer durch Zeichen und Gebärden zu verstehen giebt, daß jemand ein Verbrechen, z. B. einen Diebstahl begangen habe, von dem würden wir nicht sagen, daß er ein Pasquill verfertigt habe, und doch würde hier nach dem Begriff den uns der Verf. giebt, wenn er von einer gedruckten, geschriebenen, oder *sonst sinnlich dargestellten Injurie* redet, allerdings ein Pasquill vorhanden seyn. Zum Pasquill oder zur Schmähschrift ist es nicht bloß hinreichend, daß jemand durch sinnliche Zeichen einen andern als Urheber einer rechtswidrigen Handlung darstellt, sondern er muß dies auch zugleich durch *bleibende Zeichen*, mithin durch eine Beschimpfung thun, die *andauernd* ist. Wenn übrigens Hr. *Kleinschrod* im §. 1334. sagt, daß es nicht darauf ankomme, ob sich der Verf. eines Pasquills genannt habe, oder nicht; so stimmen wir ihm in soferne hierin bey, daß dies zur Bestimmung des Begriffs von Pasquill nicht nöthig sey; in Hinsicht der Bestrafung wünschten wir jedoch allerdings dar-
auf

auf Rücksicht genommen zu sehn. Hat der Verfertiger des Pasquills sich nicht genannt, so muß dies die Strafbarkeit erhöhen, weil durch die Wahrscheinlichkeit unentdeckt zu bleiben, die Anreizung zu diesem Verbrechen vermehrt wird.

Hr. *Kleinschrod* theilt übrigens die Injurien überhaupt in schwere und leichte ein. Zu den schweren Injurien rechnet er nach dem §. 1337. folgende: Pasquille und Realinjurien, welche den Körper verletzen; ferner Injurien gegen die Obrigkeit, gegen Eltern, Vormünder und solche von Dienstboten gegen die Herrschaft; ferner Injurien Untergebener gegen ihre Vorgesetzten, von Menschen niedern Standes gegen Höhere (hier kann doch wohl nur in soferne von einer schweren Injurie die Rede seyn, als die mit dem höhern Stande etwa verbundene vorzügliche Ehre beleidigt wird. Wird eine Person höhern Standes auf eine Art injuriert; durch welche blos die gemeine bürgerliche Ehre der Person auf eine leichte Art beleidigt wird; so sehen wir nicht ab, warum die Beleidigung sich deshalb zu einer schweren Injurie qualificiren soll, weil der Beleidigte zufällig vornehmer als der Beleidiger ist. Der

Stand hat hier mit der Injurie nichts zu schaffen). Ferner Injurien, welche öffentlich bey Versammlungen, feyerlichen Gelegenheiten, oder vor mehreren Menschen zugefügt werden; Beschimpfungen, welche wegen besondrer Umstände und Verhältnisse die Ehre empfindlicher als gewöhnlich kränken (Wir hätten hier gerne einige Fälle als Beyspiele angeführt gesehen, um desto besser wissen zu können, was der Verf. hierunter versteht); endlich Injurien, welche gegen Soldaten auf der Wache, oder Diener der Gerichte, oder die Obrigkeit bey Ausübung ihres Amtes begangen werden.

Ehe unser Verf. zu der Strafe der Injurien überhaupt übergeht, bestimmt er noch vorher, daß leichte Injurien nur dann vom Richter untersucht und bestraft werden sollen, wenn der Beleidigte darauf klage; bey schweren Injurien hingegen soll der Richter von Amtswegen zu untersuchen und zu bestrafen verbunden seyn, wenn auch der Beleidigte es nicht begehrt. Recht gut, nur kann dies doch wohl nur in Hinsicht der öffentlichen Strafe angenommen werden; was die Privatstrafe, wie z. B. Abbitte, anbelangt, so kann hierauf nur der Richter erkennen, wenn der Beleidigte es verlangt. Im Gegentheil

gentheil würde man ja letzterem eine Genugthuung *aufdringen*.

Was unser Verf. im §. 1342. und folgend. in Hinsicht der Bestrafung sagt, scheint uns recht gut zu seyn. Alle vorsätzlichen Verläumdungen sollen Widerruf, alle übrigen vorsätzlichen Injurien Abbitte nach sich ziehen. Außerdem sollen wörtliche Injurien mit Gefängnißstrafe belegt werden, deren Dauer bey Realinjurien nach Umständen drey oder vierfach erhöht werden soll. In Hinsicht der Dauer der Gefängnißstrafe drückt sich unser Verf. sehr bestimmt und ausführlich aus. Nur die Strafe der Pasquille dünkt uns zu geringe. Der Verf. will in Ansehung derselben die Strafe der wörtlichen Injurie nach Umständen doppelt oder dreyfach erkannt wissen. Bey groben Realinjurien soll ja selber die Strafe der wörtlichen Injurien vierfach erhöht werden können, warum sollen denn Pasquille geringer bestraft werden? Wir würden vielmehr nach Umständen auf Pasquille noch eine härtere Strafe androhen, als bey Realinjurien. Im übrigen sagt unser Verf. im §. 1366. daß bey allen diesen verordneten Strafen vorausgesetzt werde, daß die Injurie keine Verläumdung enthalte. Sey dies

dies der Fall, so sollen die genannten Strafen um die Hälfte oder nach Umständen um zwey Drittel geschärft werden. Recht gut, nur sehen wir nicht ab, wie der Verf. vorhin (§. 1361.) von Pasquillen reden konnte. Das Pasquill ist stets eine Verläumdung, es mag verbreitet worden seyn, oder nicht. Dies behauptet ja unser Verf. selbst, wenn er im §. 1332. unter Pasquill solche gedruckte oder geschriebene Injurien versteht, durch welche Jemanden öffentlich ein Verbrechen vorgeworfen wird. Ist das Pasquill nicht ausgebreitet worden, so kann dies allerdings auf die Strafbarkeit Einfluß haben, aber das Pasquill sinkt dadurch nie zu einer bloßen Injurie herab, sondern bleibt immer Verläumdung.

Was Hr. *Kleinschrod* endlich in Hinsicht der Ehrenerklärung (§. 1368. bis 1372.) und der Ursachen, die Strafe der Injurien nachzulassen oder zu mildern (§. 1373. bis 1383.) sagt, ist recht gut, und wir wüßten nichts erhebliches dabey zu erinnern. Das nämliche gilt vom Schadensersatz (§. 1384. 85.) und dem Verfahren gegen die Fahrlässigkeit (§. 1386.)

Eilftes Kapitel.

Von Drohungen künftiger Verbrechen.

Wer ein Verbrechen, sagt unser Verf. im §. 1387., gegen eine ganze Gemeinde droht, dessen Ausführung mit ziemlicher Gewifsheit zu befürchten ist, der macht sich eines Landzwanges schuldig. Auch derjenige, welcher aus Bosheit Brandbriefe verbreitet, oder Brandzeichen steckt, folle als Landzwinger angesehen werden. Wenn unser Verf. hiebey im §. 1389. sagt, daß es zur Vollendung dieses Verbrechens nicht nöthig sey, daß die Drohung wirklich ausgeführt werde, so finden wir diese Erklärung zwar ganz richtig, aber auch ziemlich überflüssig. Es soll ja hier nicht von *ausgeführten* Verbrechen, sondern von Drohungen *künftiger* Verbrechen die Rede seyn, und deshalb

halb muß es zur Existenz dieses Verbrechens als hinreichend betrachtet werden, wenn der Verbrecher durch Handlungen zeigt, daß es mit der Ausführung der Drohung Ernst werden könne.

Wir finden es sehr zweckmäfsig, wenn der Verf. (§. 1391.) bey der Bestrafung des Landzwanges die Grölse der Drohung, und die nähere oder entferntere Wahrscheinlichkeit ihrer Ausführung berücksichtigt wissen will.

Die Maasregeln, welche Hr. *Kleinschrod* im §. 1393. und folg. bey Drohungen gegen Einzelne zur Anwendung gebracht wissen will, sind sehr gut und zweckmäfsig.

Dritter Abschnitt.

Von Verbrechen, welche zunächst gegen die öffentliche Ordnung begangen werden.

Erstes Kapitel.

Von Verbrechen gegen die Religionsverfassung.

Unser Verf. handelt zuvörderst in diesem Kapitel von der Gotteslästerung. Was Hr. *Kleinschrod* deshalb sagt, ist sehr schön und wahr, und verdient unsre ganze Zustimmung. Aus dem Ganzen leuchtet uns wenigstens hervor, daß der denkende und aufgeklärte Verfasser Gotteslästerung nur in soferne als Verbrechen ansieht, als nicht sowohl Gott selbst unmittelbar beleidigt wird, sondern vielmehr in soweit die kirchliche Gesellschaft eigentlich dadurch injuriert wird, daß man den Gegenstand ihrer Verachtung schmähzt.

Der

Der Verf. will den Gotteslästerer nach Umständen mit vierzehn Tagen bis vier Monate Gefängnißstrafe belegt wissen, Schriftsteller, welche in ihre Schriften gotteslästerliche Sätze vorfätzlich aufnehmen, und diese selbst verbreiten, oder durch Andre verbreiten lassen, sollen mit vier bis zehnmonatlichem Gefängniß bestraft werden.

Sehr schön ist es, wenn unser Verf. im §. 1409. sagt: daß der Verbrecher in dem Gefängnisse von einem Geistlichen seiner Religion über seine Pflichten und die Gröfse seines Verbrechens belehrt werden solle. Möchte auch nur stets dieser Geistliche ein Mann seyn, welcher den Gefangenen wirklich in Hinsicht seines Vergehens *belehrte*!

Was Hr. *Kleinschrod* im §. 1413. und folg. von der Beleidigung der Religionsgesellschaften, der Störung des Gottesdienstes und der Beraubung der Gräber sagt, ist richtig und gut. Das nämliche gilt von der Bestrafung der Ketzer und Sektenstifterey. Nur hat uns in ersterer Hinsicht der §. 1419. nicht so ganz gefallen wollen. Wir hätten nämlich gewünscht, daß der Anfang dieses §. etwas anders gelautet hätte, und daß der Verf., anstatt zu sagen: ein Ketzer
sey

sey nur dann als Verbrecher zu bestrafen, wenn er etc., sich so möchte ausgedrückt haben: jemand soll nur dann als Ketzer angesehen und bestraft werden, wenn er entweder vorsätzlich gotteslästerliche Grundsätze verbreitet, oder durch seine Lehren Mißvergnügen und Unruhen gegen die Religion zu bewirken sucht. Nur wer auf solche Art handelt, sollte allenfalls mit dem Namen Ketzer belegt werden; so wie sich unser Verf. hingegen ausgedrückt hat, könnte es leicht das Ansehn gewinnen, als wollte Hr. *Kleinschrod* sagen: derjenige, welcher sich nicht zur herrschenden Religion des Staates, für den dies Gesetzbuch bestimmt ist, bekennt, ist zwar an und für sich als Ketzer an zu sehn, doch soll seine Ketzerey nur dann als Verbrechen betrachtet werden, wenn er vorsätzlich gotteslästerische Grundsätze verbreitet, u. s. w. Wir halten uns für überzeugt, daß der würdige Verf. dies zwar nicht hat sagen wollen, wir glauben aber, daß der §. 1419. leicht dahin mißgedeutet werden könne.

Sehr menschenfreundlich und edel ist die Verordnung des §. 1426. gegen solche Menschen, welche sich aus Schwärmerey zur Sektenstiftung haben verleiten lassen!

Zweytes Kapitel.

Von fleischlichen Verbrechen.

Sehr richtig setzt unser Verf. den Begriff der fleischlichen Verbrechen in solchen vorsätzlichen Handlungen, durch welche der Geschlechtstrieb außer der Ehe, oder gegen die Ordnung der Natur befriedigt wird. Ist das fleischliche Verbrechen von der Beschaffenheit, daß es seiner Natur nach einen Beyschlaf zuläßt, so setzt der Verf. die Vollendung desselben ganz richtig in der wirklichen Erfolgung eines Beyschlafs, ohne daß durch denselben grade Schwängerung braucht bewirkt worden zu seyn. Ließ das fleischliche Verbrechen seiner Natur nach keinen

nen Bey Schlaf zu, so ist dasselbe vollendet, wenn der Geschlechtstrieb so, wie die Beschaffenheit des Verbrechens es fodert, befriedigt ward.

Auch darin müssen wir unsrem Verf. beystimmen, daß Fleischesverbrechen nur dann eigentliche Strafe nach sich ziehen können, wenn sie mit Vorsatz begangen wurden. Fahrlässigkeit kann nur zum Schadenserfatz verbinden.

Recht sehr ist es zu billigen, wenn der Verf. (§. 1436.) verlangt, daß die Bestrafung der Fleischesverbrechen in der Regel im geheimen geschehen solle, und daß, wenn von den Bestraften zu befürchten ist, sie möchten in der Folge ihre Vergehungen fortsetzen, die Polizey alsdann die Verbrecher absondern und besonders ihrer Aufsicht unterwerfen solle.

Was Hr. *Kleinschrod* im §. 1445. und folg. in Hinsicht des Ehebruchs, der Erfordernisse desselben, und dessen Bestrafung sagt, hat uns recht sehr gefallen. Nur können wir darin dem Verf. nicht beystimmen, daß derjenige (§. 1457) wel-

welcher sich in einer *ungültigen* Ehe befindet, die er jedoch für gültig hält, einen Ehebruch begehe, wenn er mit einer fremden Person einen Beyschlaf ausübt. Ein solcher Mensch befindet sich eigentlich ja gar nicht in ehelichen Verhältnissen, weil seiner Verbindung die gesetzlichen Erfordernisse mangeln. Und nur diese, nicht der Glaube des Verheiratheten, bestimmen die Gültigkeit der Ehe, mithin ihr Vorhandenseyn überhaupt.

Als Grund zur Milderung der Strafe setzt unser Verf. Fürbitte des beleidigten Ehegatten, Verhinderung des ehelichen Beyschlafes, Zwang zur Ehe und Veranlassung von Seiten des beleidigten Theiles durch unrechtmässige Handlungen zum Ehebruch, vorzüglich wenn der Beleidigte zuerst einen Ehebruch begangen hat.

Im §. 1468. verordnet der Verf. ausdrücklich, daß jedes Uebel, welches der Ehegatte dem Andern, oder der Vater seiner Tochter, wenn er sie im Ehebruche antrifft, zufügt, nach den Grundsätzen von Todschlag oder körperlichen Beschädigungen bestraft werden solle. Jedoch sollen hiebey die allgemeinen Gesetze über
leiden-

leidenschaftliche Handlungen berücksichtigt werden.

Im §. 1469. kommt unser Verf. auf das Verbrechen zweyfacher Ehe. Sehr gut werden die Erfordernisse zu diesem Verbrechen auseinandergesetzt; auch halten wir die Strafe der Bigamie für sehr zweckmässig gewählt.

In Rücksicht des Verbrechens der Blutschande, von welchem unser Verf. im §. 1492. und folgend. redet, finden wir es zu gelinde, wenn der Verf. (§. 1502.) den aufserhehlichen Beyschlaf der Eltern oder Großeltern mit ihren Kindern oder Enkeln, mit drey bis vier Jahren Arbeitshausstrafe bey leichter Arbeit bestraft wissen will. Auch hätten wir gewünscht, daß Hr. *Kleinschrod* im §. 1505. bey dem aufserhehlichen Beyschlaf zwischen Geschwistern, den Unterschied zwischen Geschwistern voller und halber Geburt in Ansehung der Strafbarkeit berücksichtigt hätte. Blutschande zwischen vollbürtigen Geschwistern würden wir allerdings strafbarer finden, als wie zwischen halbbürtigen Geschwistern. —

Vom §. 1509, an kommt unser Verf. auf das Verbrechen der Nothzucht. Er definirt dasselbe sehr richtig als denjenigen Beyschlaf, zu welchem eine Weibsperson gegen ihren Willen durch unwiderstehliche Gewalt gezwungen ward. Nur das sehen wir hiebey nicht ab, wie unser Verf. darauf komme, hier blos von einer Weibsperson als Object des Verbrechens zu reden; da er doch vermöge des §. 1521. annimmt, daß auch eine Mannsperson von einem Weibe könne genothzüchtigt werden. Ganz recht geben wir übrigens dem Verf. darin, wenn er (§. 1512.) zum Vorhandenseyn einer Nothzucht wesentlich nothwendig erfordert, daß die genothzüchtigte Person sich beständig dem Beyschlaffe widersetzt habe.

Gegen die Strafe dieses Verbrechens wüßten wir nichts einzuwenden, und wir billigen es recht sehr, wenn Hr. *Kleinschrod* in Hinsicht der Gröfse der Strafbarkeit darauf Rücksicht nimmt, ob die Genothzüchtigte ein ehrbares Mädchen, oder eine ehrbare Wittwe, oder eine liederliche Weibsperson war.

Im §. 1527. und folg. handelt der Verf. von der unfreywilligen oder unwillkührlichen Schändung.

dung. Beyschlaf mit einer noch nicht mann-
baren Weibsperson, soll die Strafe des Zucht-
hauses bey schwerer Arbeit auf vier bis sechs
Jahre nach sich ziehen. Wir sehen nicht ab,
warum unser Verf. hier und im folgend. §. den
Beyschlaf mit einer, von dem Verbrecher schlaf-
trunken oder berauscht gemachten Person, ge-
ringer bestraft wissen will, als die Nothzucht
an einer ehrbaren Person. Wir würden beyde
Verbrechen für gleich strafbar betrachten. Auch
sagt uns der Verf. nichts darüber, wenn eine
Weibsperson sich eines unschuldigen, noch nicht
mannbaren Knaben zum Beyschlaf bedient. Soll
hier die nämliche Strafe wie im umgekehrten
Falle statt finden, oder eine geringere?

Was unser Verf. im übrigen in Hinsicht
der Sodomie, und den verschiedenen Arten
derselben, ferner in Hinsicht der Kupplerey und
Hurenwirthschaft sagt, ist im ganzen genom-
men sehr gut und zweckmäfsig auseinanderge-
setzt und dargestellt.

Wir gehen demnach jetzt mit unserm Verf.
zu dem zweyten Theile seines Entwurfes über.
Zweckmäfsigkeit, Ausführlichkeit und richti-

ge Darstellung sprechen uns hier überall an, und ein Geist weht durch das Ganze, der uns nur sehr wenig zu bemerken übrig läßt, und es uns daher erlaubt, unsre Beurtheilung in wenige Worte zusammen zu drängen.

Zweyter Theil.

**Von Beweisen und dem Verfahren
in peinlichen Sachen.**

Zweiter Theil

Von Beweisen und dem Verfahren
in peinlichen Sachen.

1794

Erste Abtheilung.

Von der Natur und Stärke der Beweise und den Vermuthungen in peinlichen Sachen.

Diese erste Abtheilung besteht aus sechs Kapiteln. In dem ersten Kapitel handelt unser Verf. von dem vollkommenen Beweise überhaupt; in dem zweyten beschäftigt er sich mit dem Beweise durch Geständnis; hierauf geht er im dritten Kapitel zu dem Beweise durch Urkunden über; das vierte Kapitel handelt vom Beweise durch Zeugen; das fünfte vom Beweise durch den Augenschein und durch Kunstverständige, und endlich das sechste Kapitel von den Gründen der Wahrscheinlichkeit und deren Wirkung in peinlichen Sachen.

Der würdige Verf., welcher mehrere von den hier genannten Lehren auch schon anderweitig,

weitig, theils in seinen Abhandlungen, theils im Archive des Kriminalrechts, sehr schön und gründlich abgehandelt hat, giebt uns auch in diesen sechs Kapiteln sehr schöne und beherzigungswerthe Auseinandersetzungen. Da der Verf. in Ansehung dessen, was er in diesen Kapiteln sagt, in den mehrsten Stücken völlig unsere Zustimmung und unsern Beyfall hat; so fassen wir diese sechs Kapitel bey ihrer Beurtheilung zusammen auf, ohne uns dabey in ein hier überflüssiges Detail einzulassen, und erlauben uns nur hin und wieder, wo es uns nicht überflüssig scheint, einer kurzen Bemerkung.

Derjenige Beweis, sagt unser Verf. im §. 1564. und folg., kann nur als vollkommen betrachtet werden, welcher in dem zu beweisen-
den Falle *volle* Ueberzeugung [giebt es denn auch eine *halbe* Ueberzeugung? Wir glauben, nicht. Die Ueberzeugung kann keine Grade haben. Sie giebt Gewissheit. Wo diese aufhört, hört auch sie auf, und es kann jetzt nur von Wahrscheinlichkeit noch die Rede seyn] gewährt, und zugleich diejenigen Bedingungen, welche das Gesetz zur Erkennung eines peinlichen Urtheils voraussetzt, in sich hält. Die Kraft eines solchen vollkommenen Bewei-
ses

les sollen der Regel nach nur das Geständniß, Urkunden und Zeugen haben, vorausgesetzt, daß die gesetzlich hiezu erforderlichen Bestimmungen vorhanden sind. (Wenn Hr. *Kleinschrod* nur dem eignen Geständniß, den Urkunden und Zeugen, Kraft zu einem vollkommenen Beweise gestatten will; so kann sich dies doch wohl nur auf die Ausmittlung der Frage beziehen, wer der Verbrecher, wer der Thäter, einer rechtswidrigen Handlung sey. Zur Ausmittlung der Existenz des Verbrechens selber muß allerdings auch der Beweis durch Augenschein und Kunstverständige, vollkommne Kraft haben.)

Sehr richtig finden wir es, wenn der Verf. (§. 1567.) auf Anzeigen keine Todesstrafe, kein Zuchthaus, kein Arbeitshaus, wenn es länger als ein Jahr dauert, kein einfaches Gefängniß über zwey Jahre, keine Entsetzung vom Staatsdienste, oder Versetzung auf ein schlechteres Amt, erkannt wissen will. Sehr unrichtig aber finden wir es, wenn der Verf. gleich im folgend. §. hinzusetzt, daß andre Strafen auf Anzeigen gegründet werden können, wenn in einem Falle so viele Anzeigen zusammentreffen, daß aus ihnen Gewissheit

heit kann abgeleitet werden. Sind die Anzeigen von der Art, daß sie *Gewissheit* geben, daß sie mithin den Richter in den Stand setzen, zu bestimmen, daß ein Verbrechen begangen sey, und wer dasselbe ausgeübt habe; so sehen wir nicht ab, was jetzt zu einem vollen Beweise mangle, warum mithin nicht jetzt jede Strafe, die das Gesetz mit der That verknüpft hat, zugefügt werden könne. Sind hingegen die Anzeigen von der Art, daß sie nicht Ueberzeugung, mithin nicht Gewissheit, sondern nur Wahrscheinlichkeit geben, so darf nach unsrer Ansicht der Sache, jetzt gar nicht von *Strafe* die Rede seyn, denn diese setzt Gewissheit des Faktums und des Thäters voraus. Auch das kleinste Uebel (die *Größe* der Bestrafung darf überhaupt hiebey nicht in Betrachtung kommen), welches der Richter auf Vermuthungen hin jemanden zufügt, ist Ungerechtigkeit. Alles wozu der Staat in dieser Hinsicht berechtigt seyn darf, besteht darin, daß er jetzt der Polizey ihr Amt anweise, auf den Verdächtigen ein besondres Augenmerk zu haben. —

Wenn Hr. *Kleinschrod* im §. 1589. sagt, daß der Dolus nur durch das Geständniß des Verbrechers könne bewiesen werden; so sind wir

wir hier anderer Meinung. Sobald es juristisch gewiß ist, daß jemand eine rechtswidrige Handlung begangen habe, so muß jetzt auch angenommen werden, daß der Verbrecher sich mit Voratz zu der That entschloß, und letzterem liegt es ob, zu beweisen, daß er *nicht* mit Voratz handelte. Daß jemand ohne Zweck etwas sollte gethan haben, dies darf man nie vermuthen, eben deshalb aber auch muß man annehmen, daß es Zweck des Verbrechers war, die Wirkung seiner Handlung hervorgebracht zu sehn.

Was Hr. *Kleinschrod* im zweyten Kapitel von dem Beweise durch Geständniß sagt, hat uns sehr wohl gefallen. Recht sehr stimmen wir mit dem Verf. darin überein, was er (§. 1596. und folg.) in Hinsicht des Zwanges zu einem Geständniß sagt. Das nämliche gilt im Ganzen genommen von den §§. 1600. und folg. in Ansehung der Erfordernisse zu einem Geständniß und der Wirkung eines außergerichtlichen Bekenntnisses. Nur darin können wir, nach dem oben geäußerten dem Verf. nicht beystimmen, was er im §. 1631. in Hinsicht der Strafe bey unvollkommenem Geständniß äußert.

In Hinsicht des *dritten Kapitels* sagt der Verf. sehr richtig, daß nur gerichtliche Urkunden, welche keinen Mangel haben, der Regel nach vollkommenen Beweis bewirken. Privat-urkunden können zwar gegen, nicht aber für ihren Verf. beweisen.

Was Hr. *Kleinschrod* in Rücksicht der Arten der Urkunden sagt, ist sehr gut. Zu den Erfordernissen einer Urkunde zum Beweise zählt unser Verf. im §. 1647. und folg. mit Recht: Vollständigkeit, Deutlichkeit, innere Uebereinstimmung, Bedachtsamkeit in der Verfertigung, Abwesenheit sichtbarer Fehler und anderer Mängel, Bestimmung der Urkunde, Uebereinstimmung mit den Geisteskräften des Verfassers (sehr beherzigungswerth!), und endlich Gewissheit des Urhebers. Was unser Verf. in Hinsicht des Beweises von der Gewissheit des Urhebers vorbringt, ist sehr schön. In Ansehung dessen, was Hr. *Kleinschrod* im §. 1661. und folg. in Hinsicht des Beweises des bösslichen Vorsatzes bey der Verfertigung einer Urkunde, welche ein Verbrechen enthält, sagt, können wir demselben aus dem nämlichen Grunde nicht zugeben, warum wir im §. 1589. seiner Meinung nicht beytraten.

Gegen

Gegen dasjenige, was unser Verf. in Ansehung der Maasregeln, wenn der Beschuldigte die Urkunde abläugnet, und in Rücksicht der Maasregeln bey einer Untersuchung über Urkunden sagt, wüßten wir nichts von Erheblichkeit zu erinnern. Alles was die §§. 1666. und folg. darüber enthalten, ist so durchdacht und zweckmässig, daß wir dem Verf. unsre Zustimmung nicht verlagen können,

Im *vierten Kapitel* wendet sich unser Verf. zu dem Beweise durch Zeugen. Sehr richtig stellt er im §. 1638. den allgemeinen Grundsatz auf, daß in der Regel jeder Mensch Zeuge in peinlichen Fällen seyn könne, welcher gesunde Sinne und gesunden Menschenverstand hat, und gegen den kein Verdacht der Unwahrheit vorhanden ist. Stand, Religion, Geschlecht oder Armuth können an und für sich keinen Einfluß auf Unfähigkeit zum Zeugniß äußern. Sehr schön und vollständig ist, was der Verf. hierauf vom §. 1690. an darüber sagt, wann ein Zeuge zum Zeugniß untauglich oder verdächtig werde. Sehr richtig stellt der Verf. hier, eh er ins specielle selber übergeht, zuvor den allgemeinen Satz auf: daß derjenige, dessen Glaubwürdigkeit durch irgend einen Grund vernich-

tet

tet oder geschwächt wird, zum Zeugniß unfähig oder verdächtig werde. Hierauf verbreitet sich nun der Verf. vom §. 1691. bis zum §. 1729. mit einer Ausführlichkeit, die sehr lobenswürdig ist, darüber aus, wer insbesondrezum Zeugniß unfähig und verdächtig, oder nicht sey. Was die genannten §§. deshalb enthalten, hat unsre volle Zustimmung.

Sehr zweckmäfsig ist es, wenn der Verf. im §. 1731. in Rücksicht der Vorladung der Zeugen sagt, dafs denselben befohlen werden solle, zu einer bestimmten Stunde vor Gericht zu erscheinen, *ohne ihnen jedoch die Ursach ihrer Berufung bekannt zu machen*. Wer sieht nicht ein, von wie grossem Nutzen diese Verordnung ist!

Mit Recht verlangt der Verf. im §. 1732. dafs, soviel nur möglich, der untersuchende Richter sich zu bemühen habe, die Zeugen, welche zum Beweise etwas beytragen können, selbst zu vernehmen. Was der Verf. hierüber in den folg. §§. sagt, ist sehr zweckmäfsig.

Vom §. 1738. an kommt unser Verf. auf das Verfahren gegen Zeugen, welche die Zeugschaft verweigern. Ganz recht ist es, wenn der Verf. hier dem Richter die Pflicht auflegt, vor
allen

allen Dingen den Grund der Weigerung des Zeugen zu untersuchen. Wenn der Grund hinlänglich, aber vorübergehend ist, so soll das Zeugenverhör bis zur Aufhebung dieses Grundes aufgeschoben werden. Wenn der Zeuge keinen hinlänglichen Grund angeben kann, soll der Richter erst zweckmäßige Vorstellungen gebrauchen. Sind die richterlichen Ermahnungen fruchtlos, so verordnet der Verf., daß Staatsdiener von ihrer Stelle, Handwerker und Handelsleute von ihrer Profession und ihrem Gewerbe so lange suspendirt werden sollen, bis sie das Zeugniß ablegen. Andre Personen hingegen sollen durch stufenweise Geld oder Gefängnißstrafen von fünf Gulden oder drey Tagen bis zum dreyfachen bestraft werden. Wenn jemand trotz dieser Zwangsmittel nicht zum Zeugnisse bewogen werden kann, so soll derselbe von allen Rechten, die er als Unterthan genießt, und von der Gemeinschaft des Staats ausgeschlossen werden. Doch wird zur Anwendung jener Zwangsmittel verlangt, daß der Richter davon überzeugt sey, daß der ungehorsame Zeuge Wissenschaft von dem Vorfalle habe. Wer erkennt nicht das Zweckmäßige in diesen Verordnungen!

In den folgend. §§. geht unser Verf. zu der Beeydigung der Zeugen überhaupt, und zu dem Verhör der Zeugen über. Was der Verf. in diesen §§. gleich schön und ausführlich auseinandersetzt, hat unsre volle Zustimmung. Wir wüßten nichts hiebey zu erinnern, und könnten nur das wiederholen, was der Verf. so richtig gesagt hat.

In dem *fünften Kapitel* handelt unser Verf. sehr gründlich und ausführlich den Beweis durch Augenschein und Kunstverständige ab. Bey einem Verbrechen, das Spuren hinterlassen hat, legt Hr. *Kleinschrod* mit Recht dem Richter die Verbindlichkeit auf, sobald, wie möglich, an Ort und Stelle den Augenschein vorzunehmen, und im Falle einer Verhinderung hiezu, einstweilen Wächter aufzustellen, um hiedurch jede Veränderung an den Spuren der Missethat zu verhüten.

Im §. 1844. und folg. kommt der Verf. zu-
förderst auf die Fälle und Form der Haus-
suchung. Was der Verf. deshalb sagt, ist recht
gut. Sehr richtig verlangt hiebey der Verf. (§.
1848.) das Vorhandenseyn einer Wahrschein-
lichkeit mittlerer Art gegen den Hausbesitzer,
wenn die Absicht der Haussuchung dahin geht,
gegen

gegen den Besitzer des Hauses Beweise zu sammeln, daß er Thäter oder Theilnehmer einer gewissen Missethat sey. (Wir würden es überhaupt noch zweckmäßiger halten, wenn der Richter gegen eine bestimmte Person nur dann Haus-suchung vornehme, wenn der Untersuchungs-prozess selber schon seinen Anfang genommen hat.)

Die nämliche Gründlichkeit und Ausführlichkeit welche der Verf. in Hinsicht der Haus-suchung zeigt, spricht uns auch im §. 1858. und folg. an, wo der Verf. die allgemeinen Grundsätze in Rücksicht des Beweises durch Kunstverständige aufstellt. Sehr zweckmäßig ist es, was hiebey insbesondrer Hr. *Kleinschrod* darüber sagt, wann das Gutachten der Kunstverständigen als vollgültig zu betrachten sey (§. 1872.), ferner wenn der Beschuldigte die Ausstellung eines andern Gutachtens verlangt (§. 1875.), und endlich, wenn das Gutachten der zuerst gebrauchten Kunstverständigen dem Richter nicht gültig genug scheint (§. 1877.). Mit der größten Genauigkeit geht unser Verf. hierauf vom §. 1879. bis zu Ende dieses Kapitels die speciellen Grundsätze des Beweises durch Kunstverständige durch.

In

In dem letzten Kapitel dieser ersten Abtheilung kommt unser Verf. endlich auf die Gründe der Wahrscheinlichkeit, und deren Wirkung in peinlichen Sachen.

Der Verf. eröffnet dies Kapitel mit dem Begriff und den Graden der Wahrscheinlichkeit. Mit Recht sagt der Verf., daß, wenn der Richter auf einer Seite erhebliche Gründe für die Wahrheit eines Satzes, auf der andern Seite aber auch Gegengründe habe, welche durch jene Gründe zwar nicht können gehoben werden, jedoch geringer seyen, daß alsdann der Fall der Wahrscheinlichkeit eintrete. Je mehr die Gründe für die Wahrheit eines Satzes die Gegengründe überwiegen, je größer ist die Wahrscheinlichkeit. Sind die Gründe von beyden Seiten gleich, so bemerkt der Verf. richtig, daß dann von gar keiner Wahrscheinlichkeit die Rede seyn dürfe.

Im §. 1965. und folg. kommt der Verf. nun auf den Begriff und die Merkmale der Indicien, als der vorzüglichsten Quelle der Wahrscheinlichkeit. Ganz richtig versteht der Verf. hiebey unter Anzeige jeden Umstand, aus dessen Daseyn sich ein Schluß auf ein begangenes Verbrechen oder dessen Thäter machen läßt.

Sehr

Sehr gut classificirt der Verf. die Indicien dahin, daß er alle Umstände darunter begreift, welche gewöhnlich ein Verbrechen verurursachen, oder welche aus einer Missethat als Folgen entstehen, oder durch sie bewirkt werden, oder welche der Regel nach nicht eher eintreten, als wenn ein Verbrechen begangen ward, es sey nun, daß sie vor der Missethat eintreten, oder auf dieselbe folgen. (§. 1968.)

Hierauf giebt uns der Verf. nun vom §. 1969. bis zum §. 1987. eine ziemliche Menge Beyspiele von Anzeigen, die uns sehr gut gewählt scheinen, und wobey er am Ende sehr richtig erinnert, daß dadurch, daß das Gesetz die gewöhnlichen Indicien der Verbrechen angebe, andre nicht genannte Anzeigen keineswegs ausgeschlossen seyen.

Was der Verf. in den §§. 1990. bis 2004. sagt, verdient Beherzigung eines gewissenhaften Richters.

Was Hr. Kleinschrod im §. 2005. und folg. lehrt, ist zwar an und für sich betrachtet recht gut, und die Genauigkeit und Behutsamkeit

des Verf. hiebey allerdings lobenswerth; jedoch müssen wir hiebey auf dasjenige zurückverweisen, was wir deshalb schon beym §. 1567. erinnert haben. Durch alles dasjenige, was der Verf. hier sagt, kann es zwar allerdings sehr wahrscheinlich werden, daß jemand ein Verbrechen begangen habe, aber diese Wahrscheinlichkeit, so groß sie auch seyn mag, bleibt doch immer nur Wahrscheinlichkeit, begründet keine Gewissheit und schließt das Gegentheil nicht aus. Eben deshalb muß der Staat lieber zehn Schuldige ungestraft lassen, um nur nicht in den Fall kommen zu können, Einen Unschuldigen zu strafen. Alle die Mittel, welche der Verf. daher als Sicherheitsleistungen vorschlägt, können wir nicht billigen. Mögen sie auch noch so gelinde seyn, sie sind und bleiben Uebel, welche jemanden zugefügt werden, ohne daß er überwiesen ist, sie verdient zu haben. Richte die Polizey im Stillen ihr Augenmerk auf den Verdächtigen, (und einer guten Polizey darf das nicht schwer fallen) und suche so durch ihre Wachsamkeit den Staat sicher zu stellen. Wie gesagt daher, wir finden es zwar an und für sich betrachtet recht gut, und mit einer lobenswerthen Zweckmäßigkeit.

mäßigkeit und Genauigkeit aufgestellt, was der Verf. in den §§. 2011. und folgend. sagt; aber billigen können wir es nicht, weil unsre Grundsätze von Strafe es uns nicht erlauben, hier etwas anders, als eine Ungerechtigkeit des Staats zu sehn.

Zweyte Abtheilung.

Vom gerichtlichen Verfahren in peinlichen Sachen.

Diese zweyte Abtheilung, welche an Werth der vorhergehenden nichts nachgiebt, faßt zwölf Kapitel in sich. Im *ersten* handelt der Verf. von der *Verwaltung der peinlichen Gerichtsbarkeit und dem Gerichtsstande in peinlichen Fällen*; im *zweyten Kapitel* redet Hr. Kleinschrod von dem *Untersuchungsproceß*; im *dritten* beschäftigt er sich mit der *Specialuntersuchung*, insbesondere den Mitteln, den *Beschuldigten in die Gewalt des Richters zu bringen*; im *vierten* mit dem *Verhöre des Beschuldigten*; im *fünften* redet der Verf. von der *Vertheidigung in peinlichen Fällen*; im *sechsten Kapitel* von der *Entscheidung peinlicher*

cher Fälle; im siebenten von den Rechtsmitteln gegen peinliche Urtheile; das achte Kapitel handelt von der Vollziehung der Strafen; das neunte von der Bezahlung der Kosten in peinlichen Fällen; das zehnte vom peinlichen Verfahren gegen Abwesende, und endlich die beyden letzten Kapitel von dem Anklageproceß und von dem Verfahren über den Schadensersatz in peinlichen Fällen.

Im ersten Kapitel stellt der Verf. zuvörderst allgemeine Grundsätze in Rücksicht eines peinlichen Richters auf, dann geht er zu der peinlichen Justizpflege bey Dikasterien und den kurfürstlichen Aemtern über. Was der Verf. deshalb verordnet, ist recht gut; das nämliche gilt von dem Inhalte der folgenden §§., welche sich vom §. 2081. bis 2088. mit dem allgemeinen Gerichtsstande bey Verbrechen, die in den Kurlanden begangen werden, beschäftigen. Das Resultat dieser §§. läuft darauf hinaus, daß bey einem Verbrechen, vorausgesetzt daß der Verbrecher keinen privilegierten Gerichtsstand habe, derjenige Richter als der rechtmäßige betrachtet werden solle, in dessen Gerichtsbezirk die rechtswidrige Handlung war begangen worden. [Wir hätten gewünscht, daß
der

der Verf. dies für beständig und für jeden Fall verordnet hätte. Wir halten überhaupt nicht viel von den sogenannten privilegierten Gerichtsständen, am wenigsten aber wünschten wir, daß dieselben bey Verbrechen in Betrachtung kommen möchten. In der Regel wird derjenige Richter gewiß das Verbrechen am besten beurtheilen und untersuchen können, in dessen Bezirk es begangen worden ist.]

Vom § 2089. an redet der Verf. hierauf von der Zusammenkunft mehrerer gehöriger Richter gegen den Verbrecher; von dem allgemeinen Verhältniß der Richter gegen das gehörige Gericht; von der Unzulässigkeit der Schiedsrichter und der Prorogation; von den Rechten des peinlichen Richters, über den Schadensersatz zu erkennen; und von dem Verhältniß des bürgerlichen und peinlichen Prozesses über ein Verbrechen. Hierauf kommt Hr. *Kleinschrod* (§. 2114. und folg.) auf einige allgemeine Verordnungen über den Gerichtsstand der Verbrechen, über die Verhältnisse der Unterrichter zu den Obergerichten, und über den privilegierten Gerichtsstand überhaupt. Was der Verf. deshalb anordnet und bestimmt, finden wir alles sehr zulässig. Das nämliche gilt

gilt von den Rechten und Pflichten der Obergerichte gegen die Unterrichter. Von grossem Nutzen wird und muß dasjenige unstreitig hiebey seyn, was der Verf. im §. 2154. und folgend. über die einzufsendende Tabelle sagt. Eben so hat der §. 2158. unsern völligen Beyfall.

Im zweyten Kapitel, welches insbesondre von der Generaluntersuchung handelt, sagt der Verf. zuvörderst sehr richtig, daß der Richter von Amtswegen verpflichtet seyn solle, ein Verbrechen zu untersuchen, wenn über dasselbe keine Anklage ist erhoben worden. Hierauf wendet sich Hr. *Kleinschrod* zu den Gründen, die Untersuchung zu eröffnen. Was uns der Verf. im §. 2161. und folgend. hierüber, so wie über das Verfahren bey dem Gerichte eines Verbrechers, mittheilt, ist sehr durchdacht und richtig. Eben so stimmen wir auch darin mit dem würdigen Verf. überein, was er in Ansehung der Anzeige, ihrer Prüfung, dem Verfahren des Richters nach einer geschehenen Anzeige, ferner in Ansehung der Verbindlichkeiten und Rechte des Angebers, der unwirksamen Anzeigen, der Beeydigung des Angebers, und endlich in Hinsicht des Verfahrens gegen verdächtige Angeber sagt.

Vom

Vom §. 2196. an, bis zu Ende dieses Kapitels kommt der Verf. nun insbesondrer auf die Generaluntersuchung und dem Verfahren bey derselben. Wenn der Verf. hiebey im §. 2203. und folg. sagt: der Regel nach müsse die Generaluntersuchung eher vorgenommen werden, als die Specialuntersuchung, doch sey es nicht nöthig, daß die Generaluntersuchung ganz erschöpft sey, ehe der Richter zur speciellen Untersuchung übergeht, vielmehr könnten zuweilen General- und Specialuntersuchung zu gleicher Zeit fortgeführt werden; so können wir hierin nicht beystimmen. Uns scheint es nothwendig, die Generaluntersuchung strenge von der Specialuntersuchung zu trennen. Durch erstere soll der Richter in den Stand gesetzt werden, Gewissheit davon zu erhalten, daß ein Verbrechen begangen worden sey, und Wahrscheinlichkeit darüber, wer der Thäter dieses Verbrechens sey; die Specialuntersuchung hingegen soll dem Richter Gewissheit von dem Verbrecher geben. Deshalb darf der Richter zu der letzteren nicht eher schreiten, bis er Gründe genug glaubt vorhanden zu haben, (und dies muß ihm seine Klugheit sagen) anzunehmen, daß ein bestimmtes Subject Thäter des Verbre-

brechens sey, dessen Gewifsheit er ausgemittelt hat. Wenn unser Verf. hiebey in dem *dritten Kapitel*, §. 2215. sagt, daß der Richter die Specialuntersuchung anfangen solle, wenn eine Wahrscheinlichkeit *mittlerer Art* gegen Jemand vorhanden sey, daß er das Verbrechen begangen habe; so wird hiedurch doch eigentlich nichts näher bestimmt, und es muß am Ende doch immer darauf hinauslaufen, daß man es dem Richter selber überlassen müsse, aus den Umständen abzunehmen, wann Gründe genug zur Specialuntersuchung vorhanden seyen. Ein geschickter Richter wird dies leicht können; für einen Unverständigen hingegen bleibt auch der Ausdruck einer Wahrscheinlichkeit mittlerer Art nichts weiter, als eine Unbestimmtheit, die ihn nicht aus seiner Verlegenheit zieht.

Recht sehr hat es uns gefallen, wenn der Verf. im §. 2218. und folg., wo er von den Folgen der Specialuntersuchung redet, sagt, daß jede Specialuntersuchung keinen rechtlichen Nachtheil an der Ehre und dem guten Namen eines Menschen bewirken solle. Durch diese Verordnung wird zugleich, wie es uns dünkt, der vorzüglichste Grund mit aufgehoben, welchen man noch immer für die Defension

sion

sion zur Abwendung der Specialinquisition vorbringt. Wir halten letztere für durchaus überflüssig, indem dadurch nur die Untersuchung verlängert und kostspieliger wird. Der Richter selber muß *ex officio* untersuchen, ob er es für hinreichend finde, zur Spezialuntersuchung zu schreiten, oder nicht.

Was der Verf. im übrigen noch in diesem Kapitel sagt, finden wir sehr zweckmässig, mitunter selbst vortrefflich. Wer muß dem Verf. nicht darin beystimmen, was er z. B. in Hinsicht der Einrichtung der Gefängnisse, der Behandlung der Gefangenen, der Besichtigung der Gefängnisse, des Besuches der Geistlichen in die Gefängnisse; ferner in Hinsicht der Steckbriefe, der Aufzeichnung der Güter eines Verdächtigen und des sichern Geleites, sagt. Nur schade, daß manches eigentlich in diesem Kapitel ganz am unrechten Orte steht; doch davon im zweyten Abschnitte.

Im *vierten* Kapitel, in welchem Hr. *Kleinschrod* vom Verhöre des Beschuldigten redet, sagt der Verf. zuvörderst: wenn der Beschuldigte sich freywillig gestellt habe, oder blos vorgeladen werde, so müsse er sogleich verhört werden; wenn aber der Verdächtige ins Gefäng-

fängnifs sey gebracht worden, so solle der Richter mit dem ersten Verhöre so lange warten, bis der Gefangene von dem ersten Schrecken der Gefangennehmung sich erholt, und die zum Antworten nöthige Fassung erhalten habe. [Wir wissen recht gut, was man alles dafür und dawider gesagt hat, ob der Richter den Gefangenen gleich vornehmen, oder mit dem Verhöre einige Zeit warten solle; wir würden aber dessen ungeachtet doch unbedingt anrathen, stets das Verhör *sogleich* vorzunehmen. Es giebt der Beyspiele genug, aus denen es sich gezeigt hat, wie nützlich diese Befolgung, und wie schädlich ihre Unterlassung gewesen ist. Nicht selten wird der Verbrecher in der ersten Bestürzung und weil er noch keine Zeit zum Nachdenken und zur Sammlung seines Gemüths gehabt hat, bey dem ersten Verhöre freywillig mehr entdecken, als der Richter späterhin vielleicht nur mit vieler Anstrengung und oft gar nicht erfährt. Es ist wahr, die Furchtsamkeit und der erste Schrecken können den Verdächtigen dahin bringen, daß er mehr gesteht, als er begangen hat; aber dies schadet nichts. Soll denn mit dem ersten Verhöre der Prozeß geendigt seyn? Ist der Richter ein kluger Mann, so

so wird er in der Folge leicht Gelegenheit erhalten, durch die fernere Untersuchung das Wahre von dem Falschen zu sondern; ist er zugleich ein menschenfreundlicher Mann (und o! daß unsre Richter stets beydes wären!), so wird er durch liebevolle Behandlung und durch ein sanftes Zureden die Furchtsamkeit des Inquisiten sehr bald verbannen. Liebe und Sanftheit gewinnt auch das Herz des Bösewichts eher, als rauhes Verfahren; jene erweicht und öffnet die Brust, dieses zieht das Herz enger zusammen und macht es verschlossener.]

Vom §. 2458. an kommt unser Verf. nun zu den Regeln des summarischen Verhörs, zu dem artikulirten Verhöre, zu den Pflichten des Richters bey Verhören überhaupt; hierauf vom §. 2480. an, zu den Erfordernissen der Untersuchungsartikel, zu der Ordnung der Untersuchung, wenn der Inquisit gesteht, zu den Suggestivfragen [was der Verf. deshalb sagt, athmet den nämlichen Geist, wie seine bekannte Abhandlung deshalb], zu dem Betragen des Richters, wenn der Inquisit gesteht [sehr schön und beherzigungswerth!]; ferner zu den Mitteln, läugnende Inquisiten zum Geständnisse zu bringen. Mit eben der Vortrefflichkeit und

Aus-

Ausführlichkeit handelt Hr. *Kleinschrod* hierauf die allgemeinen Grundsätze von Verhören überhaupt ab, die Maasregeln des Richters, wenn der Inquisit lügt, von den Folgen unerlaubter Verheißungen des Richters [recht gut!], und von der Zuziehung andrer Personen zur Erforschung der Wahrheit.

Die §§. 2546. und folg. geben dem Richter hierauf schöne Regeln zur Hand, wie er sich zu verhalten habe, wenn der Inquisit zweydeutig antwortet, wenn derselbe verstockt ist, wenn derselbe die Sprache des Gerichts nicht versteht, und endlich wenn der Inquisit taub und stumm ist. In allen demjenigen, was unser Verf. deshalb sagt, herrscht durchgehends eine Richtigkeit und Zweckmäßigkeit, welche es uns unmöglich macht, auch nur kleine Erinnerungen hinzuzufügen. Auch der Inhalt der letzten §§. dieses Kapitels athmet den nämlichen Geist.

Im *fünften* Kapitel kommt Hr. *Kleinschrod* auf die Vertheidigung in peinlichen Fällen. Wir finden es sehr richtig, wenn der Verf. im Anfange dieses Kapitels erklärt, daß in jeder peinlichen Sache, bey der eine Specialuntersuchung eintrete, dem Inquisiten nicht allein

eine

eine besondere Vertheidigung erlaubt werden solle; sondern das selber der Richter von Amts wegen dieselbe verfügen solle. [Ist der Richter ein geschickter und erfahrener Mann, so bedarf es in dieser Hinsicht allerdings zwar keiner Vertheidigung; allein in anderm Betrachte stimmen wir doch ganz unserm Verf. bey. Der Staat zeigt nämlich hiedurch, das es ihm nicht darum zu thun ist, zu strafen, sondern zu untersuchen und den Unschuldigen zu retten, und dies kann der Staat seinen Bürgern nie zu deutlich merken lassen; eben deshalb aber ist die besondere Vertheidigung in peinlichen Fällen zu billigen. Sie giebt den deutlichsten Beweis davon, das der Staat auch da, wo es durch einen geschickten Richter an und für sich überflüssig gemacht wird, gerne alles anwendet, was in seinen Mitteln steht, um die Unschuld zu retten, und den Verbrecher nicht mehr leiden zu lassen, als er verdient hat.]

Im §. 2611. sagt der Verf. in peinlichen Sachen sey nur eine Gattung von Vertheidigung zulässig, nämlich jene zur Abwendung oder Milderung der Strafe. Wir würden lieber sagen: in peinlichen Sachen soll jede Gattung von Vertheidigung nur darauf hinaus gehn, um

zu beweisen, daß der Vertheidigte entweder unschuldig sey; oder nur mit einer bestimmten Strafe, keiner härteren oder geringeren, belegt werden müsse. Freylich so lange unsere Defensores nur einzig und allein darin ihren Triumph suchen, den Verbrecher vom Galgen oder Rade zu befreyen, solange wird der Zweck der Vertheidigungsschrift sehr schlecht erreicht. Nicht darin soll der Vertheidiger seinen Ruhm suchen, den Verbrecher der rechtmäßigen Strafe zu entziehen (und welch ein Ruhm ist das!), sondern darin, Recht und Gerechtigkeit zu befördern, d. h. zu zeigen, ob jemand unschuldig oder schuldig sey, und in letzterem Falle, welche Strafe er gesetzlich verdient habe.

Was unser Verf. im übrigen noch in diesem Kapitel in Hinsicht der Vertheidigung bemerkt, z. B. in Ansehung der Pflichten des Richters, die Vertheidigungsgründe zu sammeln; der Unterredung mit dem Beschuldigten; der Beweisesführung zur Vertheidigung; der Einrichtung der Vertheidigungsschrift, und dergl. mehr; darin stimmen wir ihm herzlich gerne bey.

Der Inhalt des *sechsten* Kapitels beschäftigt sich mit der Entscheidung peinlicher Fälle.

Der

Der Unterrichter soll, wenn ihm die Entscheidung einer peinlichen Sache zukömmt, dieselbe binnen acht Tagen nach geendigtem Prozesse vornehmen. Müssen aber die Akten an das vorgeetzte Dikasterium verandt werden, so sollen dieselben in Gegenwart des Beschuldigten und dessen Vertheidigers inrotulirt, mit einem vollständigen Verzeichnisse derselben versehen, und im Beyseyn des Beschuldigten und des Defensors versiegelt und hierauf sobald als möglich an das Dikasterium abgesandt werden. Auch verordnet der Verf. hiebey noch im §. 2669., daß den Akten ein Bericht in Ansehung des Gemüths und Leibeszustandes des Beschuldigten, seines Verhaltens während der Untersuchung und seines bisherigen Lebenswandels beigefügt werden solle.

Sehr beherzigungswerthe Sachen giebt uns unser Verf. hierauf im §. 2674. und folg. über die Aufstellung eines Referenten, über die Beschleunigung peinlicher Urtheile, über die Pflichten des Referenten; ferner über die Erfordernisse eines Vortrags in peinlichen Sachen, und über die Cirkulirung der Akten unter den Gerichtsbeysitzen. Am Tage der Abstimmung verlangt der Verf., daß das Gericht in gehöriger

ger Anzahl versammelt seyn müsse. In schweren peinlichen Fällen sollen wenigstens neun, in andern Sachen sieben Beysitzer gegenwärtig seyn. [Eigentlich recht gut. Wie aber, wenn ein Gericht überhaupt nicht so viele Beysitzer hat? Und bey wie vielen Gerichten dürfte dies nicht der Fall seyn. Wir würden deshalb bloß verlangen, daß bey der Abstimmung in schweren peinlichen Fällen *alle* Mitglieder eines Gerichts gegenwärtig seyn müßten.]

Im §. 2687. und folg. geht der Verf. zu der Art der Abstimmung über. Bey schwereren und mittlern peinlichen Fällen verlangt Hr. *Kleinschrod* (§. 2692. sq.) in Hinsicht der Frage, ob vollkommener Beweis des Verbrechens gegen den Beschuldigten vorhanden sey, eine *volle* Uebereinstimmung aller Stimmenden. Sollte eine Stimme aus offenbar nichtigen Gründen abweichen, so sollen die Akten an das der Ordnung nach nächste Obergericht eingeliefert werden. Findet dieses die Gründe der einen Stimme gleichfalls nichtig, so soll dieselbe als nicht abgelegt betrachtet, und Einheit der Stimmen angenommen werden. Um Jemanden als unschuldig loszusprechen, soll Mehrheit der Stimmen hinlänglich seyn. Ward hingegen im Fal-

le des §. 2692. der Beschuldigte nur durch Mehrheit für schuldig erklärt, so soll ein Verdacht von hoher Wahrscheinlichkeit angenommen, und nach diesem Gesichtspunkte gegen den Beschuldigten verfahren werden. [Dass unser Verf. hier überhaupt mit vieler Einsicht und Genauigkeit zu Werke gegangen sey, ist nicht zu läugnen. Allein obgleich man in neuern Zeiten mancherley gegen die Stimmenmehrheit bey Kriminalurtheilen eingewandt hat; so müssen wir doch gestehn, dass wir bey Entscheidungen überhaupt dessen ungeachtet stets der Stimmenmehrheit den Vorzug einräumen würden. Es würde übrigens zu weit führen, wenn wir hier das für und wider deshalb auseinandersetzen wollten. Wir können unsre Leser hier blos auf dasjenige verweisen, was der scharfsinnige Rezensent in Ansehung der Schrift unsers vortreflichen *Sonnenfels* über die Stimmenmehrheit, in der A. L. Z. sagt.]

Am Schlusse dieses Kapitels handelt der Verf. von den Erfordernissen eines peinlichen Urtheils, den Wirkungen eines definitivlosprechenden Urtheils, der Losprechung von der Instanz, und der Verkündigung peinlicher Urtheile.

Im *siebenten* Kapitel spricht der Verf. von den Rechtsmitteln gegen peinliche Urtheile. Was Hr. *Kleinschrod* deshalb von der Zulässigkeit der Rechtsmittel, und davon, wer sich derselben bedienen könne; ferner darüber, wann sie statt finden, über die Beschwerden der Nichtigkeit und deren Folge, imgleichen über die Führung der neuen Vertheidigung, sagt, stimmt im ganzen genommen mit unsren Meinungen deshalb überein, und wir enthalten uns deshalb aller weitem Bemerkungen.

Im *achten* Kapitel kommt der Verf. auf die Vollziehung der Todesstrafen. Wenn Hr. *Kleinschrod* (§. 2786.) den zum Tode verurtheilten in der Regel nur eine dreytägige Frist verstattet wissen will, um sich zum Tode vorzubereiten; so halten wir diesen Zeitraum in der That zu kurz, und zwar eben nicht in Hinsicht der Vorbereitung zum Tode, sondern aus andern Gründen. Todesstrafen vernichten den Verbrecher physisch, das einmal genommene Leben kann keine Kunst wiederherstellen. Dies hat der Staat zu bedenken, er hat ferner zu bedenken, daß es, wenn auch gar keine Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden wäre, dennoch denkbar bleibt, der Verbrecher könne unschul-

dig seyn. Darum darf der Staat nicht zu sehr eilen mit der Todesstrafe, sondern er muß auch nach gefällter Sentenz eine bestimmte Zeit verstreichen lassen, um zu sehn, ob vielleicht nicht noch Fälle eintreten könnten, welche die Unschuld des Verurtheilten darthun, oder doch zur Milderung der Strafe beytragen könnten. Hiezu scheint uns ein Zeitraum von dreyen Tagen zu kurz. Wir würden statt dessen Einen Monat wählen. Freylich kann es kommen, daß auch dieser Zeitraum zu kurz war, die Unschuld kann nach Jahren an den Tag kommen; allein dafür kann dann der Staat nicht. Ihm kann man es nicht zumuthen, daß er Jahre lang mit der Vollstreckung der Urtheile warten solle; er hat genug gethan, wenn er die Strafen Wochenlang aufschiebt, und so zeigt, daß es ihm nicht um Bestrafung, sondern um Gerechtigkeit zu thun sey. Daß übrigens alsdann, wenn gegen die vorhandenen Beweise des Verbrechens erhebliche Zweifel, oder gegen die Zeugen Verdachtsgründe entstehen, die Vollstreckung der Strafe verschoben und eine neue Untersuchung vorgenommen werden müsse, versteht sich von selbst.

Daß

Dafs der Verf. an dem Tage, wenn das Todesurtheil vollzogen wird, das hochnothpeinliche Halsgericht will abgeschafft wissen, billigen wir recht sehr. Dafs aber statt dessen der Verbrecher (§. 2803.) in seiner gewöhnlichen Kleidung eine Viertelstunde an den Pranger gestellt werden solle, will uns nicht gefallen. Ist der Verbrecher nicht ganz gefühllos, so mufs ihm diese Viertelstunde schmerzhafter werden, als der gewaltsamste Tod. Eben so hätten wir die Begleitung durch Geistliche zum Richtplatze abgeschafft gewünscht. Wir sollten denken, es wäre schon hinreichend genug gezeigt worden, wie schädlich ein solches Gepränge werden könne. Und kann man auch nur einen einzigen vernünftigen Grund *dafür* anführen?

Der Inhalt des *neunten* Kapitels betrifft die Bezahlung der Kosten in peinlichen Fällen. In Ansehung der Kosten während eines peinlichen Prozesses will der Verf. (§. 2813. und folg.) dafs überhaupt jeder, welcher die Vornehmung einer Handlung, z. B. Zeugenverhöre, Vorladungen u. s. w. vom Richter verlangt, vorläufig die Kosten vorschiefsen müsse. Im Fall der Armuth des begehrenden Theiles sollen die Kosten einstweilen aus der Gerichtskasse genommen

men werden. Die Nahrungskosten während der Untersuchung muß der Beschuldigte tragen, wenn er Vermögen hat; sonst alle diejenigen, welche zu dessen Ernährung aus irgend einem Grunde verpflichtet sind. Mangeln solche Personen, so muß der Beschuldigte vorläufig auf Kosten des Gerichts ernährt werden. Das nämliche gilt in Ansehung der Vertheidigungskosten. [Die Theorie unsers Verf. von den Kriminalkosten will uns nicht recht gefallen, und wir würden statt dessen lieber folgende Regeln aufstellen. Sind diejenigen Kosten, welche durch einen Kriminalprozeß entstanden sind, zum bleibenden Vortheil des Gerichts, vor dem die Untersuchung statt hatte, verwandt worden; so muß das Gericht dieselben auch allein tragen. Sind hingegen die Kosten nicht sowohl zum Nutzen des Gerichts selber, sondern andrer Ursachen halber, z. B. wegen Ernährung des Angeeschuldigten, wegen der Untersuchung, der Vertheidigung u. s. w., gemacht worden; so muß derjenige die Kosten tragen, welcher sie durch seine Schuld veranlaßt hat. Demnach liegt zuvörderst dem Angeeschuldigten die Kostenerstattung ob, wenn er desjenigen Verbrechens, weshalb die Untersuchung angestellt

stellt ist; rechtlich für schuldig erklärt worden ist. Wird hingegen der Angeschuldigte freygesprochen, so darf er nicht zum Kostenersatz verurtheilt werden, wenn er auch zu einem Verdachte Veranlassung gegeben, und deshalb die Untersuchung herbey geführt hat. Denn kein Bürger ist verpflichtet, eines bloßen Verdachtes wegen Nachtheil zu leiden; nur Beweis und Ueberführung geben ein Recht, Uebel zu zufügen. Nur dann, wenn der Angeschuldigte selber durch Fahrlässigkeit Ursache von der Untersuchung geworden ist, muß er in soweit die Kosten tragen, als er sie einzig und allein durch seine Fahrlässigkeit bewirkt hat. Kann man aber dem Angeschuldigten und Losgesprochenen diese Fahrlässigkeit nicht vorwerfen; so ist alsdann derjenige, welcher durch seine Schuld, und ohne dazu rechtlich verpflichtet zu seyn, Ursache von den Kosten geworden ist, dies mag nun der Richter selber, oder der Anzeiger, der Ankläger, oder irgend ein Dritter gewesen seyn, zur Erstattung verbunden. In Subsidium muß der Kostenersatz dem Gerichte zur Last fallen. Die Vorschiefsung der Kosten würden wir stets dem Gerichte auflegen, und nicht, wie der Verf. im §. 2814. verlangt, dem Anklä-

Ankläger, Beschuldigten oder Vertheidiger, wenn diese Zeugenverhöre, Vorladungen oder irgend eine andre Vornehmung einer Handlung fodern. Solche Leute scheuen oft nichts so sehr, als baare Auslagen, und unterlassen daher nicht selten, um diese zu verhüten, Dinge die bey der ganzen Untersuchung den wichtigsten Einfluß äußern, und entweder die Schuld oder Unschuld des Inquisiten darthun können. Im übrigen stimmen wir dem mehrsten von demjenigen, was der würdige Verf. in den §§. 2825. und folg. sagt, sehr gerne bey.]

Im zehnten Kapitel spricht der Verf. von dem peinlichen Verfahren gegen Abwesende. Hr. *Kleinschrod* läßt dasselbe statt finden, wenn das Daseyn des Verbrechens hinlänglich bewiesen ist, und der Abwesende sich eines wirklichen Ungehorsams gegen den Richter schuldig gemacht hat. Ein solcher Ungehorsam soll vorhanden seyn, wenn der Abwesende nach der angefangenen Specialuntersuchung entflohen ist. Alsdann soll der Richter ohne weitere Ladung gegen den Entflohenen verfahren können. (§. 2868—70.) Entfloh hingegen der Abwesende vor Anfang des peinlichen Prozesses, so ist er dann als *contumax* zu betrachten, wenn

er eine gerichtliche Ladung zwar erfahren, aber ohne hinreichenden Grund nicht befolgt hat.

(§. 2871.)

In den folgenden §§. kommt er hierauf auf den Prozeß gegen Abwesende, und auf die Beantwortung der Fragen, wann und wie der Abwesende könne bestraft werden. Was Hr. *Kleinschrod* deshalb sagt, ist sehr gut. Voller Beweis gegen den Abwesenden kann jede Strafe nach sich ziehen, welche man an einem Abwesenden zu vollziehen im Stande ist. Kann die Strafe ihrer Natur oder der Lage der Dinge nach nicht vollzogen werden; so wird ihre Vollstreckung verschoben, bis der Beschuldigte in die Gewalt des Richters gekommen ist [oder, würden wir hinzusetzen, bis die Lage der Umstände sich dahin verändert hat, daß die Vollstreckung auch gegen den Abwesenden möglich wird].

Im *eilften* Kapitel handelt der Verf. von dem Anklageprozeß. Niemand, sagt Hr. *Kleinschrod* mit Recht, könne zur Anklage eines Verbrechens gezwungen werden. Im übrigen könne jeder als Ankläger auftreten, welcher überhaupt vor Gericht erscheinen, und Prozesse verhandeln dürfe. Sehr richtig bemerkt
jedoch

jedoch der Verf. hiebey, daß derjenige, welcher nicht als Zeuge gegen Jemanden könne vernommen werden, auch gegen denselben nicht als Ankläger zugelassen werden solle.

Im §. 2900. und folg. redet der Verf. von den Rechten und Pflichten des Anklägers. Letzterer soll nur dann zu Cautionsleistungen gehalten werden, wenn gegründeter Verdacht gegen ihn eintrete, daß er die Kosten der Untersuchung und Genugthuung werde leisten müssen. Die Anklage selber kann schriftlich und mündlich geschehen, doch dürfen die besondern Umstände selber nicht namentlich in der Anklage angegeben werden, wohl aber darf der Ankläger Artikel überreichen, worüber der Angeklagte vernommen werden soll. Jedoch steht es dem Richter frey, diesen Artikeln noch andre hinzuzufügen. Im übrigen soll letzterer die Anklage nur dann annehmen, wenn dieselbe so viele Verdachtsgründe enthält, als zur Anstellung einer Untersuchung von Amtswegen erforderlich sind. Gegen den Abwesenden kann der Ankläger vom Richter alle Maasregeln verlangen, um den Abwesenden in seine Gewalt zu bekommen. Bey dem Verhöre des Angeklagten darf der Ankläger nicht gegenwärtig

wärtig seyn, doch müssen ihm die Verhörprotocolle mitgetheilt werden, und es steht ihm dann frey, nicht nur neue Artikel zu übergeben, sondern auch die Antworten des Angeklagten durch eine Replik zu widerlegen zu suchen. Der Ankläger ist ferner schuldig alle Beweise beyzubringen, und er darf sich hiebey aller rechtlichen Beweismittel bedienen, nur darf er keinen Eyd dem Angeklagten übertragen. Nach verhandelten Anklageprozessen soll die Defension des Angeklagten dem Ankläger zur Widerlegung mitgetheilt werden; hiebey steht es jedoch auch dem Angeklagten frey, gegen die Widerlegung des Anklägers das Nöthige beyzubringen. Der Ankläger ist im übrigen verbunden, die Anklage bis zum Ende des Prozesses fortzusetzen. Steht er vor Endigung desselben von der Anklage ab, so verliert er nicht nur seinen Kostenvorschuss, sondern er muß auch alle Kosten tragen, welche er durch seinen zu frühzeitigen Abgang, oder durch Bosheit oder große Fahrlässigkeit verursachte. Der Richter muß jetzt die Untersuchung fortsetzen, wenn er es für rathsam hält, und hinlängliche Verdachtsgründe gegen den Angeklagten glaubt entdeckt zu haben.

ben. [Die Zweckmäßigkeit dieser Verordnungen leuchtet von selber ein, und bedarf keiner weitem Bemerkungen.]

Im *zwölften* und *letzten* Kapitel redet Hr. *Kleinschrod* endlich von dem Verfahren über den Schadenseratz in peinlichen Fällen. Für denjenigen, welcher durch ein Verbrechen einen Schaden gelitten hat, schlägt unser Verf. einen dreyfachen Weg vor, zur Ersetzung des Schadens. Entweder kann der Beschädigte als Ankläger vor dem peinlichen Gerichte auftreten, und nicht nur Strafe des Beschuldigten, sondern auch Schadenseratz fordern; oder er kann sich auch einer bloß bürgerlichen Klage zur Vergütung des Schadens bedienen; oder er kann endlich dem peinlichen Prozesse, welcher über das Verbrechen geführt wird, beytreten, und dabey sein Interesse in Ansehung des Schadenseratzes besorgen. Im §. 2940, und folg. geht unser Verf. hierauf die Beschaffenheit dieses Beytrittes näher durch, und die Rechte des Adhärennten bey den Handlungen des Prozesses. Was der Verf. deshalb sagt, hat unsre Zustimmung.

Vom §. 2961. an redet der Verf. hierauf von der Entscheidung über den Schadensersatz. Hr. *Kleinschrod* sagt hiebey, daß wenn über das Verbrechen selber zwar kein vollkommener Beweis, jedoch in Rücksicht des zugefügten Schadens ein solcher Grad von Wahrscheinlichkeit vorhanden sey, der gewöhnlich den Erfüllungseyd begründe; so könne der Beschädigte zu diesem Eyde gelassen werden. Jedoch bemerkt der Verf. hiebey, daß dieser Eyd keineswegs das Daseyn des Verbrechens beweise, und deshalb keinen Einfluß auf die Entscheidung der peinlichen Sache selbst habe. [Wir können hierin nicht beystimmen. Wie kann man es hier durch einen Eyd als bewiesen annehmen wollen, daß der Beschädigte durch ein Verbrechen des Angeschuldigten einen Schaden erlitten habe, wenn es noch nicht bewiesen ist, daß der Angeschuldigte das Verbrechen begangen habe! Ehe auf Entschädigung erkannt werden kann, muß erst der Beweis der Existenz des Verbrechens und des Thäters vorangegangen seyn.]

In den letzten §§. dieses Kapitels bemerkt der Verf. endlich noch, daß wenn auch der

Beschädigte dem peinlichen Prozesse nicht beytrete, sondern blos dem Richter den Vorfall anzeige, und um Entschädigung bitte, der Richter doch von Amtswegen darüber zu untersuchen und zu entscheiden verbunden sey.

Zweyter Abschnitt.

**Allgemeine Bemerkungen über das Ganze
des Kleinschrodschen Entwurfs.**

Nach-

des Kleinlebens Einwirkung

Allgemeine Bemerkungen über das Ganze

Zweiter Abschnitt

Nachdem wir, mehr oder minder ausführlich, je nachdem es uns nöthig schien, das verdienstvolle Werk unsers würdigen Verfassers im Einzelnen zu beurtheilen versucht haben, erlauben wir uns jetzt zum Schlusse eine kurze Kritik des Ganzen. Wir wollen in dieser Hinsicht vorzüglich dreyerley berücksichtigen, einmal den *systematischen Gang*, welchen Herr *Kleinschrod* gewählt hat; zum andern die *Vollständigkeit* seines Entwurfs; und zum dritten den *herrschenden Geist*, welcher uns in diesem Werke anpricht.

Jedes wissenschaftliche Werk bedarf der Ordnung, und auch bey einem Gesetzbuche kann dieselbe nicht fehlen. Man wird dadurch in den Stand gesetzt, das Ganze leichter und besser zu übersehen, das Werk selber desto gründlicher studieren und desto eher den Geist

desselben auffassen zu können. Dafs unsern bisherigen gemeinen Gesetzbüchern nichts so sehr, als grade diese systematische Ordnung mangelt, bedarf keines Beweises.

Dem gegenwärtigen Werke unsers Verf. kann nun zwar nicht der Vorwurf eines gänzlichen Mangels systematischer Einheit gemacht werden, vielmehr lehrt der Augenschein, dafs Hr. *Kleinschrod* sich allerdings befließigte, auch in dieser Hinsicht seinem Werke einen Vorzug vor vielen andern Gesetzbüchern zu geben; allein wir glauben dessen ungeachtet doch, dafs der Gang, welchen unser Verf. nahm, sehr füglich mit einem bessern hätte vertauscht werden können.

Fürs erste will es uns nicht gefallen, dafs der Verf. in den mehrsten Kapiteln sehr häufig Dinge hinein mischt, die mit dem, in dem Kapitel eigentlich zu verhandelndem Gegenstande nichts gemein haben. Der Inhalt von Hrn. *Kleinschrods* Kapiteln erhält dadurch nicht selten ein gewisses chaotisches Ansehn, das um so mehr einen widerlichen Eindruck machen muß, wenn der Verf., wie wir gleich darthun werden, mitten in der Darstellung einer gewissen Lehre plötzlich abspringt, nebenbey andre Sachen

Sachen, die man hier gar nicht vermuthet, berücksichtigt, und hierauf den abgerissenen Faden des eigentlich abzuhandelnden Gegenstandes wieder aufnimmt, und weiter fortspinnt. Wir haben schon hin und wieder bey der Kritik des Entwurfes selber unser Mißfallen darüber zu erkennen gegeben; hier mögen noch einige Beyspiele, die wir leicht vermehren könnten, unsern Tadel rechtfertigen.

Im vierten Kapitel der ersten Abtheilung redet der Verf. von Strafen überhaupt. Dies Kapitel muß demnach eine Aufzählung und nähere Auseinandersetzung derjenigen Strafen enthalten, welche in Zukunft bey dem, in diesem Gesetzbuche verbotenen Handlungen oder Unterlassungen ihre Anwendung finden sollen. Dies alles giebt uns der Verf. in dem genannten Kapitel; aber anstatt hiemit dasselbe zu schließen, erhalten wir noch eine Zugabe von sieben §§. über die Maafsregeln gegen Missethäter nach überstandener Strafe. So gut dasjenige uns auch alles zu seyn scheint, was der Verf. deshalb sagt; so gehört es doch nicht in einem Kapitel, worin die Strafen, welche wegen Vergehungen und Verbrechen statt finden sollen, aufgezählt werden. Maafsregeln, welche die Polizey ge-

gen schon bestrafte Verbrecher zur Sicherstellung des Staats vorzunehmen habe, können unmöglich da am schicklichsten aufgestellt werden, wo die einzelnen Strafen selber abgehandelt werden, man müßte denn diese Sicherheitsmaafsregeln wiederum als Strafen betrachten wollen, welches jedoch unmöglich die Meinung unsers Verf. seyn kann, indem er ja hiedurch dem Staate das Recht geben würde, den Verbrecher wegen einer und der nämlichen Uebertretung zweymal zu bestrafen.

Eben so liefert uns das fünfte Kapitel einen ferneren Beleg zu dem vorhin gefagten. Die Ueberschrift dieses Kapitels lautet: von Anwendung der Strafen überhaupt. Hiernach hätte Hr. *Kleinschrod* allenfalls die drey Fragen abzuhandeln: *wann, wie und wo* die Anwendung der Strafen geschehen solle. Unser Verf. spricht aber ausserdem noch von der Verbindlichkeit aller Unterthanen zur Anzeige begangener Verbrechen, von der Aufhebung der Verjährung, vom Begnadigungsrecht, von der Bewahrung der Unschuld vor den Folgen der Strafen, und von den sogenannten Gemeindev Verbrechen. Wie der Verf. dazu komme, dies alles in einem Kapitel, welches von der Anwendung

wendung der Strafe spricht, abzuhandeln, vermögen wir in der That nicht einzusehn.

Im sechsten Kapitel finden wir zwar keine Einmischung fremdartiger Sachen, vielmehr handelt der Verf. blos von demjenigen, was die Ueberschrift besagt; dagegen aber ist die Darstellung der abgehandelten Materie nichts weniger, als systematisch, und hätte, nach unsrer Ueberzeugung weit lichtvoller ausfallen können. Es sind in diesem Kapitel drey Fragen zu beantworten: 1) wann und aus welchen Gründen muß bey einer an und für sich verbotenen Handlung die Strafe ganz wegfallen? 2) Wann und unter welchen Umständen soll die in der Regel für eine rechtswidrige Handlung angedrohte Strafe verringert werden? 3) Wann und unter welchen Umständen soll die ordentliche Strafe geschärft werden?

Bey der Beantwortung der ersten Frage, würden wir von einem ganz andern Princip ausgegangen seyn, als wie unser Verf. im § 184. Denn daß derjenige, welcher eine rechtmäßige Handlung unter Beobachtung der gehörigen Schranken begeht, nicht könne bestraft werden, dies weiß jeder, weil sich das von selbst versteht. Die Beantwortung jener Frage

Frage muß hier vielmehr darauf hinausgehn, zu zeigen, daß eine verbotene, mithin eine an sich unrechtmäßige Handlung, nur dann könne bestraft werden, wenn sie der Zurechnung fähig war. Der Verf. hätte demnach jetzt entwickeln müssen, welche Bedingungen die Zurechnungsfähigkeit erfordere. Aus dem Mangel dieser Bedingungen entstehen die Gründe des gänzlichen Wegfallens der Strafe. So konnte Hr. *Kleinschrod* sich, nach unsrer Ueberzeugung den Weg bahnen, um mit systematischer Klarheit die einzelnen Fälle darstellen zu können, in welchen die Strafe gänzlich wegfallen müsse, weil diese Fälle einen Mangel der Zurechnung in sich schliessen.

In Hinsicht der Beantwortung der zweyten Frage hätte unser Verf. gleichfalls systematischer zu Werke gehen können, anstatt er uns jetzt einzelne Milderungsgründe, chaotisch durcheinander geworfen, mittheilt. Wir würden zuvörderst den Satz aufgestellt und entwickelt haben. Daß alle Fälle, welche ein gänzlichliches Ausschliessen der Strafe bewirken, dann eine Milderung der ordentlichen Strafe zur Folge haben sollen, wenn an denjenigen Bedingungen, welche zur vollen Straflosigkeit erfordert

dert

dert werden, etwas mangelt. Je mehr die Fälle jene nothwendigen Bedingungen zur gänzlichen Straflosigkeit in sich enthalten, je mehr muß bey ihnen die ordentliche Strafe gemildert werden; je weniger hingegen dieselben jene Bedingungen in sich tragen, desto weniger muß auch die ordentliche Strafe sinken.

Hiemit würden wir aber auch die *allgemeinen* Milderungsgründe schliessen. Nur solche Fälle und demnach solche Gründe, welche an und für sich gänzliche Straflosigkeit zur Folge haben und bewirken, dürfen auch nur *allgemeine* Ursachen zur Milderung abgeben. Wer durch eine unwiderstehliche Gewalt zu einem Morde gezwungen wurde, ist straflos, denn die That kann ihm nicht zugerechnet werden; diese Straflosigkeit hört jedoch auf, sobald die Gewalt nicht unwiderstehlich war; dessen ungeachtet aber würde es ungerecht seyn, den Verbrecher mit der nämlichen Strafe belegen zu wollen, welche dem freywilligen, dolosen Mörder gedroht ist. Anders verhält es sich jedoch mit so vielen andern Milderungsgründen, welche unsre Kriminalisten als allgemeine aufgestellt haben. Unser Verf. hat zwar die meisten derselben, wie z. B. Armuth, der bisheri-

ge Lebenswandel, Stand und Würde des Verbrechers, u. f. w., selbst verworfen; wir hätten aber gewünscht, daß Hr. *Kleinschrod* noch einen Schritt weiter gegangen wäre, und demnach bloß in denjenigen Fällen, in welchen unter andern Umständen eine gänzliche Straflofigkeit eintreten würde, diejenigen Gründe, welche diese Straflofigkeit bewirken würden, auch allgemeine Gründe zur Milderung seyn liefse; alle übrigen etwanigen Milderungsgründe hingegen nur als solche auführte, welche nicht bey jedem Verbrechen, sondern nur unter besondern Umständen und bey besondern Verbrechen ihre Anwendung finden sollten. So z. B. würden wir Compensation, Fürbitte und Verzeihung des Beleidigten, längere Gefangenschaft u. f. w., zwar gleichfalls als Gründe zur Milderung ansehen, aber nur nicht als allgemeine Gründe, welche in allen Fällen und bey allen Verbrechen ihre Anwendung finden dürften. Verzeihung und Fürbitte dürfte nur bey Injurien Milderung bewirken; eine längere, als nöthige, Dauer der Gefangenschaft kann kein Milderungsgrund seyn, der bey allen Verbrechen in Anwendung käme, weil bey solchen Verbrechen, welche mit der Todesstrafe be-

droht

droht sind, es widersinnig seyn würde, die Dauer des Gefängnisses eine Milderung abgeben zu lassen, da grade hier die längere Gefangenschaft selber, so zu sagen, zur Milderung für den Verbrecher wird, indem sie das Leben des letzteren selber verlängert.

In Ansehung der dritten Frage, wann und unter welchen Umständen nämlich die ordentliche Strafe geschärft werden solle, sind wir im Ganzen genommen mit dem Verf. übereinstimmend. Ob übrigens es überhaupt rechtlich erlaubt sey, von Schärfungsgründen zu reden, dies ist eine Frage, die allerdings Manche verneinen, Andre hingegen bejahen werden. Was uns anbetrifft, so müssen wir gestehn, daß wir durchaus nicht absehen, warum der Gesetzgeber nicht eben so gut, wie er Gründe zur Milderung der Strafe angeben kann, auch Gründe zur Schärfung sollte angeben können. Der Richter darf freylich nicht eine erhöhte Strafbarkeit der Handlung in concreto eine Schärfung begründen lassen; wohl aber kann der Gesetzgeber sagen: der Standpunkt, von dem aus ich jede rechtswidrige Handlung betrachte, ist der des Gewöhnlichen. Ich nehme die rechtswidrigen Handlungen der Menschen so,

so, wie sie für gewöhnlich erscheinen. Dieses Gewöhnliche ist mir die Richtschnur bey der Festsetzung der ordentlichen Strafe. Allein es kann der Fall eintreten, daß eine rechtswidrige Handlung in concreto eine grössere Summe von Rechtswidrigkeit in sich trage, als für gewöhnlich mit einer solchen Handlung verbunden ist. Diese grössere Rechtswidrigkeit erfordert auch eine grössere Strafbarkeit; die für die gewöhnliche Art der Uebertretung eines Strafgesetzes festgesetzte ordentliche Strafe muß demnach hier steigen, und durch einen schärfenden Zusatz erhöht werden.

In diesem Raisonnement eines Gesetzgebers finden wir durchaus nichts widersinniges. Letzteres fände nur statt, sobald der Gesetzgeber erklärte, daß er bey der Bestimmung der Strafbarkeit einer Handlung in abstracto von dem Ungewöhnlichen ausgegangen sey, mithin jede rechtswidrige Handlung aus einem solchen Gesichtspunkte betrachtet habe, daß sie in der äufsern Erscheinung keine grössere Summe von Gefährlichkeit, von Gemeinschädlichkeit, überhaupt von Rechtswidrigkeit zeigen könne. Daß es hier, wie gesagt, allerdings widersinnig seyn würde, wenn der Gesetzgeber dessen ungeachtet

tet von Strafschärfung reden wollte, versteht sich von selbst.

Unser Verf. ist in seinem Gesetzbuche nicht von diesem Ungewöhnlichen, sondern von dem Gewöhnlichen ausgegangen, und in so ferne konnte er, nach unsrer Ueberzeugung, allerdings Gründe zur Schärfung der ordentlichen Strafe festsetzen. —

Es ist unsre Absicht nicht, das ganze Werk unsers Verf. in der Hinsicht durchzugehen, um zu zeigen, daß der Inhalt der einzelnen Kapitel sehr häufig ziemlich unsystematisch dargestellt sey. Hiedurch würde leicht ein eignes Buch entstehen; wir lassen es daher bey den gegebenen Beyspielen bewenden. Nur einige Erinnerungen gegen die Anordnung der Kapitel selber mögen hier noch ihren Platz finden. Wir wählen dazu die zweyte Abtheilung des ersten Theils und den zweyten Theil.

Nach unsrer Ueberzeugung hätte die Classification der einzelnen Verbrechen weit zweckmäßiger und systematischer auf folgende Art geschehen können.

Wir würden alle Verbrechen und Vergehen zuörderst in *gemeine* und *besondere* abtheilen. Erstere können von jedem Bürger des Staats, ohne

ohne Unterschied des Standes, des Geschlechts u. s. w., begangen werden. Letztere hingegen kann nicht jeder Bürger begehen, sie setzen vielmehr besondere Rücksichten und Verhältnisse voraus, wie z. B. das Verbrechen der Bestechung.

Die *gemeinen* Verbrechen und Vergehen überhaupt zerfallen zuvörderst wieder in *bestimmte* und *unbestimmte gemeine Verbrechen* insbesondere, und in *gemeine Polizeyvergehen*.

Jedes *gemeine Verbrechen* kann entweder ein *öffentliches* seyn, in so ferne nämlich der Staat selber als unmittelbarer Gegenstand der rechtswidrigen Handlung gedacht wird, oder ein *Privatverbrechen*, wenn der Staat selber nur mittelbar, hingegen der Mensch und Bürger als solcher unmittelbar ein Objekt der Beleidigung ist.

Was die *öffentlichen* Verbrechen anbetrifft, so können diese wiederum *Staatsverbrechen im engeren Sinne* oder *Regierungsverbrechen* seyn. Letztere sind solche, welche gegen die ausschließliche Ausübung der einzelnen Staatsgewalten des Staates gerichtet sind. Sie können demnach, vermöge der vier Gewalten des
Staats,

Staats, in Verbrechen gegen die *anordnende*, gegen die *auffehende*, gegen die *richterliche*, und gegen die *executive Gewalt* zerfallen.

Der Staatsverbrechen im engeren Sinne hingegen finden zwey statt: das *Verbrechen der beabsichtigten Staatsvernichtung*, und das *Verbrechen der Majestätsbeleidigung des Staats*.

Gleichwie die *öffentlichen Verbrechen* in zwey Hauptabtheilungen zerfallen, eben so lassen sich auch die *Privatverbrechen* in zwey Klassen zertheilen. Die Verletzung der Rechte des Menschen und Bürgers, als solche, sind hier der Gegenstand der Beleidigung. Demnach können hier zwey Hauptgattungen von Verbrechen statt finden: *Verbrechen gegen die Rechte des Menschen als solchen*, und *Verbrechen gegen die Rechte des Bürgers, als solchen*. Bey den ersteren Verbrechen trifft die Verletzung solche Rechte, welche den Menschen als Menschen zukommen, welche demnach angeboren sind; bey den letzteren Verbrechen hingegen werden nicht die ursprünglichen Rechte, sondern die erworbenen verletzt, d. h. solche, welche der Mensch dadurch hat, daß er Bürger ist, daß er sich in einem Staate befindet.

Was die *unbestimmten gemeinen Verbrechen* anbetrifft, so zerfallen dieselben gleichfalls in zwey Abtheilungen, je nachdem sie entweder *formell* oder *materiell* unbestimmt sind. Das formelle unbestimmte Verbrechen wird bloß durch die Form der That eine Uebertretung, ohne daß im übrigen weder ein bestimmter Gegenstand, noch ein bestimmter rechtswidriger Effect, noch ein gesetzlich ausdrücklicher Zweck des Verbrechers zum Thatbestande erforderlich ist. Das materielle Verbrechen hingegen verlangt zwar ein bestimmtes Objekt, gegen welches die Uebertretung statt findet, aber die Art der Verletzung selber ist keineswegs bestimmt.

Die *gemeinen Polizeyvergehen* begründen Beleidigungen gegen Polizeyanstalten. Da jede Polizey selber in Hinsicht der Gegenstände, mit denen sie sich beschäftigt, in die *Sicherungspolizey*, *Güterpolizey*, *Gesundheits- und Bevölkerungspolizey*, und in die *Sittenpolizey* zerfällt; so werden hiedurch auch vier besondere Arten gemeiner Polizeyvergehen bestimmt.

Dies wäre die Klassifikation der gemeinen Verbrechen überhaupt. Jetzt sind noch die *besondern Verbrechen* übrig. Mit der Darstellung
lung

lung der *Militairverbrechen* und der *Amtsverbrechen* dürften die vorzüglichsten derselben angegeben seyn.

Wir müssen es übrigens unsern einsichtsvollen Lesern zur Beurtheilung überlassen, ob auf solche Art die ganze zweyte Abtheilung des Kleinschrodschen Werkes nicht würde lichtvoller und klarer dargestellt worden seyn, als es jetzt vermöge des Ganges, den der Verf. wählte, gesehehen ist. Nach unsrer Ueberzeugung geht die von uns aufgestellte Klassifikation der Verbrechen (welche übrigens im Ganzen genommen die nämliche ist, welche *Feuerbach* in seinem Lehrbuche versuchte, obgleich wir bey der weitem Ausführung im Einzelnen uns manche Abweichungen von demselben erlauben würden), einen weit systematischeren Gang, als diejenige, welche Hr. *Kleinschrod* angiebt. Dem Kenner möge sich dies übrigens aus der Vergleichung beyder ergeben. Die einzelnen Verbrechen selber übrigens hier nach dem von uns gegebenen Schema zu ordnen, und mit vieler Ausführlichkeit zu zeigen, welche Verbrechen zu den Staatsverbrechen im engeren Sinne und zu den Regierungsverbrechen gehören, welche ferner, in Hinsicht der Privatverbre-

verbrechen, in die Klasse der Verbrechen gegen die Rechte des Menschen, und gegen die Rechte des Bürgers, ihren Platz finden müssen, und welche Ordnung bey diesen einzelnen Verbrechen selber statt haben müsse; dies alles halten wir für überflüssig. Der verständige Leser wird dies von selbst können, und demnach würden wir nur unnöthiger Weise der Einsicht desselben vorgreifen.

Wir wenden uns daher sogleich zu dem zweyten Theile, um uns hier einiger Erinnerungen gegen die von dem Verf. gewählte Ordnung in Hinsicht der Lehre vom Beweise und dem Verfahren in peinlichen Sachen zu bedienen.

Sollte man einen einfachern und natürlicheren Weg einschlagen können, um die Lehre von Beweisen und dem Verfahren in peinlichen Sachen darzustellen, als den, daß man grade den Gang geht, welcher bey einem peinlichen Prozesse selber statt findet? Um aber diesen Weg, welchen das Gericht nimmt, um eine Handlung in concreto zu untersuchen, zu beurtheilen und zu entscheiden, gleichfalls nehmen zu können, ist es nöthig, darüber zu reden, was früher gedacht werden muß, als das gericht:

gerichtliche Verfahren selber. Dies ist das Kriminalgericht. Der unschicklich sogenannte praktische Theil des Kriminalrechts muß demnach mit der Lehre von dem peinlichen Gerichte selber eröffnet werden. In Ansehung desselben ist zweyerley zu berücksichtigen. Zuvörderst die *Form* desselben. In Rücksicht dieser finden hier hauptsächlich folgende zwey Fragen ihre Beantwortung: 1) welche Personen gehören im allgemeinen zu einem Kriminalgericht? 2) Was für Eigenschaften werden von denselben gefordert, und welche Pflichten liegen ihnen ob?

Nächst der Form des peinlichen Gerichts ist aber auch noch zuvor die Frage von der *Competenz* desselben in Betrachtung zu ziehen. Nur ein competentes peinliches Gericht kann ein gültiges peinliches Verfahren vornehmen. Daher die Lehre von der Competenz eines Kriminalgerichts.

In Ansehung des Kriminalprozesses selber läßt sich das Ganze desselben, vermöge des gerichtlichen Ganges bey der Untersuchung, Beurtheilung und Entscheidung, in folgende drey Sätze zusammenfassen: Gewissheit des *Verbrechens*, Gewissheit des *Verbrechers* und *Urtheil*.

Zuerst entsteht demnach die Frage: ist ein Verbrechen begangen worden, und welches Verbrechen ist begangen worden? Hier muß demnach die ganze Lehre von allen den Verhandlungen ihren Platz finden, durch welche der Richter in den Stand gesetzt wird, Gewißheit vom *Corpus delicti* zu erhalten. Diese Lehre heißt die Generalinquisition. Die Ausführung aller der Verhandlungen von Anfang, bis zum Ende der Generaluntersuchung findet hier ihre Stelle.

Hierauf geht der Richter zur Beantwortung der zweyten Frage über: wer ist Subjekt des Verbrechens? Alle diejenigen Mittel und Verhandlungen müssen hier erörtert werden, durch welche der Richter in den Stand gesetzt wird, die aufgeworfene Frage zu beantworten. Dahin gehört z. B. die Lehre von den Mitteln, den Beschuldigten in die Gewalt des Richters zu bringen, von dem Verhöre des Beschuldigten u. s. w.

Nach Beantwortung jener beyden Fragen, wegen der Gewißheit des Verbrechens und des Subjektes desselben, machen folgende Untersuchungen den Beschluß des Kriminalprozesses. Es fragt sich nämlich jetzt, ob das Verbrechen
über

haupt dem Subjekte zugerechnet werden könne, und wie weit die Zurechnung statt finden müsse. Die Gründe zur Entscheidung dieser Fragen müssen sich vorzüglich aus den Datis der Specialuntersuchung ergeben. Hierher gehört übrigens jetzt die Lehre von der Vertheidigung in peinlichen Fällen, von der Entscheidung, von den Rechtsmitteln gegen dieselbe, und von der Ausübung der Entscheidung, oder von der Vollziehung des gefällten Urtheils. Da übrigens, was die peinlichen Prozeßkosten anbetrifft, die Frage, wer dieselben ersetzen müsse, erst dann ganz richtig ausgemittelt werden kann, wenn der Prozeß selber bis zur Vollziehung des Urtheils geendigt ist; so findet die Lehre von den Prozeßkosten hier gleichfalls ihren schicklichsten Platz.

Im übrigen wird bey diesem allen vorausgesetzt, daß der Angeschuldigte sich wirklich in der Gewalt des Richters befinde. War dies nicht der Fall, waren vielmehr die Mittel, welche der Richter anwandte, um den Angeschuldigten seiner Gewalt zu unterwerfen, vergebens, so gewinnt hiedurch freylich die Sache eine andre Gestalt, und viele von den richterlichen Verhandlungen müssen jetzt natürlicher Weise

wegfallen. Welches Verfahren demnach alsdann statt finden müsse, damit beschäftigt sich die Lehre von dem Prozeß gegen Abwesende, welche wir hier jetzt abhandeln würden.

Die Entstehung eines Kriminalprozesses kann auf zweyerley Art begründet werden: dadurch daß jemand als Ankläger wegen einer rechtswidrigen Handlung auftritt, oder dadurch daß der Richter von Amtswegen die Untersuchung eines Verbrechens vornimmt. Durch ersteres wird die Lehre vom *Anklageprozeß*, durch letzteres die Lehre von dem *Untersuchungsprozeß* insbesondere begründet. Jene beschäftigt sich demnach mit den eigenthümlichen Grundsätzen des Anklageprozesses, letztere mit denen des Untersuchungsprozesses. —

Wir sind überzeugt, daß nach dieser aufgestellten Skizze die ganze Lehre von dem gerichtlichen Verfahren in peinlichen Fällen auf eine lichtvollere Art dargestellt werden könnte, als diejenige ist, welcher sich unser Verf. bedient hat.

Zum Schluß bleibt uns noch einiges in Hinsicht der *Vollständigkeit* von dem Entwurf unsers Verf. und des in demselben *herrschenden Geistes* zu reden übrig. Wenn wir in Rücksicht der Vollständigkeit die ganze Lehre der zweyten Abtheilung, von Verbrechen und Strafen insbesondre, betrachten; so ist allerdings nicht zu läugnen, daß man nicht leicht wird irgend eine Handlung oder Unterlassung, aus denen Rechtsverletzungen entspringen oder entspringen können, ausfindig machen, welche Hr. *Kleinschrod* nicht sollte berücksichtigt haben. Wir haben uns die Mühe nicht verdriessen lassen, daß Werk unsers Verf. deshalb mit andern Gesetzbüchern zu vergleichen und wir glauben gefunden zu haben, daß demselben in Hinsicht dieser Vollständigkeit ein Vorzug gebühre.

Eben so ist der ganze zweyte Theil dieses Werkes, dem wir überhaupt einen entschiedenen Vorzug vor dem ersten Theile zugestehn müssen, mit einer Vollständigkeit und Ausführlichkeit dargestellt, der sehr wenig zu wünschen übrig lassen möchte.

Die erste Abtheilung des ersten Theiles hingegen möchte in dieser Hinsicht schon mehr wün-

schen lassen. Sie scheint uns bey weitem das Mangelhafteste in dem ganzen Werke. Eine lichtvolle Deduction der Begriffe von Strafgesetz, Verbrechen und Bestrafung und der Erfordernisse derselben; eine zweckmäßige und richtige Aufstellung und Bezeichnung der Prinzipien, in Rücksicht der Bedingungen und der Art der Anwendung der Strafgesetze, hätten wir nicht für überflüssig gehalten. Das wenige, was Herr *Kleinschrod* uns deshalb giebt, abgesehn von der Richtigkeit desselben, erschöpft die Sache bey weitem nicht.

Wir möchten uns gerne hierüber etwas weitläuftiger auslassen, wenn der Raum es uns hier nicht verböte. Nur soviel möge hier stehen: wir würden ein Kriminalgesetzbuch überhaupt nur dann für vollständig erklären, wenn der Inhalt desselben folgendes in sich faßte:
 1) die Wissenschaft, die Gelegenheit zu Verbrechen zu verhüten. Dies ist unstreitig die schwerste Aufgabe für jeden Staat. Je befriedigender dieselbe gelöst wird, desto besser und sicherer wird der Staat seinen Zweck erreichen, ohne daß er Strafen nöthig hat. Könnte der Staat jene Aufgabe gänzlich lösen, so bedürfte er keiner Strafgesetze weiter; da dies aber nur
 stets

stets zu den frommen Wünschen gehören wird, so gebietet die Nothwendigkeit dem Staate für jene Fälle, wo es nicht in seiner Macht stand, die Gelegenheit zu Verbrechen zu verhüten, ein Strafgesetzbuch zu entwerfen. Das Kriminalgesetzbuch überhaupt muß demnach 2) die allgemeinen Grundsätze und Grundbegriffe von der Bestrafung in sich fassen. Dieser philosophische Theil muß die Basis von allen folgenden seyn, und mit stetem Rückblick darauf muß 3) die Lehre von den einzelnen Verbrechen und Vergehungen selber und ihrer Bestrafung dargestellt, und endlich 4) der Kriminalprozeß abgehandelt werden. Nur auf solche Art kann es dem Gesetzgeber möglich werden, jedes willkührliche Verfahren, welches bis dahin noch, eben aus Mangel philosophischer Grundsätze und Grundbegriffe unsrer Gesetzbücher, so sehr herrschte, zu verban-
nen. — —

Die Beantwortung der Frage ist uns jetzt noch übrig, welcher *Geist* in dem Gesetzbuche unsers Verf. herrsche. Wir glauben nicht Unrecht daran zu thun, wenn wir den Entwurf des Verfassers ein Werk der Humanität nennen. Der Geist welcher uns in Hrn. Klein-

schrods

Schrods Buch anspricht, kündigt sich überall als ein gelinder, milder Geist an, welcher, von einer gewissen Aufklärung verführt, überall gerne sein Mitleiden mit dem Verbrecher zu erkennen giebt, und etwas zu sehr in dem gefallenen Sünder immer noch den Menschen ehrt. Ein solcher Geist muß nothwendig eine gewisse empfindsame Strafmaxime erzeugen, und das will uns, aufrichtig gesagt, nicht gefallen. Wir sind durchaus kein Freund von gewaltsamen Strafexecutionen, und wir wollen uns hiemit feyerlichst gegen alles Wohlgefallen an Hängen und Rädern, oder Ohren- und Nase-Abschneiden verwahrt haben; dessen ungeachtet aber würden wir es doch etwas mehr mit der robusten Strafmaxime, wie sich *Fries* sehr passend in seiner Rechtslehre ausdrückt, halten. Nicht grausam und unmenschlich soll der Staat strafen, seine Verordnungen dürfen dem Volke nicht zu erkennen geben, daß er ein Peiniger sey, der nur auf Martern sinne; allein er soll strenge strafen, und eben so gut Milde, wie Grausamkeit verwerfen. Eben deshalb würden wir die Todesstrafen nicht so äußerst sehr eingeschränkt haben, wie unser Verf. gethan hat. Bekanntlich hat man vor einigen Jahren in

Oester-

Oesterreich alle Todesstrafen ganz auf, aber es dauerte nicht lange, so sah man sich genöthigt, sie wieder einzuführen. Der scharfsinnige *Allmendingen* hat ganz recht, wenn er in der Rezension der *Grolmanschen* Grundsätze sagt: „ob Todesstrafe, als *Abschreckungsmittel* nicht das allerwirksamste, vielleicht das einzig wirksame sey, das muß die Kriminalpsychologie entscheiden; und in *dieser* Hinsicht scheint mir die Todesstrafe völlig gerechtfertigt. Der Staat *muß* die Rechtsicherheit der in ihm Vereinten schlechterdings realisiren. Strafen *mußten* deswegen, theils zur Unmöglichmachung gedrohter Verletzungen, theils zur Abschreckung davon, eingeführt werden. Und wenn nur *Furcht* vor Todesstrafen von *gewissen* Verbrechen wirksam abschreckt; wenn Furcht vor ewigem Kerker die Abrathungsschaale nicht genug niederzieht; dann *müssen* Todesstrafen, *vielleicht* selbst *qualificirte* [letztere sicher nicht!], bleiben. Dieser Gesichtspunkt scheint mir bis jetzt der richtigste; und er wird doch wohl nicht bloß darum verwerflich seyn, weil er zugleich der *populärste* ist?“ —

Ueber Einen Umstand müssen wir endlich noch ein Wort sagen. Das Werk unsers Ver-

fassers würde nach unsrer Ueberzeugung einen sehr bedeutenden Vorzug vor allen unsern bisherigen Gesetzbüchern erhalten haben, und zugleich einen grossen Schritt weiter in Hinsicht der Kultur der Gesetzgebung gegangen seyn; wenn Hr. *Kleinschrod* alle ausserordentliche Strafen, oder solche, welche dem Ermessen des Richters sollen überlassen bleiben, aus seinem Werke verbannt hätte. Wir können unsre Gründe deshalb nicht besser angeben, als wenn wir uns abermahls der Worte des scharfsinnigen *Allmendingen* (Darstellung der rechtlichen Imputation, S. 199 sq) bedienen. „Die Strafgesetzgebung, nicht erst der Richter soll die der Erfüllung des Gesetzes widerstrebende Sinnlichkeit neutralisiren. Im Anblick der erstern, nicht erst in der Erfahrung von Strafübeln, soll sie Bestimmungsgründe der Willkühr finden. Es kann daher in der vollendeten Strafgesetzgebung keine, dem richterlichen Ermessen überlassene, sogenannte ausserordentliche Strafe geben. Man kann nicht sagen, der Richter solle sich bey der Strafzufügung auf den Standpunkt des Gesetzgebers erheben; er soll sich an seine allgemeine Prinzipien halten, und nach eben dem Maassstab die
aufser-

aufserordentliche Strafe zumessen, nach welchem der Gesetzgeber die ordentliche bestimmt und gedroht habe. — Der Richter soll ja nicht erst die Außenwelt zur Unterdrückung des widerrechtlichen Begehrens organisiren, sondern die schon durch die Strafgesetzgebung vollendete Organisirung *erhalten*. War diese Organisirung nicht vollendet, so kann im glücklichsten Fall die Zufügung einer willkürlichen Strafe erst auf Unkosten des Verbrechers eine Vollendung hervorbringen. Der Gestrafte wird daher zur Klage berechtigt, daß er, wenn er die Strafe im Voraus gewußt hätte, gar nicht würde gesündigt haben. Die Zufügung der sogenannten aufserordentlichen Strafe verletzt hienach willkührlich eine sinnliche Kraft; sie klagt durch eine abgedrungene Ungerechtigkeit die Mängel der strafenden Gesetzgebung an.

Außerdem können Strafdrohung und Strafzufügung, Strafgesetz und Vollziehung desselben, nicht in einer und derselben Handlung Zusammenfallen. Es ist auch nicht genug, im allgemeinen Strafe zu drohen; auf die Sinnlichkeit muß durch eine bestimmte Strafdrohung quantitativ gewirkt werden.“

So

So weit der denkende *Allmendingen*, und
 so weit auch unfre Beyträge. Wir schlie-
 ssen, in Ansehung unser, mit der Bemerkung:

Ut desint vires, tamen est laudanda voluntas!

Folgende uns aufgefallene Druckfehler bitten wir zu verbessern:

S. 88 Z. 1. lese man §. 298 statt §. 109.

— 105 — 12 — — Einrichtungen statt Eichrichtungen.

Salchow, Johann Christian Daniel,

Beyträge zur Kritik des Kleinschrodschen Entwurfs eines peinlichen
Gesetzbuches

Jena 1804

Crim. 224

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10395375-1